



Herbert Mirbeth:

Kommunen sind Packesel sozialer Leistungssysteme

Der Vorsitzende der KPV Oberpfalz will mit einem regionalen Kommunalgipfel auf die Nöte der Städte und Gemeinden aufmerksam machen. **Seite 16**



Dr. Uwe Brandl:

„Made in Germany“ soll Trumpfkarte werden

Beim Empfang der nordschwäbischen Wirtschaft wurde eine konzertierte Aktion zwischen Politik, Gesellschaft und Wirtschaft angemahnt. **Seite 15**



Dr. Günther Beckstein:

Leichte Entspannung der kommunalen Finanzlage

Wie der Innenminister in München mitteilte, steigt die Steuerkraft der bayerischen Gemeinden erstmals seit vier Jahren wieder an. **Seite 3**

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 1. Dezember 2005

56. Jahrgang / Nummer 23

KPV-Landesversammlung in Regensburg:

Evidente Annäherung

Staatsregierung und Kommunen setzen auf verstärkte Kooperation

Ganz im Zeichen des Koalitionsvertrags und der Wahl des KPV-Landesvorstands stand die diesjährige Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Regensburg. Während die neue Berliner Regierung mit einer Fülle an Neuerungen aufwartet - Staatsminister Erwin Huber sprach in diesem Zusammenhang von einem „fundamentalen Paradigmenwechsel zu Gunsten von Städten und Gemeinden“ -, blieb zumindest an der Spitze der KPV alles beim Alten: Landesvorsitzender Luitpold Braun wurde von den etwa 300 anwesenden Kommunalpolitikern einstimmig in seinem Amt bestätigt.

Nach einem Grußwort von Regensburgs Oberbürgermeister Hans Schaidinger, der den Ko-

schluss mit den Kommunen das Leitmotiv vorgegeben: Sanieren - reformieren - investieren.

„Für den Freistaat und seine Kommunen haben wir in den Verhandlungen sehr viel erreicht“, sagte Huber. So Sorge



Staatssekretär Franz Meyer. □

litionsvertrag aus kommunaler Sicht als „gute Grundlage für eine produktive Zusammenarbeit“ würdigte, bezeichnete Staatsminister Erwin Huber die Große Koalition als „Chance für Deutschland in einer nahezu krisenhaften Situation des Landes“. Jetzt bestehe die Möglichkeit, dem schleichenden Vertrauensverlust gegenüber den großen Volksparteien Einhalt zu gebieten.

Sanieren - reformieren - investieren

Die CSU sei jedenfalls bereit, hier ihre individuelle Handschrift einzubringen. Ohnehin habe Bayern in engem Schulter-



Staatsminister Erwin Huber. □

die Föderalismusreform künftig für schnellere Entscheidungen und eine klare Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen. Ein echter Durchbruch sei beim Schutz der Kommunen vor Kostenübertragungen durch Bundesgesetze erreicht worden. Damit hätten die Verhandlungspartner ein zentrales Anliegen der Kommunen in Bayern mit Erfolg durchgesetzt. Auch habe man beschlossen, die schwerfälligen Mischfinanzierungen abzubauen.

Erfolgreich wurde auch für die finanzielle Entlastung der Kommunen gekämpft, fuhr Huber fort. So sollen die kostenträchtigen (Fortsetzung auf Seite 4)



Landrat Luitpold Braun, alter und neuer KPV-Landesvorsitzender (Bildmitte) mit seinen Stellvertretern, Roßbärs Bürgermeister Maximilian Gaul (li.) und Regensburgs 2. Bürgermeister Gerhard Weber. Ebenfalls als stellvertretender Landesvorsitzender bestätigt wurde der Passauer Landrat Hanns Dorfner, der an der Veranstaltung in Regensburg nicht teilnehmen konnte. □

Stoiber bei der 6. REGLEG-Konferenz in München:

„Europa muss endlich in der Innenpolitik ankommen“

Mehr nationales und regionales Know-how sind ein Schlüsselement für gutes Regieren in Europa

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat bei der 6. Präsidenten-Konferenz der Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen (REGLEG) in München eine stärkere Beteiligung der Länder und Regionen an der EU-Gesetzgebung gefordert. Stoiber: „Europa muss endlich in der Innenpolitik ankommen. Wir brauchen eine glaubwürdige Neuausrichtung der EU-Gesetzgebung hin zu einer stärkeren Einbeziehung der nationalen und regionalen Parlamente. EU-Entscheidungen müssen vor ihrer Verabschiedung in den Mitgliedstaaten, Ländern und Regionen öffentlich diskutiert und mitformuliert werden, um die örtlichen Gegebenheiten und die Auswirkungen auf Bürger und Unternehmen besser zu berücksichtigen. Das erhöht die Qualität und die Akzeptanz der EU-Politik. Mehr nationales und regionales Know-how in der EU-Gesetzgebung sind ein Schlüsselement für gutes Regieren in Europa.“

Stoiber sprach sich vor allem für eine verbesserte Anwendung des Subsidiaritätsprinzips aus. Stoiber: „Die Subsidiarität muss mehr als in der Vergangenheit

der Leitgedanke für das Handeln der EU werden und zwar sowohl für die Frage, ob die EU überhaupt zuständig sein soll, als auch für die Frage, wie sie ihre

Koalitionsvertrag auf dem Prüfstand:

Was erwartet die Kommunen?

„Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“ nennt sich der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, der das Land wieder ein Stück weit nach vorne bringen soll. In der Präambel heißt es u. a.: „Wir werden unsere parlamentarische Mehrheit für strukturelle Reformen in Deutschland nutzen, Mut machen zur Anstrengung und das Vertrauen der Menschen in die Zukunftsfähigkeit des Landes stärken.“ Dass dies nicht zuletzt auch den Kommunen große Mühen abverlangt wird, steht außer Frage.

Deutschlands Zukunft liegt in den Köpfen seiner Menschen. Bildung ist ein Schlüsselthema für die weitere Entwicklung der bundesdeutschen Wirtschaft. Dringender denn je werden gut ausgebildete, hoch motivierte, kreative junge Menschen benötigt. Deshalb wird die Große Koalition die Förderung junger Menschen durch die Arbeitsgemeinschaften und optierenden Kommunen stärken. Es sollen die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass bei öffentlichen Vergabeverfahren auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene Unternehmen bevorzugt werden können, die ausbilden.

Das neue System der Grundversicherung für Arbeitsuchende sieht eine konsequente Aktivierung insbesondere junger hilfebedürftiger erwerbsfähiger Menschen vor. Diesen Jugendlichen wird ein persönlicher Ansprechpartner und Arbeitsvermittler zur Seite gestellt. Dieser soll künftig flächendeckend höchstens 75 Jugendliche betreuen und kann so im direkten Kontakt ihre Integration gezielt verbessern.

Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden Euro

Die Zuständigkeiten der Arbeitsgemeinschaften und zugelassenen kommunalen Träger hinsichtlich Berufsberatung, Ausbildungsstellen- und Arbeitsvermittlung und Aufstockern, die sowohl Leistungen nach dem SGB II als auch dem SGB III be-

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



In welches Feuilleton man auch blickt, überall ist von der Renaissance der Höflichkeit die Rede. Im harten Büroalltag ist davon noch nicht viel angekommen. Deshalb plädiert der Bürgermeister für eine „Benimm-Offensive“.

Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die

Bayerische Gemeindezeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker



Die Berliner Koalitionsvereinbarungen und die Diskussion um Auswege aus den schwierigen finanziellen Rahmenbedingungen bestimmten die Themen der KPV-Landesversammlung im Regensburger Kolpinghaus. □

Sie lesen in dieser Ausgabe

Neuer Start nach kleiner Kabinettsreform	2
Öffentliche Bauten privat finanziert	2
1. Deutscher Kämmererntag in München	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Zufriedenheit bei den Kommunen über Koalitionsvertrag	3
Preisverleihung „Innovative Verwaltung 2005“	3
Frankentag der SPD-Landtagsfraktion	4
GZ-Fachthemen: Umwelt - Abfall - Recycling	5 - 7
Wasser - Abwasser - Gewässerschutz	8/9
Kommunales Verkehrswesen	10/11
Kommunalfahrzeuge - Winterdienst	12/13
Aus den bayerischen Kommunen	14 - 16

Neuer Start nach kleiner Kabinettsreform

CSU billigt Stoibers Vorschläge einstimmig - Künftiger Kurs wird in Kreuth beraten - Kommunale Spitzenverbände eingeladen

Mit der nur leicht veränderten Regierung Stoiber will die CSU nach den Turbulenzen der letzten Wochen und Monate in Berlin wie in München den politischen Kurs des Investierens, Reformierens und Sparens auf die veränderte Großwetterlage einstellen, die auch im eigenen Land zu erheblichen Turbulenzen und zu einer Vertrauenskrise geführt hat. Das betonten der Ministerpräsident wie auch Fraktionschef Joachim Herrmann vor der Presse. Interne Misslichkeiten seien ausgestanden. Der von Edmund Stoiber versprochene neue Stil soll bei der Fraktionsklausur Mitte Januar in Wildbad Kreuth auch darin zum Ausdruck kommen, dass die kommunalen Spitzenverbände vertreten sind. Die vier Vorsitzenden wurden zur Klausur eingeladen.

Noch im Dezember wird es eine Vorklausur des Kabinetts mit der Fraktions Spitze geben, bei der es um die „großen Herausforderungen“ geht, die insbesondere in der Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik anzugehen sind. Alles im Rahmen der unverändert angespannten Finanzsituation des Bundes, der Länder und der Kommunen. Finanzminister Prof. Kurt Faltlhauser, dessen Stellenwert der Ministerpräsident betonte, wird voraussichtlich gleichfalls im Januar den Nachtragsetz 2006 dem Parlament vorlegen. Er steht weiter unter der Bedingung, keine neuen Schulden zu machen. Stoiber verwies auch auf die voraussichtlich nächstes Jahr von Bundestag und Bundesrat in die Tat umzusetzende Föderalismusreform, die mit der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Bund und Ländern auch für die Kommunen neue Probleme bringen kann. Das Konnexitätsprinzip wird dabei seine Rolle spielen.

Huber neuer Wirtschaftsminister

Die Kabinettsumbildung musste der Ministerpräsident, wie er berichtete, auf November vorziehen, nachdem der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn Wirtschaftsminister Dr. Otto Wiesheu in den Vorstand berufen hatte, der den Ministerpräsidenten daraufhin um seine Entlassung bat. Sein Nachfolger wurde Erwin Huber. Stoibers bisherige rechte Hand in der Staatskanzlei. Das Ministerium, ohne die Zuständigkeit für den Bundesrat, hat der bisherige Europaminister Eduard Sinner übernommen. Ihm wiederum folgte Umweltstaatssekretärin Emilia Müller, die für Europa und Bundesrat zuständig ist. Ihren bisherigen Posten wird Fraktionsvize Otmar Bernhard ausfüllen. Bei dieser „kleinen Lösung im Eiltempo“ blieben manche Wünsche

aus der Fraktion unerfüllt. Andererseits begrüßte die Frauenunion, dass nun wieder drei Frauen am Kabinettschisch sitzen. Stoibers - mit den Betroffenen und Herrmann ausgehandelter Vorschlag wurde von der Gesamtkonferenz einstimmig und mit Beifall akzeptiert.

Der Ministerpräsident schloss eine weitere Kabinettsumbildung vor dem Jahr 2008 mit Kommunal- und Landtagswahl nicht aus, warnte jedoch davor,

Meyer beim 1. Deutschen Kämmerertag in München:

Bayern bleibt verlässlicher Partner seiner Kommunen

„Ein gewiefter Kämmerer ist für eine Kommune gerade in Zeiten knapper Finanzen eine wahre Gottesgabe. Er kann so manche Ausgabe ersparen und - mit Fantasie - manche zusätzliche Finanzquelle auftun. Gleichzeitig muss er natürlich die Nachhaltigkeit der Finanzentwicklung seiner Kommune im Auge haben“, stellte Finanzstaatssekretär Franz Meyer auf dem 1. Deutschen Kämmerertag in München fest.

Ein beherrschendes Thema für die Kämmerer sei zurzeit die Frage nach der Einführung des doppischen Rechnungswesens. Die Innenministerkonferenz hatte den Ländern einen Regelungskorridor empfohlen, der Einheitlichkeit gewährleistet und gleichzeitig für landesspezifische Gegebenheiten und konzeptionelle Unterschiede Raum lässt. Bayern habe sich daher für ein längerfristiges Optionsmodell entschieden, wonach die Kommunen selbst entscheiden können, ob sie auf die Doppik umsteigen oder es bei der bisherigen Kameralistik belassen wollen. Damit bleibe es in der Entscheidungskompetenz der Kommunen, merkte Meyer an.

Mehr Steuereinnahmen

Wichtiger als die Art der Darstellung sei jedoch, dass es tatsächlich etwas zu erfassen gebe, betonte Meyer. Bei der Fi-

dies nur unter dem Gesichtspunkt des Generationswechsels zu sehen. Stoiber meinte, er habe ein gutes Kabinett, „das sich guter Akzeptanz erfreut in Bayern und über Bayern hinaus“.

Opposition formiert sich

Die Opposition sieht das konträr: Es gebe keine neuen Perspektiven und keine neuen Inhalte. Stoibers Ansehen sei in der eigenen Partei und im Volk erschüttert. SPD-Fraktionsvorsitzender Franz Maget wie auch die Grünen-Fraktionsspitze Dr. Sepp Dürr und Margarete Bause sehen einen Machtwechsel am Horizont. Sie haben Verhandlungen mit der FDP und den Freien Wählern angekündigt, um die CSU 2008 gemeinsam unter 50% zu drücken. FW-Vorsitzender Landrat Armin Grein hat Sympathie gezeigt, sich aber

nicht festgelegt. Seine in den Kommunalparlamenten verankerte Gruppe will erklärtermaßen keine Partei werden.

Enger Schulterschluss mit den Kommunen

Herrmann sprach im Zusammenhang mit der Kreuther Klausur von „engem Schulterschluss“ mit den Kommunen. „Wir wollen einen deutlichen Akzent setzen. Die Kommunen erwarteten, von Bund und Land von Kosten entlastet zu werden. Fragen der Zuständigkeit für Pflege-, Behinderten- und Ausländerhilfe spielten eine Rolle wie auch die Ausgaben für Hartz-IV-Empfänger. Auch die zwischen den Spitzenverbänden umstrittene Frage, was aus den Bezirken werden soll, steht in Kreuth zur Debatte. Landtagspräsident Alois Glück, zugleich Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission und oberbayerischer Bezirksvorsitzender, sieht gegenwärtig keine Alternative zu den Bezirken. Er hat eine interne Arbeitsgruppe eingesetzt, die Für und Wider erörtern und punktuelle Verbesserungen des gegenwärtigen Zustands erarbeiten soll. **rm**

nanzausgleichs erreicht werden können. Gemeinsames Anliegen in den Finanzausgleichsverhandlungen der letzten Jahre sei es gewesen, im Interesse der finanzschwächeren Gemeinden die kommunalen Verwaltungshaushalte zu entlasten. Dazu seien in den Jahren 2003 und 2004 Rückgänge bei den Schlüsselzuweisungen durch Stützungsmaßnahmen von Freistaat und Kommunen verhindert worden. Im Jahr 2005 ergebe sich durch die Erhöhung des Kommunalanteils am allgemeinen Steuerverbund von 11,54 Prozent auf 11,60 Prozent und durch den allgemeinen Anstieg der Schlüsselmasse sogar ein Zuwachs bei den Schlüsselzuweisungen um 38,9 Mio. Euro. Die Gesamtbilanz für die Kommunen habe sich gegenüber 2004 von 4.760 Mio. Euro auf 5.182 Mio. Euro verbessert. Das sei ein deutliches Plus von 8,9 Prozent. Auch generell gelte, dass das System des kommunalen Finanzausgleichs moderat und ausgeglichen sei. „Bayern bleibt dabei auch in Zukunft ein verlässlicher Partner seiner Kommunen“, versicherte Meyer.

Gerecht verteilen

„Klar ist aber, dass wir uns nicht der Illusion hingeben dürfen, in der Zukunft könnten sich wieder größere finanzielle Spielräume ergeben“, betonte Meyer. Umso wichtiger sei es daher, das Vorhandene innerhalb der öffentlichen Hand gerecht aufzuteilen. Bayern habe dabei in schwierigster Zeit die Verteilungssymmetrie nicht zu Lasten der Kommunen, sondern zu ihren Gunsten und damit zu Lasten des Staatshaushalts verschoben. Im Jahr 2005 liege die Steigerungsrate der gesamten Finanzausgleichsleistungen mit plus 3,3 Prozent deutlich über der Steigerungsrate des Gesamthaushalts von plus 1,5 Prozent. „Der Freistaat kommt also seiner Verpflichtung, den Kommunen eine finanzielle Mindestausstattung in dem Umfang zu gewährleisten umfassend nach, damit diese ihre Funktion erfüllen können und ihre finanzielle Leistungsfähigkeit erhalten bleibt“, hob Meyer hervor.

In der Vergangenheit habe, so Meyer, stets ein Konsens mit den bayerischen kommunalen Spitzenverbänden über die Ausgestaltung des kommunalen Fi-

Öffentliche Bauten privat finanziert

Das PPP-System soll für Kommunen verbessert werden

Das in Bayern zunächst als Experiment eingeführte System, öffentliche Bau- und Investitionsprojekte von Kommunen privat zu finanzieren (PPP) hat Zukunft. Das ergab eine Aussprache im Kommunalausschuss des Landtags. Einstimmig wurde ein geänderter SPD-Antrag angenommen, die Genehmigungspflichtigkeit solcher Projekte zu überprüfen und gegebenenfalls im Sinne von Vorschlägen der kommunalen Spitzenverbände zu lockern.

Sprecher des Innen- und des Finanzministeriums bekundeten Aufgeschlossenheit dafür. Auf jeden Fall sollten so finanzierte Bauten jedoch im Eigentum der Kommunen bleiben. Bayerns Städte und Gemeinden seien regelmäßig hinreichend kompetent, die Sinnhaftigkeit einer öffentlich-privaten Partnerschaft (PPP = Public Private Partnership) selbst einzuschätzen, hieß es in der Begründung des SPD-Antrags, den die stellvertretende Ausschussvorsitzende Helga Schmitt-Bussinger erläuterte und der ursprünglich die Aufforderung an die Staatsregierung enthielt, die Genehmigungspflichtigkeit solcher Projekte durch eine bloße Anzeigepflicht gegenüber der Rechtsaufsichtsbehörde zu ersetzen. Frau Schmitt-Bussinger verwies auf Erfahrungen in anderen Bundesländern.

Für das Innenministerium berichtete Ministerialrätin Gabriele Engel von der Obersten Baubehörde über einen intensiven Meinungsaustausch in der gemeinsamen Arbeitsgruppe von Staatsregierung und Kommunen. Es habe sich gezeigt, dass bestehende Regelungen für PPP-Modelle ausreichen und mögliche Hemmnisse durch eine flexible Handhabung beseitigt werden können. Man sei sich einig, dass PPP kein Allheilmittel sei, finanzielle Probleme zu beseitigen. „Bauen ohne Geld ist nicht möglich“, Mitberichtersteller Henry Schramm (CSU) meinte, manche kleine Gemeinden wären überfordert, die Tragweite und die Rechtsfolgen von PPP ohne erfahrene fachliche Beratung zu überblicken. Eine modifizierte Genehmigungspflichtigkeit sei sinnvoll, Das sah auch Christine Kamm (Grüne) so. Sie forderte, die Investitionszuweisungen an die Gemeinden zu verstärken.

Leitender Ministerialrat Norbert Kraxenberger vom Finanzministerium berichtete von gewissen Gegensätzen in der Arbeitsgruppe, die aber keine großen Kontroversen seien. Es sei zu verhindern, dass Gemeinden durch PPP in 20 bis 30 Jahren hochverschuldet dastünden. Im Finanzausgleich eine Investitionspauschale für die acht Großstädte einzuführen, wie vom Städteverband erwogen, würde die Masse der etwa 1800 kleinen unter den rund 2000 bayerischen Gemeinden benachteiligen, weil der staatliche Investitionstopf nicht vergrößert werden könne. Grundsätzlich sei das Finanzministerium aber einer Pauschalierung nicht abgeneigt. Am besten gesichert seien die Kommunen, wenn PPP-Projekte ihr Eigentum bleiben. Privatunternehmen könnten insolvent werden. Zu unterscheiden sei auch zwischen Bau- und Betriebsinvestitionen.

Alle vier kommunalen Spitzenverbände lobten im Ausschuss die Zusammenarbeit und hielten eine weitere Überprüfung der Genehmigungspflichtigkeit für angebracht.

Daraufhin änderte Helga Schmitt-Bussinger den Antrag, nur noch Anzeigepflicht vorzusehen, in einen Prüfungsauftrag an die Staatsregierung, was zur Einstimmigkeit führte. **rm**

Europas Schulen arbeiten zusammen

Mit bereits mehr als 10 000 registrierten Schulen ist die Aktion eTwinning zum wichtigsten Instrument für die Zusammenarbeit von Schulen in Europa geworden. eTwinning bietet Schulen die Möglichkeit, über das Internet Schulpartnerschaften zu bilden. Auf diese Weise bringen die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) eine europäische Dimension in den Schulalltag. eTwinning ist die wichtigste Initiative des Programms eLearning der Europäischen Union.

„eTwinning ist ein neuer Aktionsansatz, der die europäische Bildungspolitik ergänzt“, so der Kommissar für allgemeine und berufliche Bildung, Kultur und Mehrsprachigkeit, Ján Figel. „Die eTwinning-Aktion ist anders als unsere anderen Bildungsprogramme: Aus dieser Aktion werden keine Einzelprojekte finanziert, sondern eine Infrastruktur, Instrumente und Dienstleistungen zur Verfügung gestellt, um es den Schulen möglichst leicht zu machen, unterschiedlichste Partnerschaften einzugehen - von zeitlich eng begrenzten Projekten bis zu einer längerfristigen Zusammenarbeit in einem beliebigen Unterrichtsfach.“

Kaum Verwaltungsaufwand

Das Angebot ist kostenlos und kommt ohne viel Verwaltungsaufwand aus. Das Portal ist eine sehr wirkungsvolle Methode, um den Einsatz von IKT, Sprachen und interkulturellen Kompetenzen in der Schule zu fördern. eTwinning sorgt für Innovati-

on im Unterricht und motiviert die Schüler und Schülerinnen zum Lernen. Gemeinsam mit Lehrkräften, Bibliothekaren und anderem Schulpersonal nutzen sie eTwinning, um das Schulleben um eine europäische Dimension zu bereichern. Mithilfe des Internets arbeiten sie auf unterschiedlichste Weise mit ihren Partnern in anderen Ländern zusammen: Sie chatten, schicken E-Mails und tauschen Ideen und Lernunterlagen aus. Thérèse Hagberg, eine schwedische Lehrerin in der Sekundarstufe I sagte: „eTwinning hat unsere europäischen Kontakte gefördert und unsere Schule für die Welt um uns herum geöffnet.“

Im Januar 2006 sollen erstmals die besten eTwinning-Projekte mit Preisen ausgezeichnet werden. Schulen, die sich an diesem Wettbewerb beteiligen möchten, reichen ihre Projektergebnisse bis zum 27. November 2005 über das eTwinning-Portal ein. Die Preisverleihung findet bei der eTwinning-Konferenz am 13. Januar 2006 in Linz in Österreich statt. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Alfred Stangler
82549 Königsdorf
am 6.12.

Bürgermeister
Bartholomäus Steininger
84169 Alttraunhofen
am 8.12.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Egger
84048 Mainburg
am 7.12.

Bürgermeister Werner Schebler
97834 Birkenfeld
am 9.12.

Bürgermeister Franz Diener
84061 Ergoldsbach
am 11.12.

Bürgermeister Peter Dinkel
82285 Hattenhofen
am 12.12.

Bürgermeister Bernd Beringer
91161 Hilpoltstein
am 13.12.

Bürgermeister Josef Baumann
83139 Söchtenau
am 14.12.

Bürgermeister
Alfred Ritter
97840 Hafelnsloh
am 19.12.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Josef Zölch
92717 Reuth b. Erbdorf
am 8.12.

Landrat Volker Liedtke
92421 Schwandorf
am 13.12.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Böckeler
90584 Allersberg
am 10.12.

Bürgermeister Manfred Wolf
86438 Kissing
am 15.12.

Bürgermeister
Karl-Heinz Preißer
92706 Luhe-Wildenau
am 16.12.

Bürgermeister
Alois Ilmberger
85309 Pörsbach
am 19.12.

Leichte Entspannung der Finanzlage in vielen bayerischen Kommunen

Beckstein: „Steuerkraft der bayerischen Gemeinden steigt erstmals seit vier Jahren“

„Erstmals seit vier Jahren steigt die Steuerkraft der bayerischen Gemeinden, Landkreise und Bezirke wieder an. Nach den vom Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung bekannt gegebenen vorläufigen Zahlen ist bei der Steuerkraft 2006 ein kräftiges Wachstum um 11,8 % gegenüber der Steuerkraft 2005 zu verzeichnen“, teilte Innenminister Dr. Günther Beckstein in München mit.

Nach den Worten Becksteins spiegelt sich in dem kräftigem Anstieg der Steuerkraft 2006 die positive Entwicklung der kommunalen Steuereinnahmen. „Dank unserer Initiativen zu Gunsten der Kommunen hat sich die kommunale Finanzausstattung spürbar verbessert. In vielen bayerischen Kommunen zeichnet sich nun eine leichte Entspannung der Finanzlage ab.“ Anlässlich der Haushaltsaufstellung für 2006 sieht Beckstein jedoch nicht: „Die Haushaltslage vieler Städte und Gemeinden ist immer noch alles andere als rosig.“

Konsolidierung und Sparsamkeit

Oberstes Ziel bleibt daher weiterhin die Haushaltskonsolidierung und Sparsamkeit bei den laufenden Ausgaben, um die Leistungsfähigkeit zurück zu ge-

meindlichen Einkommenssteueranteil sogar eine geringere Steuerkraft, die allerdings in einem hohen Maße durch den kommunalen Finanzausgleich ausgeglichen wird.

Städte gewinnen am meisten

Die größten Anstiege bei der Steuerkraft 2006 sind bei den Gemeinden mit über 200.000 Einwohnern (+ 14,2 %), bei den Gemeinden mit 5.000 bis 10.000 Einwohnern (+ 14,9 %) sowie bei den Gemeinden mit mehr als 10.000 bis unter 20.000 Einwohnern (+13,3 %) zu verzeichnen. Bei den Gemeinden in der Größenklasse von mehr als 1.000 bis unter 3.000 Einwohnern steigt die Steuerkraft dagegen nur durchschnittlich um 6,1 %; bei den Gemeinden unter 1.000 Einwohnern sogar nur um durchschnittlich 1,7 %.

Die Steuerkraft der bayerischen Kommunen erhöht sich

wieder. Für die Ermittlung der Steuerkraft der einzelnen Gemeinden sind ihre eigenen Steuereinnahmen (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Einkommensteueranteil der Gemeinden, Umsatzsteuerbeteiligung) auf der Basis landeseinheitlicher Hebesätze maßgeblich. Die Steuerkraft ist damit ein Maß für die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Gemeinde.

Wie bei der Steuerkraft ist 2006 auch bei der Umlagekraft nach den vorläufigen Zahlen des Statistischen Landesamtes ein deutlicher Anstieg zu verzeichnen. Die Umlagekraft, in die neben den jeweiligen Steuerkraftzahlen der Gemeinden zusätzlich 80 % der vom Freistaat an die Gemeinden geflossenen Schlüsselzuweisungen einbezogen werden, steigt 2006 gegenüber 2005 um 10,5 %. Die Umlagekraftzahlen der Landkreise und Bezirke sind Bemessungsgrundlagen für die Berechnung der Kreis- und Bezirksumlagen.

Bezirksumlagen senken

Aufgrund der zum Teil recht deutlichen Umlagekraftsteigerungen im Jahr 2006 erwartet der Minister eine Absenkung der Bezirksumlagesätze. Beckstein: „Ich gehe davon aus, dass die Bezirke unabhängig von den derzeit diskutierten Änderungen im Aufgabenzuschnitt angesichts des kräftigen Anstiegs der Umlagekraft jedes sich bietende Potenzial für eine Reduzierung ihrer Umlagesätze nutzen und im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf einen gerechten Ausgleich zwischen den unabwiesbaren Anforderungen an ihre eigene Aufgabenerfüllung und den berechtigten Belangen ihrer Umlagezahler achten. Eine spürbare Senkung der Umlagenbelastung auf Kreis- und Bezirksebene würde den Städten und Gemeinden vor Ort Spielräume für die eigene Aufgabenerfüllung öffnen und die Leistungs- und Investitionskraft der unteren kommunalen Ebenen stärken.“

Staatsminister Erwin Huber verleiht Preise:

Innovative Verwaltung 2005

Mit Kreativität, Innovationen und Eigenverantwortung Spitzenposition ausbauen

Bayerns Staatskanzlei hat im Kuppelsaal der Staatskanzlei die Preisverleihung des Wettbewerbs Innovative Verwaltung 2005 vorgenommen. Der Wettbewerb Innovative Verwaltung stand in diesem Jahr unter dem Motto „Familienfreundliche Verwaltung“. Huber: „Bayern ist das Familienland Nummer eins in Deutschland.“

Auch in der bayerischen Verwaltung haben Familien Vorfahrt. Das hat der diesjährige Wettbewerb 'Innovative Verwaltung' eindrucksvoll bewiesen. Maßgeschneiderte Serviceleistungen unserer Behörden für Familien und attraktive Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung schaffen ein ausgezeichnetes Klima für Kinder und Familien in Bayern.“

Best-Practice-Beispiele

Der Wettbewerb Innovative Verwaltung hat in diesem Jahr zum vierten Mal stattgefunden. Die hohe Zahl von 50 Bewerbungen, einige mit ganzen Projektbüchern, zeigt, dass der Wettbewerb schon jetzt eine feste Institution in der bayerischen Verwaltung ist. Huber: „Die Teilnehmer erproben Neues mit viel Kreativität. Ihr ehrgeiziges Ziel ist auch unser Ziel: Wir wollen die öffentliche Verwaltung noch leistungsfähiger und innovativer machen. Die Best-Practice-Beispiele des Wettbewerbs strahlen auf die gesamte Verwaltung in Bayern aus. Wir brauchen in der Verwaltung mehr Eigenverantwortung und mehr Entwicklungen vor Ort.“ Die Preisträger des Wettbewerbs 2005 sind:

GZ Kolumne Gerhard Weber

Liebe Leserinnen und Leser!

Nach vier Jahrzehnten gibt es in Deutschland wieder eine große Koalition aus CDU/CSU und SPD. Für die nächsten 4 Jahre wollen die beiden großen Volksparteien die Zukunft Deutschlands gemeinsam gestalten. Der Koalitionsvertrag enthält auch eine Fülle von Vereinbarungen, die für die Kommunen von herausragender Bedeutung sind.

* Die Koalitionäre sprechen sich für eine solide Basis der Kommunalfinanzien aus. Sie wollen über die Fortentwicklung der Gewer-



Zufriedenheit bei den Kommunen über Koalitionsvertrag

besteuer im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung entscheiden. Ziel ist dabei eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht, die den Kommunen insgesamt ein stetiges Aufkommen sichert, die interkommunale Gerechtigkeit wahrt und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer vorsieht. „Wir werden die Gewerbesteuer nur ersetzen, wenn für eine Alternative hinreichend neue Kenntnisse über die Verteilungsfolgen vorliegen“, heißt es wörtlich im Koalitionsvertrag.

• Der Grundsatz „Wer bestellt, der bezahlt“ wird in Zukunft auch für die Beziehungen zwischen dem Bund und den Kommunen gelten. Durch eine Ergänzung des Grundgesetzes (Art. 84 und 85) soll festgelegt werden, dass durch Bundesgesetz Gemeinden und Gemeindeverbänden Aufgaben nicht übertragen werden dürfen. Dies bedeutet einen fundamentalen Paradigmenwechsel zugunsten der Kommunen.

• Der Ausbau der Kinderbetreuung soll vorangetrieben werden. Die Koalitionspartner sind sich einig, dass auch der Bund für den Ausbau der Betreuungsangebote für unter 3-jährige Kinder Verantwortung trägt. Bis zum Jahr 2010 sollen 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze entstehen.

• Die Koalitionsvereinbarung hält fest, dass die für den Ausbau des Tagesbetreuungsbaugesetzes (TAG) errechneten Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Milliarden Euro für die Kom-

munen real verfügbar sein müssen. Die Nettoentlastungen der Länder sind an die Kommunen weiterzuleiten.

• In der Kinder- und Jugendhilfe sollen die Gestaltungsspielräume für Prävention und ambulante Maßnahmen nach dem Grundsatz „Prävention statt Reparatur“ erweitert werden. Die durch das KICK geänderten Bestimmungen des Sozialgesetzbuches VIII sollen nach Ablauf des Jahres 2006 zeitnah evaluiert und, wo es nötig ist, erneute Anpassungen vorgenommen werden. Dabei sollen insbesondere die kostenintensiven Regelungsbereiche überprüft werden.

• Die Koalitionspartner setzen sich für den weiteren Ausbau von Ganztagschulen ein, weil ganztägige Bildung und Erziehung erweiterte Möglichkeiten schaffen, alle Talente zu fördern und die Schwächen auszugleichen. Zudem wird es Eltern durch ganztägige Angebote leichter gemacht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren.

• Die Städte und Gemeinden - auch des ländlichen Raums - werden bei der Bewältigung des demografischen und wirtschaftsstrukturellen Wandels und dem Erhalt historischer Bausubstanz weiter unterstützt. An der Städtebauförderung als gemeinsamer Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wird festgehalten.

• Die Kommunen sollen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasserversorgung wie auch der Abfall- und Abwasserentsorgung entscheiden können. Das Steuerprivileg für Abwasser- und Abfallentsorgung soll beibehalten werden. Die Gebühren für Abwasser- und Abfallentsorgung sind weiterhin von der Umsatzsteuer befreit.

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD berücksichtigt die Belange der Kommunen in einem erfreulich hohen Maße. Die neue Bundesregierung ist aufgerufen, das Vertrauen, das die Kommunen in sie und den Koalitionsvertrag setzen, zu rechtfertigen. „Gemeinsam für Deutschland - mit Mut und Menschlichkeit“, das muss auch im Verhältnis zwischen dem Bund und den Kommunen gelten, denn dann können die Kommunen ihren wichtigen Beitrag dazu leisten, dass unser Land wieder an die Spitze kommt.

Gerhard Weber

Anzeigen in der



Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

winnen, die für die gegenwärtigen und zukünftigen kommunalen Aufgaben notwendig ist.“

Plus bei Gewerbesteuer

Der Anstieg der Steuerkraft 2006 der bayerischen Kommunen beruht insbesondere auf dem seit Beginn des Jahres 2004 zu verzeichnenden deutlichen Anstieg der Gewerbesteuererinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden. Die kräftigen Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer kommen allerdings vorrangig den größeren Städten und besonders gewerbesteuerkräftigen kreisangehörigen Gemeinden zugute. Soweit die Gemeinden nur geringe Zuwächse an Gewerbesteuer erzielen konnten, reichen diese oft nicht aus, um die - alle öffentlichen Ebenen betreffenden - Rückgänge bei der Einkommensteuer zu kompensieren. Bei manchen Gemeinden ergibt sich durch die rückläufigen Einnahmen aus dem ge-

winn von 857,7 Millionen Euro auf rund 8,1 Milliarden Euro. Allein der Anteil der Landeshauptstadt München an der Steigerung der Steuerkraft beträgt 180,3 Millionen Euro (21 %).

Die Steuerkraftmesszahl gibt die für den kommunalen Finanzausgleich maßgeblichen Einnahmelmöglichkeiten der Gemein-



Landrat Thomas Karmasin präsentiert mit seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (v. r.) Jutta Remsing, Manuela Buchner, Maria Minge, Markus Pree und Gertrud Schneider auf Einladung der Bayerischen Staatsregierung im Rahmen des „Wettbewerbs Innovative Verwaltung - Familienfreundliche Verwaltung“ familienfreundliche Angebote und Aspekte im Landkreis bzw. Landratsamt Fürstfeldbruck.

Fortbildungszeiten, die an Öffnungszeiten der städtischen Kindergärten angepasst sind.

• **Stadt Erlangen für das Projekt „Dauerhafte Implementierung der alternierenden Telearbeit“**

Mit dem Gesamtprojekt „Kinder- und familienfreundliches Erlangen“ wurden seit 1999 34 Telearbeitsplätze quer durch alle Verwaltungsbereiche und Laufbahnen geschaffen. Weitere sollen hinzukommen. Bei der alternierenden Telearbeit haben die Mitarbeiter einen Arbeitsplatz in der Dienststelle und einen zu Hause. So lassen sich Familie und Beruf bestens vereinbaren.

• **Landratsamt Landshut als Koordinierungsstelle für das Projekt „Schwanger-in-Bayern.de“**

„Schwanger-in-Bayern.de“ ist ein Internetportal mit allen Informationen rund um die Schwangerschaft für werdende Eltern und Experten. Koordiniert wird dieses bayernweite Projekt, das mit lokalen Informationsangeboten verknüpft ist, von der staatlich anerkannten Beratungsstelle für Schwangerschaftsfragen am Landratsamt Landshut. An der Aktualisierung und dem weiteren Ausbau von „Schwanger-in-Bayern.de“ wirken rund 40 weitere Beratungsstellen mit.

• **Stadt Nürnberg für das Projekt „Bündnis für Familie“**

Zahlreiche Institutionen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und die Polizei unterstützen das Nürnberger „Bündnis für Familie“. Handlungsfelder dieses

großangelegten Projektes sind „Familie und Arbeitswelt“, „Förderung der Familie“, „Kampagne Erziehung“, „Familie, Bildung und Kultur“ sowie „Stadt als Lebensraum für Familien“. Die Stadt setzt auf eine breite soziale und politische Vernetzung und gleichzeitig auf die Aktivierung zur Selbsthilfe, zum Beispiel mit einem Stadtteilprojekt und einer Agentur Familie und Beruf, die kleine und mittelgroße Betriebe berät und unterstützt.

• **Stadt Landsberg am Lech für das Projekt „Familienbüro“ und Landratsamt Donau-Ries für das Projekt „Familienportal, Online-Vermittlung für flexible Kinderbetreuung“**

Beide Projekte erhalten einen gemeinsamen Preis für die Vermittlung von Kinderbetreuung auf ganz unterschiedliche Weise. Die Stadt Landsberg sorgt in Kooperation mit der örtlichen Arbeitsagentur und dem Landratsamt für die Vermittlung von Tagesmüttern und deren professionelle Qualifizierung. Sie unterstützt damit berufstätige Eltern und gibt arbeitslosen Frauen eine neue berufliche Perspektive.

Das Landratsamt Donau-Ries hat eine kostenlose Online-Vermittlung von Tagesmüttern, Babysittern, Leihopas organisiert, die auch geschult werden. Das Projekt läuft in Zusammenarbeit mit der Arbeitsagentur, dem Verein Kinderherz und dem Evangelischen Bildungswerk auf weitgehend ehrenamtlicher Basis.

Evidente Annäherung ...

(Fortsetzung von Seite 1)
gen Standards für Länder und Kommunen gesenkt werden: „Dafür werden alle Bundesgesetze durchforstet und überprüft.“ Bundesfinanzminister Peer Steinbrück rechne hierbei mit einer Entlastung von etwa zwei bis drei Milliarden Euro.

Abbau von Steuervergünstigungen

In punkto Hartz IV werde an der zugesagten Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro festgehalten, betonte der Minister. Wichtig sei, dass die Bundesbeteiligung an den Unterkunftskosten für 2006 und 2007 festgeschrieben werde und die Kommunen somit Planungssicherheit erhielten. Als weitere Verbesserungen führte Huber den Abbau von Steuervergünstigungen wie der Eigenheimzulage und der reduzierten Pendlerpauschale an, ebenso die Erhöhung der Mehrwertsteuer, von der die Kommunen über ihren Anteil am Umsatzsteueraufkommen profitierten. Da das Steuerprivileg für die Abwasser- und Abfallentsorgung erhalten bleibe, seien die Gebühren hierfür weiterhin von der Umsatzsteuer befreit. Zudem profitierten die Kommunen als Arbeitgeber über sinkende Personalausgaben von der Senkung der Lohnnebenkosten.

Stetige und verlässliche Einnahmehasis

Eine eindeutige Zielrichtung gibt der Koalitionsvertrag Huber zufolge auch beim Thema Gemeindefinanzreform vor: Die Gewerbesteuer soll erhalten bleiben, bis im Einvernehmen mit den Kommunen eine sinnvolle Alternative entwickelt worden ist. Die Kommunen benötigten „eine stetige und verlässliche Einnahmehasis, die ihre Eigenständigkeit sichert“. Huber: „Für mich gibt es auf absehbare Zeit kein gleichwertiges Äquivalent. Auf jeden Fall muss gewährleistet sein, dass die Gemeinden auch in Zukunft eine eigene wirtschaftskraftbezogene Steuer haben.“ „Ohnehin“, so Huber weiter, seien Kommunal финанzen „kein Experimentierfeld von Steuertheoretikern, die von den Nöten unserer Bürgermeister keine Ahnung haben. Es geht um die finanzielle Basis unserer kommunalen Selbstverwaltung. Das ist ein hohes Verfassungsgut und eine wichtige Stärke Bayerns, für die es sich zu kämpfen lohnt!“

„Staatsregierung und Kommunen setzen auf Kooperation“, bemerkte Finanzstaatssekretär Franz Meyer im Hinblick auf den ersten „Kommunalgipfel“ in Bayern. Dabei verkenne er keineswegs, dass die Kommunen gegenwärtig vor großen Heraus-

forderungen stünden. Meyer: Der Freistaat tut, was er kann und überschreitet oft sogar die eigene Schmerzgrenze. Ein Beispiel hierfür ist gerade der kommunale Finanzausgleich. Hier liegt die Steigerungsrate der gesamten Finanzausgleichsleistungen beispielsweise im Jahr 2005 mit plus 3,3 Prozent deutlich über der Steigerungsrate des Gesamthaushalts von plus 1,5 Prozent. Der Freistaat hat seinen Kommunen damit deutlich weniger an Konsolidierung abverlangt als sich selbst und so in schwierigster Zeit die Verteilungssymmetrie nicht zu Lasten der Kommunen, sondern zu ihren Gunsten und damit zu Lasten des Staatshaushalts verschoben.“

Steigende Gewerbesteuer

Ein weiterer viel diskutierter Punkt sei die Frage nach einer Gemeindefinanzreform. Aufgrund der derzeitigen Entwicklung agiere die kommunale Seite bei diesem Thema verständlicherweise zurückhaltend, wachsen derzeit doch die kommunalen Steuereinnahmen wieder. So habe sich für 2004 bundesweit ein durchschnittlicher Zuwachs der Steuereinnahmen aller Städte und Gemeinden von 9,4 Prozent ergeben. Maßgeblichen Einfluss auf diese Entwicklung hatte der sprunghafte Anstieg des Gewerbesteueraufkommens, das 2004 letztlich bundesweit um 17,5 Prozent auf 28,4 Mrd. Euro, in den Flächenländern sogar durchschnittlich um 18,6 Prozent gewachsen ist und damit erstmals wieder das Niveau des Jahres 2000 übertroffen hat.

Der positive Trend setzt sich Meyer zufolge fort: „In Bayern beliefen sich die kommunalen

Steuereinnahmen im ersten Halbjahr 2005 bereits auf über 4 Mrd. Euro und lagen damit um 11 Prozent über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. Dieser Anstieg beruht insbesondere auf der positiven Entwicklung bei den Gewerbesteuereinnahmen, sowohl brutto als auch netto.“

Kommunales Finanzierungssystem reformbedürftig

Vor allem durch die - auf den Einsatz Bayerns zurückzuführende - Reduzierung der Gewerbesteuerumlage, aber auch durch steuerrechtliche Änderungen (z. B. Mindestbesteuerung und Nichtberücksichtigung vororganischer Verluste) seien die Gewerbesteuereinnahmen der bayerischen Städte und Gemeinden nach Abzug der Gewerbesteuerumlage in den ersten sechs Monaten des Jahres 2005 im Vorjahresvergleich um 357,3 Mio. Euro bzw. 18,1 Prozent auf über 2,3 Mrd. Euro gestiegen.

Im Gegensatz zum Aufkommen der kommunalen Anteile aus der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer habe sich die Gewerbesteuer seit dem Jahr 2004 „nachhaltig zurückgemeldet“; ihre große Bedeutung für die kommunale Finanzausstattung sei damit offensichtlich, erklärte Meyer. Dennoch sei das kommunale Finanzierungssystem „nach wie vor reformbedürftig“, vor allem was die Berechenbarkeit und die Stetigkeit der Einnahmen anbelangt. Trotz der steuerlichen Änderungen in der Vergangenheit sei das Aufkommen der Gewerbesteuer immer noch recht konjunkturanfällig. Daher bleibe die Reform der Ge-

Was erwartet die Kommunen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
ziehen, werden gesetzlich klar gestellt. Gemeinsam mit den Ländern soll geprüft werden, ob die Einrichtung eines Außenendienstes bei den Arbeitsgemeinschaften und den zugelassenen kommunalen Trägern vorgesehen werden soll. An dem Ziel, die Kommunen für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt bundesweit um 2,5 Mrd. Euro zu entlasten, wird festgehalten. Demnächst soll die Abstimmung mit den Ländern und kommunalen Spitzenverbänden herbeigeführt werden.

Solide Basis

Ziel ist es laut Koalitionsvertrag freilich auch, „Landes- und Kommunalhaushalte dort zu entlasten, wo sie durch bundesgesetzliche Regelungen (zum Beispiel Standards, Bürokratisierung etc.) belastet sind“.

„Die Kommunalfinanzen müssen auch künftig auf einer soliden Basis stehen“, so der Koalitionsvertrag. Die Fortentwicklung der Gewerbesteuer ist im zeitlichen und sachlichen Zusammenhang mit der Fortentwicklung der Unternehmensbesteuerung zu entscheiden.

Ziel ist eine wirtschaftskraftbezogene kommunale Unternehmensbesteuerung mit Hebesatzrecht, die administrativ handhabbar ist, den Kommunen

insgesamt ein stetiges Aufkommen sichert, die interkommunale Gerechtigkeit wahrt und keine Verschiebung der Finanzierung zu Lasten der Arbeitnehmer vorsieht. Ersetzt werden soll die Gewerbesteuer nur dann, wenn für eine Alternative hinreichend genaue Kenntnisse über die Verteilungsfolgen vorliegen.

Infrastruktur für Familien

Stichwort Infrastruktur für Familien: Geplant ist, den Ausbau der Kinderbetreuung voranzutreiben. Die Koalitionspartner stehen zu dem mit dem Tagesbetriebsausbaugesetz (TAG) gesetzlich verankerten Ausbau der Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder als einer unabwiesbaren gesellschaftspolitischen Aufgabe, für die auch der Bund Verantwortung trägt. Bis zum Jahr 2010 sind 230.000 zusätzliche Betreuungsplätze geplant. Die für den Ausbau im TAG errechneten Mittel in Höhe von jährlich 1,5 Mrd. Euro müssen ab 2005 aus der tatsächlich zu gewährleistenden Entlastung der Kommunen in Höhe von 2,5 Mrd. Euro im Zusammenhang mit der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe real verfügbar sein. Dabei ist sicherzustellen, dass die Entlastung auf der Grundlage einer validen Datenbasis tatsächlich realisiert wird. Die Netto-Entlastungen, die den Ländern auf der Grundlage von Realdaten entstehen, sind an die Kommunen weiterzuleiten.

Gesellschaftliches Anliegen

Das Wohl der Familien, ihrer Kinder und das Ziel, dass sich wieder mehr Menschen ihre Kinderwünsche erfüllen, soll ein gesellschaftliches Anliegen werden. Denn Deutschland braucht

meindefinanzen auf der Agenda.

Das bessere Angebot

KPV-Vorsitzender Luitpold Braun ging in seinem Rechenschaftsbericht auf die bereits jetzt ihre Schatten vorauswerfenden Kommunalwahlen 2008 ein. Der Landrat von Weilheim-Schongau befürchtete, dass diese Wahlen erfahrungsgemäß unter der Regierungsbeteiligung der CSU zu leiden haben werden. Fakt sei, dass im Falle einer Mitwirkung der CSU diese in der Vergangenheit stets schlechtere Kommunalwahlergebnisse erzielt habe. Wer gegen die Berliner Politik sei, werde größtenteils weder CSU noch SPD wählen, was zur Folge haben könnte, dass die Freien Wähler ihre Chance wittern. Dagegen werde ein Rezept benötigt, „das weniger darin bestehen kann, dass wir nach Finten für uns und Fallen für die anderen suchen; vielmehr muss unser Angebot das Bessere sein.“

Ressourcen nutzen

Gebraucht würden gut vorbereitete Leute, die sich den letzten Schliff in punkto Rede, Sachkenntnis und Auftreten bei der Hanns-Seidel-Stiftung holen könnten. „Schließlich“, so Braun, „sind wir besser als die anderen, wir müssen es aber auch zeigen.“ Es gelte, vorhandene Ressourcen zu nutzen. Wichtig sei es, bei der Suche nach geeignetem Personal auch „Kandidaten von außen“ zu gewinnen. Wie dies erfolgreich zu bewerkstelligen ist, hätten die Sozialdemokraten in den vergangenen Jahren - siehe OB-Wahl in Augsburg - des öfteren bewiesen. Vor diesem Hintergrund sei es klar, dass die CSU frühzeitig mit den Vorbereitungen zur Kommunalwahl 2008 beginnen muss. **DK**

mehr Kinder. Die Allianzen für Familie in Bund, Ländern und Kommunen und mit spezifischen Themenstellungen sind Ausdruck eines gesellschaftlichen Konzeptes nachhaltiger Familienpolitik. Dieses Konzept soll weiter verfolgt werden.

Standortfaktor

Familienfreundlichkeit ist laut Vertrag „ein Standortfaktor, der nicht nur die Lebensqualität, sondern auch die Wertschöpfungs- und Wirtschaftskraft von Kommunen und Regionen erhöht“. In den Lokalen Bündnissen arbeiten Kommunen, Kammern, Verbände, Wirtschaft und soziale Organisationen erfolgreich zusammen, um attraktive Lebensbedingungen für Familien zu schaffen. Die wachsende Anzahl von Unternehmen als aktive Partner in den Bündnissen wird zu den Adressaten des Unternehmensprogramms zählen. Die Idee soll fortentwickelt und auf ihre nachhaltige Wirkung für Familien und den Standort überprüft werden.

Ambulant vor stationär

Fortgesetzt werden soll auch der in der Politik für behinderte Menschen eingeleitete Prozess zur Verwirklichung einer umfassenden Teilhabe in der Gesellschaft. Gemeinsam mit den Ländern, Kommunen und den Verbänden behinderter Menschen wird darauf hingearbeitet, die Leistungsstrukturen der Eingliederungshilfe so weiterzuentwickeln, dass auch künftig ein effizientes und leistungsfähiges System zur Verfügung steht. Dabei haben der Grundsatz „ambulant vor stationär“, die Verzahnung ambulanter und stationärer Dienste, Leistungserbringung „aus einer Hand“ sowie die Um-

Frankentag der SPD-Landtagsfraktion:

Regionen mit komplexen Potenzialen

Auf dem Frankentag der SPD-Landtagsfraktion in Nürnberg stellten Fraktionsvorsitzender Franz Maget, seine Stellvertreterin Susann Biedefeld sowie die drei fränkischen Regionalsprecherinnen Helga Schmitt-Bussinger, Christa Steiger und Karin Pranghofer die vielschichtigen Potenziale der fränkischen Regionen vor. Dr. Olaf Arndt von der Prognos AG erläuterte die Zukunftschancen Frankens in den Bereichen Demographie, Arbeitsmarktchancen sowie Wettbewerbsfähigkeit und Innovation.

Karin Pranghofer, Regionalsprecherin Unterfranken der Landtags-SPD, betonte, dass die Familien- und Bildungspolitik als Standortfaktor für Franken deutlich zu gewichten sei: „Bei uns wird niemand sitzengelassen, denn wir sind auf die Potenziale der Menschen angewiesen.“ Bildung brauche gute Schulen und Universitäten und müsse alle Lebenszeiten mit einbeziehen, so Pranghofer. Mit diesem Bildungsverständnis wurden in Franken schon frühzeitig Kindergärten geschaffen. Rund 37 Prozent der Kindergarteneinrichtungen, die es in Bayern derzeit gibt, befinden sich in Franken. Über 130.000 Kinder werden darin gefördert. Das aber reiche noch lange nicht aus, wenn den Familien ein gutes Kinderbetreuungs- und Bildungsangebot bereitgestellt werden soll.

Ganztagsgrundschule

Mit der ersten und immer noch bayernweit einzigen Ganztagsgrundschule in Würzburg-Heuchelhof habe Franken schon vor über 20 Jahren die gute Idee der Ganztagsschule zum Programm gemacht. Eine zweite Ganztagsschule könnte in Aschaf-

setzung der Einführung des persönlichen Budgets einen zentralen Stellenwert.

ÖPNV-Ausbau

Im Bereich Verkehrsinfrastruktur soll der ÖPNV auch weiterhin mit einem ausreichenden Finanzierungsbeitrag auf hohem Niveau gefördert werden. Mit dem „Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden“, kurz GVFG, werden bedeutende Investitionen zum Ausbau des ÖPNV unterstützt. Zudem wird den Kommunen dadurch bei notwendigen Infrastrukturinvestitionen unter die Arme gegriffen. Der mittelständischen Existenzsicherung muss hierbei besondere Beachtung geschenkt werden.

Städtebauförderung

An der Städtebauförderung als gemeinsamer Aufgabe von Bund, Ländern und Gemeinden wird festgehalten. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen sollen erhalten und wenn nötig ausgebaut werden, um die Innenstädte als Einzelhandelsstandorte zu erhalten, sowie die lokale Ökonomie und Nutzungsvielfalt zu stärken. Zusammen mit den Ländern, den kommunalen Spitzenverbänden und den Verbänden des Einzelhandels wird die Initiative „City 21“ fortgesetzt.

Selbstverwaltung

Last but not least sollen die Kommunen auch in Zukunft eigenständig über die Organisation der Wasserversorgung wie auch der Abfall- und Abwasserentsorgung entscheiden können. Das Steuerprivileg für die Abwasser- und Abfallentsorgung ist beizubehalten. Bund und Länder werden die europäische Wasserrahmenrichtlinie in enger Abstimmung umsetzen und sich gemeinsam auf europäischer Ebene für ein harmonisiertes Vorgehen einsetzen. **DK**

fenburg bald folgen, wenn das Kultusministerium hierfür die Genehmigung erteile. „Die Stadt hat dies bereits getan, sie hat die Ganztagsgrundschule beantragt“, informierte Pranghofer.

Die Städte Nürnberg und Würzburg mit ihrem hohen Anteil an kommunalen Schulen übernehmen bereits seit vielen Jahren Bildungsverantwortung. Es sei mehr als gerechtfertigt, dass nach über 30 Jahren finanzieller kommunaler Verantwortung der Staat seiner Verantwortung für die kommunalen Schulen endlich gerecht werde und seinen Anteil an den Personalkosten deutlich erhöhe bzw. kommunale Schulen in staatlicher Trägerschaft übernehme.

Helga Schmitt-Bussinger betonte als Regionalsprecherin Mittelfranken die Bedeutung der Metropolregion Nürnberg. Damit baue Franken seinen zentralen Platz mitten in Europa weiter aus. Mit den Metropolregionen Rhein-Main im Westen und Nürnberg im Osten werde die regionale Entwicklung stark gefördert. Schmitt-Bussinger kritisierte, dass sich die Staatsregierung immer noch schwer tue, den Gedanken der Metropolregion in ihrem staatlichen Handeln zu übernehmen. So nenne das neu zu überarbeitende LEP zwar die Gebietskategorie „Metropolregion“, reduziere den Kernbereich derselben aber alleine auf den Verdichtungsraum Nürnberg-Fürth-Erlangen. Dies sei falsch und widerspreche der tatsächlichen Definition des Kerns der Metropolregion Nürnberg.

Innovationsstärke

Innovationsstärke und Kompetenz weist Franken laut Schmitt-Bussinger vor allem in den Bereichen Verkehr + Logistik, Information + Kommunikation, Medizin + Pharma, Energie + Umwelt sowie Neue Materialien auf. In Clustern aus Weltfirmen, kleinen und mittleren Unternehmen, innovativen Dienstleistern und anwendungsnahen Forschungseinrichtungen würden hochinnovative Projekte hervorgebracht. Diese Clusterbildung sei durch den Freistaat weiter zu unterstützen.

Die kulturelle Vielfalt der Region wiederum habe internationale Ausstrahlung. Mit dem Weltkulturerbe Stadt Bamberg, dem Weltkulturerbe Limes, den mittelalterlichen Städten Nürnberg und Rothenburg, den Bayreuther Richard-Wagner-Festspielen und dem Windsbacher Knabenchor verfüge Franken über attraktive kulturelle Magneten. Für das Weltkulturerbe „Limes“ forderte Schmitt-Bussinger ein kultur- und tourismuspolitisches Konzept, das es ermöglicht, archäologische Forschung und Freilegung als auch die Präsentation von Funden voranzubringen.

Größte Industriedichte

Auch für Christa Steiger, die oberfränkische Sprecherin der Landtags-SPD, ist Franken eine starke Region mitten in Europa: „Franken ist geprägt von einer hohen Industrie- und Mittelsstanddichte mit großer Wirtschaftskraft“, betonte die Politikerin. Oberfranken beispielsweise sei die Region mit der dritt-

(Fortsetzung nächste Seite)

KPV-Landesvorstand und -Hauptausschuss

Vorsitzender: Luitpold Braun
Stellvertretende Vorsitzende:
Gruppe Gemeinden: Max Gaul
Gruppe Städte: Gerhard Weber
Gruppe Landkreise: Hanns Dorfner
Gruppe Bezirke: Manfred Hölzlein
Schifführer:
Roland Metz und Dr. Klemens Gsell
Ehrevorsitzender: Otto Ammon
Ehrenmitglied: Paul Röhner
Landesgeschäftsführer: Florian Hahn
Weitere Mitglieder des Landesvorstandes:
Heinrich Bachmann, Robert Brannekämper, Christoph Göbel, Rudi Janisch, Werner Kundorfer, Gerhard Preß, Prof. Dr. Ulrich Reuter
Gertrud Schmidt-Podolsky, Franz Schwarz, Johann Stadler
Weitere Mitglieder des Hauptausschusses:
Josef Bauer, Gerhard Bucher, Dr. Rita Fischer, Manfred Hoffmann, Heinz-Gerd Horlemann, Anton Knapp, Josef Lamperstorfer, Roswitha Nöbauer, Franz Schlegl, Ilse Weiß. **DK**

Bayern unterstützt Gemeinden bei der Sanierung von Mülldeponien

Neuer Unterstützungsfonds soll Kommunen vor finanzieller Überforderung schützen
Sanierung stillgelegter Hausmülldeponien muss jetzt zügig angegangen werden

Der Freistaat Bayern unterstützt die bayerischen Gemeinden bei der Sanierung ihrer stillgelegten Hausmülldeponien mit insgesamt 25 Millionen Euro. Der Ministerrat hat - wie beim Kommunalgipfel zwischen Staatsregierung und Kommunen vereinbart - beschlossen, gemeinsam mit den Kommunen einen Unterstützungsfonds einzurichten, mit dem den betroffenen Gemeinden finanziell geholfen werden kann.

Umweltminister Werner Schnappauf stellte den neuen Unterstützungsfonds vor: „Die Sanierung ihrer stillgelegten Hausmülldeponien stellt für viele Gemeinden ein unkalkulierbares finanzielles Risiko dar, mit dem der Freistaat die Kommunen nicht allein lassen wird. Mit dem neuen Unterstützungsfonds und einem Beitrag des Freistaats von 25 Millionen Euro können die Gemeinden zügig die Erkundungs- und Sanierungsarbeiten beginnen, ohne eine finanzielle Überforderung zu befürchten. Die Schaffung gesunder Lebensverhältnisse in Bayern ist eine überaus wichtige Aufgabe nachhaltiger Umweltpolitik, bei der Staat und Kommunen an einem Strang ziehen müssen“.

Der Gesetzentwurf zur Unterstützung der Gemeinden bei der Sanierung von Hausmülldeponien enthält folgende Eckpunkte:

- Es wird ein Unterstützungsfonds zugunsten von kreisangehörigen Gemeinden für die Kosten der Erkundung und Sanierung ihrer Hausmülldeponien eingerichtet. Die Pflicht zur Erkundung der Hausmülldeponien und die Durchführung einer erforderlichen Sanierung bleibt aber die Aufgabe der Gemeinden.
- Der Unterstützungsfonds wird paritätisch finanziert durch Beiträge des Freistaates in Höhe von 5 Millionen Euro pro Jahr und durch Beiträge der kreisangehörigen Gemeinden in Höhe von ebenfalls 5 Millionen Euro pro Jahr. Für die kreisfreien Ge-

Regionen mit ...

(Fortsetzung von Seite 4)
größten Industriedichte Europas. Neben dieser klassischen, im Strukturwandel begriffenen Wirtschaft entwickle sich ein innovativer Zweig, der gefördert werden müsse.

Um die Stärken Frankens weiter auszubauen und die regional-spezifischen Potentiale zu entwickeln, forderte Steiger besonders in Oberfranken Forschung und Entwicklung zu fördern, insbesondere außeruniversitäre Forschungseinrichtungen: „Wir brauchen eine zukünftige Strukturförderung in der nordost-bayerischen Grenzregion, die dem erheblichen Fördergefälle entgegenwirkt, um Standortverlagerungen zu verhindern.“

Rückführung von Kulturschätzen

Alle drei fränkischen Sprecherinnen votierten schließlich für die Rückführung von Kulturschätzen nach Franken. Pranghofer: „200 Jahre nach der Überführung von kirchlichem in weltlichen Besitz wollen wir unsere besonderen Kulturschätze mit identitätsstiftender Bedeutung zurück, die sich noch in München befinden. Dazu zählen wir das aus Würzburg stammende ‚Fränkische Herzogswert‘, Werke des Aschaffenburger Malers Grünwald, die ‚Anbetung der Könige‘ von Tiepolo aus der Klosterkirche Münsterschwarzach und Riemenschneiders Magdalenen-Altar aus Münsterstadt. Kunstwerke und Kulturgüter gehören grundsätzlich an ihren Ursprungsort zurück. Deshalb gehört die auf Befehl der Wittelsbacher verschleppte ‚Fränkische Beutekunst‘ zurück nach Franken.“ **DK**

meinden besteht keine Zahlungsverpflichtung; sie erhalten keine Leistungen aus dem Unterstützungsfonds.

- Der jährliche Beitrag der einzelnen Kommune zum Unterstützungsfonds berechnet sich nach ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Maßgeblich sind die Umlagegrundlagen im kommunalen Finanzausgleich.

- Die von einer Sanierung tatsächlich betroffene Gemeinde leistet einen angemessenen Eigenanteil an den erforderlichen Erkundungs- und Sanierungskosten in Höhe von 1,5 Prozent ihrer Umlagekraft, mindestens jedoch 20.000 Euro und höchstens 200.000 Euro pro Sanierungsfall.

- Die Laufzeit des Unterstützungsfonds ist vorerst auf fünf Jahre (von 2006 bis 2011 veranschlagt). Danach können die Ergebnisse evaluiert und die gewonnenen Erfahrungen bei einer möglichen Verlängerung des Unterstützungsfonds berücksichtigt werden.

- Die Ausgabe der Fondsmit-

Europa muss ...

(Fortsetzung von Seite 1)
soll. Deshalb sollte die Kommission so weit wie möglich von der Rahmengesetzgebung Gebrauch machen und den nationalen, regionalen und lokalen Stellen die Wahl überlassen, wie das angestrebte Ziel erreicht werden soll.“

Folgen abschätzen

Auch die Überprüfung der Auswirkungen neuer EU-Rechtsvorschläge sollte verbessert werden. Stoiber: „Die Folgenabschätzung muss zum festen Bestandteil der EU-Gesetzgebung werden. Bevor eine EU-Vorschrift verabschiedet wird, muss zwingend geklärt werden, welche Folgen und Kosten sie für Bürger, Unternehmen und die Verwaltung hat. Die Regionen mit Gesetzgebungsbefugnissen sind bereit, an der Folgenabschätzung auf EU-Ebene voll mitzuwirken. Wir haben wie keine andere Ebene in der EU die Erfahrung, wie sich EU-Recht auswirkt, weil wir maßgeblich für die Umsetzung und die Verwaltung von EU-Recht zuständig sind. Nur wenn wir Regionen eine stärkere Rolle bei der Gestaltung der Europäischen Union übernehmen, kann die Kluft zwischen der EU und dem Bürger verringert werden. Europa braucht die Regionen, um bürgerfreundlicher zu werden und Politik besser zu gestalten.“

Netzwerk

REGLEG besteht aus 73 europäischen Regionen mit eigenen Regierungen, Parlamenten und Gesetzgebungsbefugnissen. Gemeinsam umfassen diese Regionen fast die Hälfte der gesamten Bevölkerung der EU. Einige der wichtigsten Regionen Europas nehmen an dem Netzwerk teil, insbesondere die deutschen und österreichischen Länder, die belgischen, italienischen und spanischen Regionen sowie Schottland und Wales. Bayern ist seit 2001 Gründungsmitglied von REGLEG und hat Ende 2004 für ein Jahr den Vorsitz übernommen. Die kanadische Provinz Quebec und schweizerische Kantone sind als Gäste vertreten. **DK**

tel erfolgt nach einer Prioritätenliste, die in regelmäßigen Abständen aktualisiert wird. Damit wird sichergestellt, dass vorrangig diejenigen stillgelegten gemeindeeigenen Hausmülldeponien saniert werden, die das höchste Umweltgefährdungspotenzial aufweisen.

Schnappauf: „Der Unterstützungsfonds ermöglicht einen solidarischen Ausgleich mit den betroffenen Gemeinden und schützt sie vor einer Überforderung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit durch hohe Kosten für Altlastensanierung. Gegen einen vergleichsweise geringen Beitrag (drei Viertel der Kommunen zahlen nur zwischen 400 und 4.000 Euro pro Jahr in den Fonds ein) erhalten alle Gemeinden im Gegenzug die Absicherung vor einem unwägbar finanziellen Risiko bei einer erforderlichen Sanierung.“

In Bayern gibt es rund 1.000 stillgelegte gemeindliche Hausmülldeponien, die vorrangig auf eine mögliche Umweltgefährdung erkundet und gegebenenfalls saniert werden müssen. Schnappauf: „Früher wurde der Müll häufig in irgendwelche Gruben oder Senken abgelagert oder einfach wieder zugeschüttet. Das genügt heute nicht mehr den Anforderungen an den Schutz unserer wertvollen Ressourcen Boden und Grundwasser. Deswegen muss die Sanierung stillgelegter Hausmülldeponien jetzt zügig angegangen werden.“ Die Gemeinden sind bundesgesetzlich zur Sanierung ihrer ehemaligen Hausmülldeponi-

EU-Chemikalienverordnung:

Entwurf muss praktikabel werden

Der Entwurf der EU-Chemikalienverordnung (REACH) muss dringend nachgebessert werden, betonte Europaministerin Emilia Müller im Vorfeld der Abstimmung im Europaparlament.

„Wir befinden uns in der heißen Phase der REACH-Gesetzgebung. Der vorliegende Entwurf verfehlt aber die selbst gesteckten Ziele. Für mehr Umwelt- und Gesundheitsschutz brauchen wir praktikable Regelungen, die zügig zum Ziel führen, das heißt weniger Bürokratie für Hersteller und Behörden und mehr Sicherheit für die Verbraucher“. Beispielsweise müsste für die Registrierung das

en verpflichtet, können aber anders als die mittlerweile zur Abfallbeseitigung zuständigen Landkreise und kreisfreien Städte die Kosten nicht über Abfallgebühren finanzieren. **DK**

tatsächliche Risiko entscheidend sein und nicht allein die produzierten bzw. importierten Mengen eines chemischen Stoffes. Auch seien die Registrierungsanforderungen zu vereinfachen und der Know-How-Schutz zu verbessern, so die Staatssekretärin. Durch REACH sollen das europäische Chemikalienrecht einheitlich und rund 30.000 Chemikalien systematisch erfasst und bewertet werden. **DK**

VBS-Jahrestagung in Miesbach:

Schwerpunkt Gewerbeabfall

Kontingentkürzungen zwingen zur Einrichtung von Zwischenlagern
Europäische TASI gefordert

„Was bleibt von der bayerischen Abfallwirtschaft übrig?“ lautete das zentrale Thema der 32. Jahrestagung des Verbandes der Bayerischen Entsorgungsunternehmen in Miesbach. Schwerpunkt der Diskussion war die derzeitige schwierige Situation in der Gewerbeabfallentsorgung. Aufgrund des am 1. Juni 2005 in Kraft getretenen Deponierungsverbotes für Siedlungsabfälle sind derzeit die bayerischen Müllverbrennungsanlagen überlastet, so dass es im industriell-gewerblichen Abfallbereich zu Annahmepässen in den MVAs kommt.

So klagen die privaten Entsorger über Kontingentkürzungen und demzufolge über die Notwendigkeit, Zwischenlager einzurichten. Hochkarätige Teilnehmer einer Podiumsdiskussion - Ministerialdirigent Michael Duhnkrack vom Bayerischen Umweltministerium, Peter Kneissl, seines Zeichens Präsident der VÖEB und der FEAD, Horst Denk, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der thermischen Anlagenbetreiber in Bayern, ATAB, Helmut Schmidt, Vorsitzender des VKS im VKU, Landesgruppe Bayern sowie VBS-Präsident Reinhard Büchl vertraten jedoch die Ansicht, dass die Probleme nur vorübergehender Natur seien und die Probleme durch gezielte, abgestimmte Maßnahmen sowohl seitens der Anlagenbetreiber als auch der Transportunternehmen gelöst werden können. Lösungsansätze seien zeitlich begrenzte Zwischenlager, aber auch eine verstärkte Trennung des Abfalls an der Anlaufstelle, um auf diesem Wege die vorhandenen Kapazitäten der Müllverbrennungsanlagen zu schonen.

Im Hinblick auf Ersatzbrennstoffe waren sich die Experten dahingehend einig, dass gegebene

nenfalls auch Abfallexporte in geeignete Anlagen in Erwägung gezogen werden müssten. Beim Thema Europa wiederum hatte VBS-Geschäftsführer Dr. Peter Schad bereits zu Beginn der Tagung auf die „aus unserer Sicht überzogenen Richtlinienvorhaben der EU - Stichwort: EU Regelungen zur Sonnenstrahlung“ hingewiesen.

Überbürokratisierung durch Europa

Derartige Überbürokratisierung werde neben den exorbitanten Kostenbelastungen insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen mehr und mehr zu einer existenziellen Bedrohung. Schad gab zu bedenken, dass die Bürokratiekosten heute bereits bis zu 7,5 Prozent des Jahresumsatzes betragen können. Auch die geplante REACH Richtlinie zur Neuordnung des europäischen Chemikalienmarktes werde selbst von Mitgliedern des Europäischen Parlamentes als ein Symbol für Überregulierungswut der EU auf Kosten der europäischen Wirtschaft gesehen. Schad: „Gerne nehmen wir deshalb die Botschaft entgegen, dass EU-Industriekommissar Günter Verheugen die KMU's in Europa deutlich stärker fördern möchte als bisher; der Abbau bürokratischer Hürden und ein leichter Zugang zu Finanzmitteln sollen zu mehr Wachstum und Beschäftigung führen.“

Die Podiumsrunde befasste sich mit der Frage, ob die europäische Umweltpolitik zugunsten einer rigorosen Politik, ausgerichtet auf Wettbewerb und wirtschaftliche Dynamik geopfert wird. Erhoben wurde die Forderung nach einer europäischen TASI, um sicherzustellen, dass einheitliche europäische Standards dadurch zügiger auf den Weg gebracht werden. **DK**

Bürgerbeteiligung für neues Abfallwirtschaftskonzept

Seit vielen Jahren hat sich das Abfallkonzept des Landkreises Günzburg bewährt. Die Gebühren sind stabil. Doch Stillstand ist nicht angesagt. Gesetzliche Änderungen wie das Ablagerungsverbot aber auch notwendige Neuausschreibungen von Verträgen machen es notwendig, über Änderungen nachzudenken.

Bewährtes soll erhalten bleiben, Verbesserungen dagegen, wo es sinnvoll ist, eingeführt werden. Da die Kreisbevölkerung direkt betroffen ist, hat der zuständige Werkausschuss entschieden, eine möglichst breit gestreute Bürgerbeteiligung durchzuführen.

Fragebogen für die Bürger

Die Verwaltung des Kreisabfallwirtschaftsbetriebes hat den Istbestand und die Änderungsmöglichkeiten bei der Abfallwirtschaft in einem mehrseitigen

Konzeptentwurf aufgelistet und den Kreisräten vorgelegt. „Jetzt sind die Bürgerinnen und Bürger an der Reihe, ihre Vorschläge und Anregungen einzubringen“, so Landrat Hubert Hafner. Der entsprechende Fragebogen, der auch von der Homepage des Landkreises heruntergeladen werden kann, liegt u. a. auch in den Rathäusern und Verwaltungsgemeinschaften sowie in den Wertstoffhöfen aus. Auch verschiedene Verbände wie IHK, Bauernverband und Bund Naturschutz sind in die Diskussion mit eingebunden. **hj**



Weg damit.



Her damit.

Abbruch oder Modernisierung. Da fällt einiges an Bauschutt an. Statt „weg damit“ sagen wir bei Altfenstern, -türen und -rollläden aus PVC „her damit“. Denn mit modernster Technologie gewinnen die Recyclingpartner der Rewindo daraus wieder wertvollen Rohstoff für neue PVC-Produkte. Natürlich steckt ein bundesweites Sammelsystem dahinter. Und unser Rewindo-Service, der Ihnen sagt, wie es geht und was es kostet.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30



Rewindo
Fenster-Recycling-Service

Landesamt für Umwelt in Kulmbach:

Bayern zentralisiert Abfallüberwachung

Bayern geht neue Wege in der Abfallüberwachung; anstelle dezentraler Ansprechpartner werden ab sofort alle Sonderabfallströme zentral durch das Landesamt für Umwelt überwacht.

Dies betonte Umweltminister Werner Schnappauf in Kulmbach bei der Besichtigung der neuen Zentralen Stelle Abfallüberwachung (ZSA), die am 1. 11. ihre Arbeit aufgenommen hat.

Fachkenntnisse bündeln

Schnappauf: „Erfahrenen Spezialisten fällt es leichter, etwaige falsch deklarierte Abfälle zu entlarven und dem gesetzlich vorgeschriebenen Entsorgungsweg zuzuführen. Deshalb bündeln wir die Fachkenntnisse in Kulmbach. Denn dort hat das Landesamt mit einer Kerngruppe schon bislang die Wege der Abfallentsorgung analysiert und statistisch aufbereitet.“ Für die Sondermüll-Überwachung waren bisher neben dem Landesamt für Umwelt vor allem die 96 Kreisverwaltungsbehörden und zum Teil die 7 Regierungen zuständig. Solange der größte Teil des Sondermülls über die zentrale bayerische Entsorgungsgesellschaft GSB beseitigt wurde, war die räumliche Nähe von Abfallerzeugern und -entsorgern sowie Behörden vorteilhaft, so Schnappauf. Mittlerweile werde aber der vorwiegende Teil des Sondermülls nicht mehr in der GSB beseitigt, sondern in Hunderten von Anlagen in und außerhalb Bayerns verwertet. Die Kompetenzbündelung erlaube daher eine fundiertere Kontrolle aller Entsorgungsvorgänge.

Erhebliche Personaleinsparungen

Die Bündelung der speziellen Fachkenntnisse an der ZSA ermöglicht nach den Worten Schnappaufs auch erhebliche Personaleinsparungen. Waren bisher mindestens 50 Mitarbeiterkapazitäten bei den Kreisverwaltungsbehörden nötig, so kann jetzt die Aufgabe durch die Zentralisierung mit rund 25 Mitarbeitern erfüllt werden. Darüber hinaus wird es aufgrund der Fülle an EU-weiten Vorschriften zunehmend wichtig, dass die Wirtschaftsunternehmen einen zentralen, kompetenten Ansprechpartner für die immer komplexer werdenden Fragestellungen erhalten.

Bayernweit fallen jährlich rund 2,3 Millionen Tonnen Sondermüll an. Rund ein Drittel davon wird überwiegend bei der GSB beseitigt, zwei Drittel werden verwertet. Die ZSA kontrolliert vor allem, ob für diese Abfälle der richtige Verwertungs- oder Beseitigungsweg vorgesehen ist (Vorabkontrolle mittels Entsorgungsnachweis) und ob dieser Weg auch eingehalten wurde (Verbleibskontrolle mittels Begleitschein). Die ZSA prüft jährlich rund 8.000 Entsorgungsnachweise und rund 200.000 Begleitscheine. **Infos: www.abfall.bayern.de** □

Studie der Verbraucherzentrale weist nach:

Mischtonne geht zu Lasten der Verbraucher

Berlin. Wettbewerb, Transparenz und Kontrolle ist der Dreiklang, der für eine reibungslose und erfolgreiche Recycling- und Abfallwirtschaft und für qualitativ hervorragende Dienstleistungen zu vertretbaren Kosten für die Verbraucher sorgt, erklärte der Hauptgeschäftsführer des bvse-Bundesverband Sekundärrohstoffe und Entsorgung e.V. auf der Tagung der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. heute in Berlin.

Der bvse zeigt sich daher von den Ergebnissen der von der Verbraucherzentrale Bundesverband e.V. in Auftrag gegebenen Studie „Die Kosten der Abfallwirtschaft für Verbraucher“ in entscheidenden Punkten bestätigt. Fischer: „Ökodumping fördert Monopolstrukturen und richtet nicht nur ökologischen und volkswirtschaftlichen Schaden an, sondern geht vor allem aufs Portemonnaie der Verbraucher.“

Wettbewerb, Transparenz und Kontrolle

Ohne den Dreiklang „Wettbewerb, Transparenz und Kontrolle“ sei keine erfolgreiche Kreislaufwirtschaft zu organisieren machte Fischer deutlich. Das gelte nicht nur für die Erbringung von Dienstleistungen, sondern auch für die Diskussion über neue Wege in der Abfallbehandlung und vor allem der Entsorgung gelte. Denn vielen Beteiligten gehe es nicht um tatsächliche Innovationen, sondern darum Mittel und Wege zu finden, um an die begehrten Abfallströme zu kommen. Aus dem „Kampf gegen den Abfall“ sei angesichts zurückgehender Abfallmengen und der gleichzeitig an Bedeutung zunehmenden Sekundärrohstoffmärkte

längst ein „Kampf um Abfall“ geworden.

Allzu oft seien so genannte „Innovationen“ als „Trojaner der Abfallbeseitigung“ enttarnt worden, die ein effizient arbeitendes, ausgereiftes System der getrennten und haushaltsnahen Erfassung von Glas, Papier und Leichtverpackungen, aus dem Gleichgewicht und ins Kippen bringen. Fischer erteilte von daher allen Bestrebungen, die die getrennte Haushaltssammlung von Verpackungsabfällen abschaffen wollen, eine klare Absage. „Das geht zu Lasten der Qualität, die die Voraussetzung der Wiederverwertbarkeit ist, das fördert Monopolstrukturen und macht den Mittelstand kaputt und es geht zu Lasten der Verbraucher, die die Rechnung letztlich bezahlen müssen.“

Ausgereiftes System

Der bvse zeigt sich insofern zufrieden, als unabhängig von den verbandseitig vorgenommenen Analysen weitere Untersuchungen zu dem Ergebnis gelangten, dass sich das ausgereifte System der differenzierten Erfassung von Abfall als Kernvoraussetzung für eine hochwertige Verwertung auch in der vorliegenden Studie bestätigte. □

10 Jahre Umweltpakt Bayern

Statt staatlichem Zwang Umweltschutz aus Verantwortung und mit Überzeugung

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber sieht den Umweltpakt Bayern als neuen Weg im Umweltschutz. Stoiber: „Wir haben mit dem Umweltpakt Bayern einen neuen Weg für den Umweltschutz beschritten, mit dem wir Umweltschutz nicht nur mit staatlichen Verordnungen und Zwang durchsetzen, sondern Umweltschutz für unser Land aus Verantwortung und Überzeugung machen.“

Bei der Unterzeichnung des neuen dritten Umweltpaktes in der Münchner Residenz sagte Stoiber: „Der Umweltpakt Bayern ist eine 10jährige Erfolgsgeschichte für nachhaltiges Wirtschaftswachstum und den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Bayern hat mit dem Umweltpakt Maßstäbe gesetzt und eine Vorreiterrolle beim partnerschaftlichen Umweltschutz übernommen. Unser Weg, in Kooperation zwischen Staat und Wirtschaft konkrete und überprüfbare Ziele für den Umweltschutz zu definieren, hat sich glänzend bewährt. Die gleichberechtigte Kooperation von Staat und Wirtschaft ist ein Erfolgsrezept für modernen und effektiven Umweltschutz. Bisher haben sich über 5.000 teilnehmende Unternehmen, Organisationen und Verbänden zu freiwilligen und zusätzlichen Umweltschutzleistungen verpflichtet und damit aktiv Verantwortung im Umweltschutz übernommen.“

Freiwillige Selbstverpflichtungen

Bereits vor zehn Jahren schlossen in Bayern Staat und Wirtschaft den bundesweit ersten Umweltpakt ab, der im Jahr 2000 erneuert und erweitert wurde. Bayern habe, so Stoiber, mit dem ersten Umweltpakt 1995 umweltpolitisches Neuland betreten und ein bundesweit einzigartiges Pilotprojekt für gemeinsames Handeln von Staat und Wirtschaft beim Umweltschutz auf den Weg gebracht. Mit dem bahnbrechenden Konzept des Umweltpaktes sei es gelungen, die freiwilligen Selbstverpflichtungen einzelner Wirtschaftszweige im Umweltschutz zusammenzuführen und mit der gesamten Wirtschaft eines Landes eine branchen- und themenübergreifende Allianz für den Umweltschutz zu schmieden.

Der neue dritte Umweltpakt, so Stoiber, baue Bayerns Spitzenstellung beim kooperativen Umweltschutz weiter aus und schaffe damit noch gesündere Lebensverhältnisse in Bayern und zusätzliche Standortvorteile für die bayerische Wirtschaft. Nicht zuletzt dem Umweltpakt Bayern sei es zu verdanken, dass immer mehr Unternehmen durch Investitionen in den betrieblichen Umweltschutz und umweltbewusstes Management auch ihre Betriebskosten senken können und damit Wettbewerbsvorteile erzielen. Stoiber: „Beim Umweltpakt Bayern gehen Ökologie und Ökonomie Hand in Hand zum Wohle der Umwelt, der Bürger und der Unternehmen.“

CO₂-Monitoring-System

Die über 200 Einzelprojekte des vorangegangenen Umweltpaktes aus dem Jahr 2000 konnten zu 98 Prozent umgesetzt werden. Dazu gehört zum Beispiel das Forum „Klimadialog Bayern“ zur langfristigen Verminderung des CO₂-Ausstoßes und das europaweit einmalige CO₂-Monitoring-System, mit dem Unternehmen ihre betriebseigene CO₂-Bilanz berechnen können. Bereits seit mehreren Jahren verfügt Bayern über die meisten Unternehmen in Deutschland, die ein betriebliches Umweltmanagementsystem nach der europäischen EMAS-Verordnung eingeführt haben. Zehn weitere Bundesländer sind dem Beispiel Bayerns

gefolgt und haben entsprechende Vereinbarungen mit der Wirtschaft abgeschlossen. Stoiber: „Der Umweltpakt Bayern ist ein Exportschlag und wichtiger Impulsgeber für neues Denken im Umweltschutz.“

Klare Gewinner

Umweltminister Schnappauf begrüßte die Weiterentwicklung des Umweltpaktes: „Mit der Fortführung des Umweltpaktes sind Ökologie und Ökonomie die klaren Gewinner. Zuverlässige Kooperation mit den Betrieben statt starrer Gesetze ermöglichen maßgeschneiderte Strategien im Umweltschutz.“ Beispielhaft nannte Schnappauf den baulichen Wärmeschutz. Bereits 25 Prozent mehr baulicher Wärmeschutz würde allein in Bayern 5,5 Millionen Tonnen CO₂ einsparen. Schnappauf: „Unternehmen, für die Umweltschutz zur selbstverständlichen betrieblichen Rechnungsgröße wird, setzen ihre volle innovative Kraft für mehr Umweltschutz ein. Das macht den bisherigen Erfolg des branchenübergreifenden Umweltpaktes aus. Wir wollen jetzt verstärkt weitere Branchen, wie Finanz- und Kommunikationsdienstleister und global agierende Unternehmen gewinnen.“

Umweltfreundliches Wirtschaftswachstum

Der neue Umweltpakt Bayern steht unter dem Motto „Umweltfreundliches Wirtschaftswachstum“. Er umfasst rund 100 konkrete Umweltprojekte aus nahezu allen Bereichen der bayerischen Wirtschaft, mit denen auch neue Investitionen in umweltorientierte Technologien initiiert und Arbeitsplätze geschaffen werden. Weiterhin werden insgesamt acht Arbeitsforen eingerichtet, in denen Vertreter von Staat und Wirtschaft den fachli-

chen Dialog vertiefen, um die Belange des Umweltschutzes und die Interessen der bayerischen Wirtschaft noch besser aufeinander abzustimmen. In dem neuen bayernweiten Netzwerk für betrieblichen Umweltschutz arbeiten Landkreise und kreisfreie Städte mit Betrieben vor Ort praxisnah zusammen, um den kooperativen Umweltschutz auch auf regionaler und kommunaler Ebene nachhaltig zu verankern. Von Seiten der Wirtschaft liegen insbesondere folgende Zusagen vor:

Die Partner

- Audi und BMW werden ihre Neufahrzeuge möglichst zügig mit Dieselpartikelfiltern der neuesten Generation ausrüsten und für Altfahrzeuge Nachrüstlösungen anbieten.
- Die Firma Saint Gobain Industrie Keramik in Rödental beschleunigt die Entwicklung eines neuartigen Dieselpartikelfilters aus Siliziumcarbit, der den Kraftstoffverbrauch senkt und 99,9 Prozent der Partikel filtert.
- E.ON und Siemens investieren über eine halbe Milliarde Euro in Entwicklung und Bau einer neuen Generation von Gasturbinenkraftwerken, die mit einem erweiterten Wirkungsgrad und hoch effizienter Technologie einen wesentlichen Beitrag zum Klimaschutz leisten.
- Die Wacker-Chemie investiert 300 Millionen Euro in den Ausbau ihrer Siliziumproduktion zur Herstellung von Solarzellen für die Solarindustrie. Damit entstehen am Standort Burghausen ca. 120 neue Arbeitsplätze.
- Die bayerische Papierindustrie wird ihre Produktion noch stärker ökologisch ausrichten, unter anderem durch verstärkten Altpapiereinsatz in entsprechenden Recyclingkreisläufen und den Einsatz von Kraft-Wärme-Koppelung.
- Audi, BMW und MAN setzen sich für das Prinzip „Integrierte Produktpolitik“ (IPP) ein, mit dem der Umweltschutz in die gesamte Produktionskette von der Rohstoffbearbeitung bis zum Endprodukt integriert wird.

25 Jahre kommunaler Umweltschutz in Bamberg

Die Stadt Bamberg gehört zu den Pionieren in Sachen Umweltschutz: Bei der Feier zum 25-jährigen Jubiläum wurden besonders engagierte Personen und Institutionen geehrt, die sich für den Umweltschutz in Bamberg stark gemacht haben.

Angefangen habe alles im Jahre 1973, als die Stadt Bamberg im Sachgebiet Umweltschutz des städtischen Ordnungsamtes Umweltschutzaufgaben von den staatlichen Gewerbeaufsichtsamtern übernahm, so Oberbürgermeister Herbert Lauer. 1989 habe die Stadt dann das Amt für Umwelt-, Brand- und Katastrophenschutz gegründet, dem bis heute Rudolf Gnad als Amtsleiter vorsteht. 1990 war das „Boomjahr“ des Umweltschutzes: Ein eigenständiges Umweltreferat innerhalb der Stadtverwaltung wurde eingerichtet, viele Mitarbeiter eingestellt und der Umweltschutz als Querschnittsaufgabe für alle städtischen Dienststellen verpflichtet.

Sechs Jahre später beschloss der Stadtrat die Umsetzung der Agenda 21 auf kommunaler Ebene. Im Oktober 1997 wurde das Amt für Umwelt-, Brand- und Katastrophenschutz dem neu gebildeten Sozial- und Umweltreferat zugeordnet, das seitdem der berufsmäßige Stadtrat Rupert Grimm leitet. Höhepunkt des kommunalen Umweltschutzes, so Lauer weiter, sei je-

doch das Jahr 2003 gewesen, als die Deutsche Umwelthilfe die Stadt Bamberg zum Sieger des Wettbewerbs „zukunftsfähige Kommune“ kürte.

Auch Umweltminister Werner Schnappauf lobte die Stadt in seiner Festrede: Bamberg sei eine „Umweltstadt“, die Weltkulturerbe und oberfränkische Natur vereine, im Herzen des Flusssparadieses Franken liege und zudem Ausgangspunkt der Sandachse Franken sei. Zudem sei der Bamberger Hain ein wahres „Park-Juwel“ und die Landesgartenschau im Jahre 2012 gebe der Stadt einen weiteren Schub nach vorne.

Bamberg sei aber auch ein Vorreiter bei der kommunalen Agenda 21: „Dutzende erfolgreicher Projekte zeugen von aktiver Stadtverwaltung und hohem bürgerschaftlichen Engagement für Umweltschutz und Generationengerechtigkeit.“ Die Stadt beweise damit, dass die Förderung von Umweltschutz und Nachhaltigkeit die Standort- und Lebensqualität steigert. Bamberg sei heute eine der attraktivsten Städte Deutschlands, bemerkte Schnappauf. **DK**

Emilia Müller:

Soziale Betriebe vorbildlich beim Recycling

Soziale Betriebe recyceln Altgeräte vorbildlich und garantieren eine sichere Abtrennung von Wert- und Schadstoffen. Diese Anerkennung zollte Emilia Müller noch in ihrer Funktion als Verbraucherschutz-Staatssekretärin den bayerischen sozialen Verwertungsbetrieben beim Besuch der Ecksberger Werkstätten in Mettenheim. Sie empfahl den Betrieben, sich frühzeitig zu bundesweiten Netzwerken und Verbänden zusammenschließen, um ihre Position im Entsorgungsmarkt zu stärken und wettbewerbsfähig zu bleiben.

Müller: „Ab 24. März 2006 sind die Hersteller selbst für die Verwertung der Altgeräte verantwortlich und nicht mehr die Kommune. Für die sozialen Verwerterbetriebe bedeutet dies eine erhebliche Änderung der Auftragsituation. Denn bisher haben beispielsweise Lebenshilfe, Caritas, Arbeiterwohlfahrt und Diakonie rund drei Viertel der Elektro(nik)-Altgeräte von der Kommune zur Verwertung erhalten.“ Müller appellierte deshalb an die Hersteller, bei der Vergabe von Verwertungsaufträgen die große Erfahrung der sozialen Verwerterbetriebe in der Elektro(nik)-Altgeräte-Verwertung zu nutzen.

Die 21 in Bayern tätigen sozialen Verwertungsbetriebe wie u.a. die Werkstätten für behinderte Menschen mit Ihrer Arbeit nach den Worten Müllers einen bedeutenden Beitrag für die Gesellschaft und die Umwelt. „Die sozialen Verwertungsbetriebe bieten rund 350 Arbeitsplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten und fördern die Integration von Menschen mit Behinderung. Ihre Arbeit trägt zur Abfallvermeidung, Ressourcenschonung und zum Umweltschutz bei und folgt damit den Grundsätzen der Nachhaltigkeit“, so Müller.

Im Jahr 2002 wurden in den 21 sozialen Einrichtungen in Bayern insgesamt 7.900 Tonnen Elektro-Altgeräte verwertet; davon stammen rund 75 Prozent, also 6.000 Tonnen von kommunalen Wertstoffhöfen. Der Jahresdurchsatz der einzelnen Betriebe reichte von knapp 15 Tonnen pro Jahr bis zu 1.500 Tonnen pro Jahr. □

SULO kauft CLEANAWAY

Die Fusionswelle rollt. Jetzt ist bekannt gegeben worden dass SULO CLEANAWAY kauft und damit zweitgrößter Entsorgungskonzern (hinter REMONDIS) in Deutschland und fünftgrößtes Unternehmen in Europa wird. Mit der Übernahme wird SULO einen Umsatz von 1,2 Milliarden Euro mit ca. 8000 Mitarbeitern erwirtschaften. SULO verfügt damit in Deutschland über mehr als 200 Dienstleistungsstandorte sowie über mehr als 20 Produktionsstätten. Darüber hinaus ist die Gruppe in über 10 europäischen Ländern vertreten.

Durch die Akquisition wird SULO zu einem der führenden internationalen Händler von Altpapier mit einem Handelsvolumen von mehr als 1,5 Mio. Tonnen pro Jahr. Im schnell wachsenden Markt der Pfandsysteme gewinnt SULO weiteren Zugang zu Recyclinganlagen in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Schweden. Der bvse rechnet mit „erheblichen langfristigen Strukturverfälogungen“ im Entsorgungsmarkt. Auch beim Kartellamt betrachtet man die zunehmende Konzentrationstendenz in der Entsorgungswirtschaft mit einer gewissen Sorge.

Gebietszuweisung birgt Gefahr von Flächenmonopolen

Behälterlogistik dennoch zum operativen Start der neuen Rücknahmesysteme lösbar

„Neue effiziente Rücknahmesysteme sind zur Umsetzung des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes bis zum 24. März 2006 erforderlich. Ziel muss es dabei sein, ein reibungsloses Zusammenspiel aller Beteiligten: Verbraucher, Handel, Hersteller und Recyclingunternehmen zu gewährleisten“, erklärte bvse-Vizepräsident Klaus Hennemann vor den 150 Teilnehmern des 4. Elektro(nik)-Altgeräte-Tages in Köln.

Der neue Umweltminister von Nordrhein-Westfalen Eckhard Uhlenberg betonte die „Neue Verantwortung in der Umweltpolitik“. Sie setze auf den mündigen Bürger, auf den Dialog und auf Zusammenarbeit. Umweltschutz, so Uhlenberg, sei heute nicht mehr allein Sache des Staates, sondern ebenso der Wirtschaft und vor allem der Bürger. Eine nachhaltige Umweltpolitik müsse sich daher gegen ein Übermaß an Regeln wenden.

Planungssicherheit

In diesem Sinne kritisierte Uhlenberg, dass nicht immer eindeutig zu entscheiden sei, ob bestimmte Geräte unter das Elektrogesetz fallen oder nicht.

Mit Blick auf Brüssel hob Uhlenberg kritisch die Stoffverbote für Blei, Cadmium, Quecksilber, sechswertiges Chrom und bestimmte Flammschutzmittel aus der RoHS-Richtlinie hervor. Für bestimmte Anwendungen enthalte die Richtlinie in einer Anlage Ausnahmen. Die Liste dieser Ausnahmen sei jedoch - obwohl die Stoffverbote erst am 1. Juli 2006 in Kraft treten sollen - schon zweimal überarbeitet worden. Planungssicherheit für die betroffene Industrie sehe anders aus. Angesichts der erheblichen Produktionsumstellungen, die durch die RoHS-Richtlinie ausgelöst werden, hätte der Kommission eine sorgfältigere

Vorbereitung gut angestanden, so Uhlenberg.

bvse-Vizepräsident Klaus Hennemann betonte, dass es richtig war, im Rahmen der Sammlung und Bereitstellung der Altgeräte auf die bislang funktionierenden und leistungsfähigen dezentralen Erfassungssysteme zu setzen. In diesem Rahmen könne es den regional tätigen Recyclingunternehmen gelingen, durch überzeugende Konzepte als Partner der kommunalen Gebietskörperschaften zu agieren.

Der bvse-Vizepräsident wies darauf hin, dass sich in den Bereichen der Behandlung und Verwertung der Altgeräte erhebliche Änderungen ergeben werden. So werde es schwieriger werden in einem Markt zu agieren, der auf das Abdecken großflächiger Entsorgungsgebiete setze. Netzwerkkooperationen des Mittelstandes müssten daher in der Zukunft weiter an Bedeutung gewinnen, betonte Hennemann.

Behälterlogistik

Strittig wurde das Zusammenspiel an der kommunalen Übergabestelle diskutiert. Als zentrales Problem wurde hier die Behälterlogistik benannt. Um wechselnde Systeme in einem Abholauftrag an den kommunalen Übergabestellen zu umgehen, spricht sich der bvse für einen Lösungsansatz aus, der auf der Anordnung zur Leerbehälter-

gestellung und zugleich der Abholung beruht. Nach der Meldung durch die Kommune, dass der Behälter voll ist, wird dem gleichen Hersteller, der für die Gestaltung des Behälters gesorgt hat, auch die Abholung zugewiesen. So sei gewährleistet, dass derjenige der den Behälter stellt, diesen auch abholt.

Faire und transparente Rahmenbedingungen

Dieses Modell wird auch von der BITKOM-Arbeitsgruppe Cycle favorisiert, wie Peter Cossé deutlich machte. Cossé betonte, dass die Branche eine rechtssichere und gangbare Lösung zum operativen Start am 24. März 2006 benötige. Er bezeichnete diese Lösung für den Start als einzig mögliches Verfahren.

Dr. Gerald Baumann, Leiter der Rechtsabteilung der Bauknecht Hausgeräte GmbH, erklärte als Vertreter der Hersteller

Mitverbrennung von Klärschlamm in Zementwerken:

Zukunftsweisende Technologie

„Eine der weltgrößten Trocknungsanlagen nahm in Unterfranken den Betrieb auf“

Die Mitverbrennung von Klärschlamm in Zementwerken ist ein zukunftsweisendes Konzept und ein wichtiger Beitrag, um mittelfristig aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung auszusteigen. Dies betonte Emilia Müller noch in ihrer Funktion als Umweltstaatssekretärin bei der Inbetriebnahme einer der größten Klärschlamm-trocknungsanlagen der Welt in Karlstadt (Lkr. Main-Spessart). Müller: „Das in Karlstadt verwirklichte Konzept ist wegweisend für eine moderne und nachhaltige Klärschlamm-entsorgung. Bayern tritt aus Vorsorgegründen für den mittelfristigen Ausstieg aus der landwirtschaftlichen Klärschlammverwertung ein. Denn Klärschlamm ist der Reststoff der Abwasserreinigung und enthält eine Vielzahl bekannter und unbekannter Schadstoffe aus Gewerbe, Industrie und Haushalten“. Der Staatssekretärin zufolge liegt die Lösung in der thermischen Verwertung des Klärschlammes. Hier gel-

der „Weißen Ware“, dass das Modell der Gebietszuweisung (auch Flickenteppichmodell genannt) bevorzugt werde. Er verwies darauf, dass dieses Modell kostengünstiger sei, räumte aber ein, dass es aufgrund der „instabilen Rahmenbedingungen“ schwierig sei, dieses Modell rechtzeitig zum 24.03.2006 zu implementieren.

Aus Sicht der mittelständischen Recyclingunternehmen, das wurde auf der Veranstaltung deutlich, werde dieses Modell der Gebietsaufteilung wettbewerbsrechtlich kritisch gesehen. Es sei abzusehen, dass es, bedingt durch eine begrenzte Anzahl von Herstellersystemen, dabei zur Vergabe großflächiger Gebiete kommen werde, von denen nur wenige Großbetriebe der Branche partizipieren werden. Es liege auf der Hand, dass dieser Ansatz das Entstehen von Gebietsmonopolen fördere.

Ein Gebietsschutz für wenige Unternehmen der Branche müsse jedoch ausgeschlossen werden, forderte bvse-Vizepräsident Klaus Hennemann. Der Markt brauche keine neuen Monopole, sondern faire und transparente Rahmenbedingungen, die echten Wettbewerb ermöglichen und so auch vom Gesetz gewollt seien.

es, die Kapazitäten weiter auszubauen. Bereits jetzt beteiligen sich in Bayern 5 Müllheizkraftwerke, 1 Kohlekraftwerk und 2 Monoverbrennungsanlagen an der energetischen Verwertung von Klärschlamm. So wurde die landwirtschaftliche Verwertung von 34 Prozent im Jahr 2001 auf heute 25 Prozent zurückgeführt.

Mit der integrierten Technologie der Trocknung und Verbrennung an einem Standort wird in Karlstadt ein vorbildliches, in der Zementindustrie bisher einmaliges Konzept verfolgt. Die neue Trocknungsanlage ist mit einem geplanten Jahresdurchsatz von 120.000 Tonnen eine der größten Trocknungsanlagen der Welt und gibt auch den Kommunen eine langfristige Entsorgungssicherheit. Durch ein niedriges Temperaturniveau bei der Trocknung arbeitet die Anlage besonders emissionsarm. „Die Mitverbrennung in Zementwerken ist für Bayern eine neue Entsorgungsschiene.“ □

Sonderabfallforum des bvse in Berlin:

Vermeiden und Verwerten von Sonderabfällen

Berlin. Das Vermeiden und Verwerten von Sonderabfällen beschäftigt ein hochkarätiges Fachpublikum, das der Einladung des bvse nach Berlin gefolgt war.

Auch die Sonderabfallentsorgung werde entscheidend durch die Umsetzung der TASI/AbfAbIV bestimmt, erläuterte bvse-Experte Dr. Thomas Probst. Sonderabfälle würden zunehmend aus der Mitverbrennung verdrängt. Damit gewinnen Verwertungs- und Beseitigungsalternativen weiter an Gewicht. Des Weiteren führte Probst aus, dass Bestrebungen zur Konzentration bei den privatrechtlichen Sonderabfallbehandlungsanlagen, die bestehende Entsorgungsmöglichkeiten beeinträchtigen können.

Europäische Vorgaben

Zu Beginn der Tagung wurden die aktuellen Rahmenbedingungen für die Sonderabfallwirtschaft in Deutschland durch das Referat von MinR Rüdiger Wagner vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit aufgezeigt. Entscheidend für die künftigen Bedingungen bei der Entsorgung von Sonderabfällen seien die europäischen Vorgaben aus der EU, so Wagner.

Die künftigen Stellgrößen in der EU seien somit die Abfallrahmenrichtlinie, die Richtlinie Gefährliche Abfälle, die AbfallverbrennungV, die POP-Verordnung und REACH. Die EU-Kommission erwartet bis Dezember 2005 Vorschläge zu Begrifflichkeit im Bereich der Entsorgungs- und Recyclingwirtschaft, die dann direkte Auswirkungen auf die Abfallwirtschaft haben werden, so Wagner. Unter anderem werden verschiedene Verwertungsbeurteilungen konkretisiert sowie Überlegungen zur den Abfall- und den Produktgesellschaften vorgenommen.

Ortsnahe Verwertung

Die Situation für die Entsorgung von Sonderabfällen in Brandenburg beschrieb Bernhard Remde vom Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg. In diesem Bundesland werde die ortsnahe Verwertung konsequent umgesetzt, so Remde. Die Verwertungsquote bei den besonders überwachungsbedürftigen Abfällen betrage, ohne die mineralische Anteile zu berücksichtigen,

immerhin 55%. Die Erfolge bei der Sonderabfallverwertung beruhten dabei auf der getrennten und flächendeckenden Erfassung bei den Anfallstellen.

Preise steigen

Die in Deutschland entsorgten Sonderabfallmengen werden bis zum Jahr 2010 nur leicht zurückgehen. Gleichzeitig sei mit einem Anziehen der Entsorgungspreise zu rechnen, das den mengenbedingten Umsatzrückgang zum Teil kompensieren wird. Zu diesen Einschätzungen gelangte Holger Alwast von der Prognos GmbH. Die Menge der über Begleitscheine erfassten Sonderabfälle für das Jahr 2003 werde auf 18 Mio Tonnen und für 2010 auf 16,5 Mio Tonnen beziffert. Bei der Herstellung von Ersatzbrennstoffen aus Sonderabfällen prognostizierte Alwast einen Anstieg von 1,0 auf 1,5 Mio Tonnen.

Bisher noch ungenutzte Möglichkeiten für Sonderabfallbeseitigung wurden durch Dr. Axel Wilms, Bayer Industrie Services, aufgezeigt. Die Chemiefirma Bayer hat langjährige Erfahrung in der Entsorgung von Industrieabfällen, die jetzt auch mittelständischen Entsorger nutzen können.

Elektronische Nachweisführung

Auf großes Interesse bei den Praktikern stieß insbesondere die elektronische Nachweisführung, mit dessen flächendeckender Einführung in absehbarer Zeit zu rechnen sei.

Auf Landesebene existieren bereits entsprechende Modellversuche, wie Berend Wilkens von der Sonderabfallgesellschaft Berlin Brandenburg (SBB) erklärte. Die Einführung des elektronischen Begleitscheinwesens habe Modellcharakter für die kommende bundesweite Umsetzung der elektronischen Nachweisführung. Dies werde auch zu entsprechenden Vereinfachung der Bürokratie im Bereich der Abfallentsorgung beitragen, zeigte sich Wilkens überzeugt.

Dass das elektronische Begleitscheinverfahren funktioniert demonstrierte Theda Schröder (Lepkojus Sondermüll, ALBA Berlin) den Tagungsteilnehmern.

Kommunale Abfallentsorgung:

Mehr Transparenz und Wettbewerb gefordert

Berlin. Der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft (BDE) und der Verbraucherzentrale Bundesverband haben mehr Transparenz kommunaler Abfallgebühren und verstärkten Wettbewerb gefordert. „Überall dort, wo in der Vergangenheit Entsorgungsleistungen an Private vergeben worden sind, ist innovativer Wettbewerb entstanden“, sagte BDE-Hauptgeschäftsführer Dr. Stephan Harmening.

Kommunale Eigenbetriebe hingegen scheuten wegen ihrer verkrusteten Strukturen oft den Wettbewerb mit privaten Entsorgern. „Es kann aber nicht angehen, dass Kommunen einerseits an der Gebührenschaube drehen und gleichzeitig mit ihren Entsorgungsunternehmen von den überhöhten Gebühren profitieren, die sie vorher den Bürgern abgenommen haben“, so Harmening.

Verstärkte Ausschreibung

Prof. Edda Müller, Vorstand des Verbraucherzentrale Bundesverbands, hatte in Berlin eine Studie vorgelegt, die nachweist, dass sich kommunale Müllgebühren in Deutschland von Bundesland zu Bundesland um über hundert Prozent, zwischen einzelnen Kommunen eines Landes um bis über 500 Prozent unterscheiden, häufig ohne dass dafür ein sachlicher Grund erkennbar sei. Als Maßnahme gegen die Intransparenz kommunaler Müllgebühren schlug Deutschlands oberste Verbraucherschützerin unter anderem die verstärkte Ausschreibung von Entsorgungsleistungen vor. Eine klare Absage erteilte Prof. Müller allen Versuchen, das bewährte System der getrennten haushaltsnahen Abfallsammlung aufzuweichen. **KK**

Beide Forderungen werden vom BDE voll unterstützt. „Die Zeit ist reif für den zweiten Liberalisierungsschritt in der deutschen Entsorgungs- und Wasserwirtschaft - nach der Einführung des dualen Systems in den Neunziger Jahren“, meinte Harmening. Der BDE plädiert für die Zulassung von Konzessionen beim Hausmüll, also die Möglichkeit, die gesamte unternehmerische und organisatorische Verantwortung der Hausmüllentsorgung in Kommunen an private Unternehmen zu vergeben. Nur so sei echte Konkurrenz möglich.

Flächendeckende Einführung der Biotonne

Anders als der Verbraucherzentrale Bundesverband hält der BDE an der flächendeckenden Einführung der Biotonne fest. Sie verringere besonders in ländlichen bis kleinstädtisch geprägten Regionen die zur Beseitigung, sprich Verbrennung anfallenden Mengen deutlich. Dies führe zu Kostenvorteilen für den Gebührensahler. Außerdem stelle der aus dem Bioabfall produzierte Kompost eine humusreiche Alternative zu Torfmaterialien dar. Ökologisch wertvolle Torf-Feuchtgebiete liessen sich dadurch schonen. **KK**

5-Sterne für Mobilität.

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.



Fahren Sie mit Erdgas zum halben Preis!

Erdgas hat Zukunft. Sowohl beim Heizen als auch beim Autofahren. Mit Erdgas von ESB tanken Sie zum halben Preis. Der reduzierte Mineralölsteuersatz für Erdgas als Kraftstoff ist bis zum Jahr 2020 festgeschrieben. Gleichzeitig schonen Sie die Umwelt, weil bei Erdgas geringere Schadstoffe entstehen. Erdgas

tanken Sie heute bereits an über 500 Erdgas-Zapfsäulen in Deutschland - auch in Ihrer Nähe. Fragen Sie Ihren Autohändler und starten Sie in eine saubere Zukunft - mit Erdgas im Tank.

Mehr Infos unter 01 80/1 08 08 01 (zum Ortstarif) oder unter www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

DWA-Landesverbandstagung in Neu-Ulm:

Wasserwirtschaft und Gewässerschutz im Fokus

Neu-Ulm als Treffpunkt der bayerischen Wasserwirtschaft: Der Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. (DWA) richtete dort seine diesjährige Landesverbandstagung aus, zu der rund 400 Teilnehmer aus Bayern, dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland kamen. Das Motto der Tagung: „Wasserwirtschaft - Abwasser - Abfall... da kennen wir uns aus!“

Eröffnet wurde die Tagung durch den Oberbürgermeister der Stadt Neu-Ulm, Gerold Noerenberg, den Präsidenten der DWA, Prof. Dr.-Ing. Hermann Hahn sowie den Vorsitzenden des DWA-Landesverbandes Bayern, Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günther. Letzterer begrüßte die neuen Möglichkeiten als gute Grundlage, um die bundesweit geforderte Nachrüstung von Kleinkläranlagen voranzubringen, denn gerade der Freistaat setze auf eine dezentrale Abwasserentsorgung. Günther warnte indes vor überzogenen Erwartungen: „Kleinkläranlagen brauchen regelmäßige Wartung und Kontrolle, die gesichert sein muss, damit sie auf Dauer die geforderte Leistung erbringen - nur dann sind diese Anlagen wirklich gleichwertig.“

Vielfältige Facetten

29 Fachvorträge, die in zwei parallel laufenden Seminaren gehalten wurden, spiegelten die vielfältigen Facetten der Wasserwirtschaft wider. Prof. Dr.-Ing. Albert Göttle, Präsident

Gewässerschutz:

Flussraummanagement als neues Zauberwort

Viele Größen aus Politik und Wasserwirtschaft gaben sich die Ehre zur ersten transnationalen Konferenz der bayerischen Wasserwirtschaft innerhalb des Projektes ILUP (Integrated Land Use Planning and River Basin Management). Das Leitthema der Konferenz war der neue Ansatz des Flussraummanagements.

Ziel der Konferenz war die weitere und verstärkte Zusammenarbeit aller am Flussraum Beteiligten. Dazu gehören Wasserwirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz und Gemeinden. Sie alle an einen Tisch zu holen und zu einem Dialog zu bewegen, hat sich das ILUP-Projekt auf die Fahnen geschrieben. In vier europäischen Ländern - Deutschland, Tschechien, Österreich und Ungarn - werden parallel ILUP-Projekte durchgeführt. Anlässlich der permanenten und wachsenden Hochwasserbedrohung von Menschen die an Flüssen leben, gewinnt das ILUP-Projekt zunehmend an Bedeutung.

Teils kontroverse Standpunkte

Am großen Festabend zur Eröffnung der Konferenz und auf der vorausgehenden Pressekonferenz informierten und diskutierten Ministerialrat Claus Kumutat, Leiter der Abteilung Wasserwirtschaft im StMUGV, MR Martin Grambow, Leiter des Referats Wasserwirtschaft für Gewässer erster Ordnung, StMUGV, MR Wolf-Dieter Rogowsky, StMUGV, Prof. Dipl.-Ing. Rudolf Metzka FH Deggendorf, Prof. Dr. Alois Heißenhuber TU Weihenstephan, MdL Helmut Brunner Vorsitzender des Ausschusses für Agrarpolitik im Bayerischen Landtag, der niederbayerische Bauernpräsident Walter Heidl, der Pfarrkirchner Bürgermeister Georg Riedl, 1. Vorsitzender des Wasser-Info-Teams Bayern und Hubert Siegel vom österreichi-

des neu gegründeten Bayerischen Landesamtes für Umwelt in Augsburg, berichtete über die wasserwirtschaftlichen Aufgaben der neuen Umweltbehörde. Weitere Vortragende waren Vertreter städtischer bzw. staatlicher Dienststellen, von Entwässerungsbetrieben, Verbänden und Ingenieurbüros.

Technische Grundlagen

Etwa 500.000 Einwohner in Bayern werden auf Dauer nicht an zentrale Kläranlagen angeschlossen. Das Abwasser muss zukünftig über etwa 100.000 sogenannte Kleinkläranlagen gereinigt werden. Diese Kleinkläranlagen müssen aber einen vergleichbaren Gewässerschutz wie öffentliche Kläranlagen gewährleisten. Im ersten Seminar „Gewässerschutz“ wurde deshalb in vier Vorträgen über die rechtlichen und technischen Grundlagen einer fachkundigen Abwasserbehandlung im ländlichen Raum sowie über die Förderung von Abwasseranlagen berichtet.

Auf Empfehlung des Bayerischen Staatsministeriums for-

dem viele bayerische Kommunen in ihren Entwässerungssatzungen für bestehende erdverlegte private Abwasserleitungen alle zehn Jahre einen Dichtheitsnachweis. Werden durch diese Nachweise Schäden an privaten Abwasserleitungen festgestellt, müssen diese fachkundig saniert werden. Ein weiteres Fachthema der Vortragsreihe war aus diesem Grunde das praktische Vorgehen bei der Dichtheitsprüfung und Sanierung privater Kanäle am Beispiel der Stadt München.

Kleinkläranlagen

Wie Dr.-Ing. Friedrich Seyler vom Bayerischen Landesamt für Umwelt erläuterte, sind Kleinkläranlagen zur Abwasserbehandlung im ländlichen Raum heute unverzichtbar. Innerhalb der vergangenen Jahre seien die zur Verfügung stehenden Technologien wesentlich weiterentwickelt worden. Damit könnten derartige Anlagen heute auch in solchen Fällen Anwendung finden, für die früher zum Schutz der Gewässer ein Anschluss an eine öffentliche Anlage oder eine aufwändige Ableitung der Abwässer gefordert werden musste. Anlagen mit weitergehender Stickstoff- oder Phosphor-Elimination sowie mit Hygienisierung des Abwassers könnten insbesondere in wasserwirtschaftlich sensiblen Bereichen (z.B. bei Versickerungen oder in Karstgebieten) eingesetzt werden.

Über die großtechnischen Erfahrungen mit der Badewasserqualität an der Isar berichtete der Gröbenzeller Ingenieur Dr. Peter Schleyen. Durch das Programm Badewasserqualität werde an der Isar zwischen dem

Sylvensteinspeicher im Süden und Moosburg im Norden auf 130 Kilometer Fließlänge die bakteriologisch-hygienische Beschaffenheit so weit verbessert, dass Baden und Wassersport möglich sind. Das ehrgeizige Vorhaben, so Schleyen, werde in der Fachwelt und Öffentlichkeit stark und positiv beachtet. Es sei einmalig in Europa und deshalb auch politisch sehr attraktiv.

Besonders herausragend sei der Umstand, dass im Zusammenhang mit den Maßnahmen zur Renaturierung der Isar mitten in der Millionenstadt München ein Bade- und Freizeitparadies geschaffen wird. Dieses werde den Erholungssuchenden zur eigenverantwortlichen Freizeitnutzung angeboten.

Kontrollinstanzen

Dipl.-Ing. (FH) Alfons Semmelmann von der Chemisch-Technischen Umweltberatung in Eching verwies darauf, dass ein nachhaltiger Gewässerschutz in Zukunft nur möglich sein wird, „wenn durch unabhängige Kontrollinstanzen der ordnungsgemäße Betrieb überwacht wird“. Diese Aufgabe werde in Bayern künftig durch anerkannte private Sachverständige in der Wasserwirtschaft wahrgenommen.

Mit dem Vollzug der Eigenüberwachungsverordnung komme daher auf die Privaten Sachverständigen eine verantwortungsvolle Aufgabe zu. Durch die dadurch erzielbaren Leistungssteigerungen sei es durchaus möglich, die Ablaufwerte von Kleinkläranlagen mit denjenigen kommunaler Kläranlagen innerhalb entsprechender Größenklassen gleichzusetzen. Dies muss laut Semmelmann im Interesse eines nachhaltigen Gewässerschutzes oberstes Ziel sein.

Die Hochwasserereignisse im August 2005 verdeutlichen die enorme Aktualität eines nachhaltigen Hochwasserschutzes auch in Bayern. Im zweiten Seminar „Wasserwirtschaft“ wur-

de deshalb dem Thema Hochwasserschutz breiter Raum gegeben. Informiert wurde u. a. über die richtige Vorgehensweise bei der Planung von Hochwasserschutzbauwerken. Diese hilft bei der Erstellung von Hochwasserschutzbauwerken Kosten zu sparen und ermöglicht durch die exakte Bemessung der Bauwerke einen sicheren Rückhalt des Hochwassers.

Ein weiteres Thema der Vortragsreihe war die Kosten-Nutzen-Betrachtung von Hochwasserschutzmaßnahmen am Beispiel der Stadt Pfarrkirchen in Niederbayern. Dabei wurden die zu erwartenden Schäden an Gebäuden bei einem hundertjährigen Hochwasser der Rott abgeschätzt und den Baukosten des technischen Hochwasserschutzes gegenüber gestellt. Wie Dipl.-Ing. Walter Raith vom Straßen- und Wasserbauamt Pfarrkirchen ausführte, sei Ergebnis dieser Analyse, dass die durch die Maßnahmen vermiedenen Gebäudeschäden schon bei einem einzelnen Hochwasserereignis nahezu die Baukosten erreichen. Somit seien die durch den technischen Hochwasserschutz anfallenden Kosten gerechtfertigt.

Abwasserkataster

Eine Handlungsanleitung für kleine und mittlere Kommunen in punkto Abwasserkataster gaben die Ingenieure Thomas Jacob (Herrsching), Hardy Loy und Martin Wolf (beide München). Das Kanalnetz, so die Referenten, stelle in den Kommunen einen der größten Vermögenswerte dar, sichere den Entwässerungskomfort und lei-

Wasserversorgung in Bayern:

Mit geprüfter Qualität fit für die Zukunft

Auftakt für neues Sicherheitsmanagement-System Vor allem kleinere Unternehmen profitieren

Der Präsident des Bayerischen Landesamtes für Umwelt (LfU), Albert Göttle, hat Bayerns Wasserversorger dazu aufgefordert, ihr Qualitäts- und Sicherheitsmanagement gründlich unter die Lupe zu nehmen. Erst kürzlich hatte eine benchmarking-Studie nachgewiesen, dass kleinere Wasserversorger in Punkto Organisation noch deutlichen Nachholbedarf haben.

Drei Firmen haben nun Hilfe zur Selbsthilfe entwickelt und in Pilotstudien getestet. Das bayerische Umweltministerium hat das Vorhaben finanziell gefördert, das LfU die Arbeiten in einer Projektgruppe betreut.

Die entstandenen Betriebs- und Organisationshandbücher sollen vor allem den kleinen Versorgern helfen, innerbetriebliche Schwachstellen zu finden und abzustellen. „Gerade für die kleineren Versorger rechnet sich der Sicherheitscheck“, sagte Göttle bei der Auftaktveranstaltung in München vor rund 200 Wasserversorgern. Bayern setzt auf die dezentrale Wasserversorgung: mehr als 2100 Anlagen im Freistaat zählen zu den Kleinanlagen, die überwiegend von Gemeinden oder Genossenschaften betrieben werden.

Auf sichere Füße gestellt

Mit dem Betriebshandbuch werden die Unternehmen technisch, organisatorisch und rechtlich auf sichere Füße gestellt. Denn gerade bei kleinen Anlagen sind Betriebsabläufe oft nicht klar festgelegt. Bestandspläne nicht auf dem neuesten Stand oder Regelungen im Störfall nicht exakt festgelegt. Zwischen Tausend und etwa zehntausend Euro kostet es, wenn ein Wasserversorgungsunternehmen sich für ein Betriebshandbuch entscheidet, das für ihn maßgeschneidert wird. Die

ste einen wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. Die Verantwortlichen müssten alles daran setzen, diesen Besitz zu erhalten.

Optimierter Betrieb

Das Abwasserkataster bilde die Grundlage für einen verantwortungsvollen Betrieb der Entwässerungsanlage in technischer und kaufmännischer Hinsicht. Es ermögliche eine Optimierung der Betriebsabläufe und eine bedarfsgerechte Erhaltung und Entwicklung. Auch für die Gebührenkalkulationen und den immer häufiger geforderten gesplitteten Gebührenmaßstab sei ein aktuelles Abwasserkataster hilfreich. Grundsätzlich gilt nach Auffassung der Experten: „Ob mit oder ohne EDV-Unterstützung ist das Abwasserkataster nur so gut wie seine Inhalte. Nur wenn es aktuell geführt und Änderungen nachgetragen werden, kann es eine wertvolle Arbeitshilfe sein.“

Begleitende Ausstellung

Dass die Wasserwirtschaft und speziell die Abwasserentsorgung sowie der Hochwasserschutz nicht nur eine theoretische Materie sind, sondern auch den Einsatz hochentwickelter Technik erfordern, verdeutlichte die begleitende Firmenausstellung, auf der über 70 Unternehmen der Branche sich und ihre Produkte präsentierten. Abgerundet wurde die Tagung durch zwei Fachexkursionen: Besichtigung des Klärwerks Steinhäule sowie der Renaturierungs-, Hochwasserschutz- und Deichbaumaßnahmen an der Iller. **DK**

Deutschlands größter Auwald wird wieder vernässt

Deutschlands größtes zusammenhängendes Auwaldgebiet zwischen Neuburg und Ingolstadt wird wieder vernässt. Den Startschuss für das europaweite Vorzeigeprojekt gaben Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf und Herzog Franz von Bayern gemeinsam mit dem Neuburger Landrat Richard Keßler und Ingolstadts Oberbürgermeister Alfred Lehmann auf Schloss Grünau bei Neuburg an der Donau.

Schnappauf: „Die Donauauen zwischen Neuburg und Ingolstadt können künftig gezielt geflutet werden, um die typischen Aue-Lebensräume zu vitalisieren. Freistaat, Königshaus und Kommunen helfen so, die Donau in ihrer Funktion als europäische Biotopverbundachse entscheidend aufzubessern. Zugleich können dadurch bei Donau-Hochwasser schnell erhebliche Wassermengen in den Auwald abgeleitet werden, was die Hochwasserspitzen kappt.“ Nach den Worten Schnappaufs werden künftig schon bei leichtem Donau-Hochwasser jede Sekunde bis zu 30.000 Liter in den angrenzenden Auwald ausgeleitet. Diese gesteuerte Überschwemmung vernässt 2 bis 3 mal pro Jahr den Auwald. Der ständige Wechsel der Wasserstände und die Einstellung der forstlichen Nutzung trage dazu bei, dass sich wieder natürlicher Auwald mit den darin vorkommenden standorttypischen Lebensräumen bilden kann.

Die Donauauen zwischen Neuburg und Ingolstadt ist mit insgesamt 2.100 Hektar, davon 1.200 Hektar südlich der Donau einer der bedeutendsten Auwaldbestände Europas und Refugium von mehr als 500 Tier- und Pflanzenarten aus der „Roten Liste“. Besitzer des Auwalds ist überwiegend der Wittelsbacher Ausgleichsfonds unter Vorsitz des Herzogs Franz von Bayern. Dieser hat das Areal bisher forstwirtschaftlich vorbildlich und nachhaltig genutzt und so zum Erhalt des zusammenhängenden Waldgebiets entscheidend beigetragen.

Für die weitere Verbesserung der natürlichen Verhältnisse wird Schnappauf zufolge jetzt ein 8 km langer naturnaher Gewässerlauf von der Staustufe Bergheim bei Neuburg durch den Auenbereich südlich der Donau bis zur Staustufe Ingolstadt angelegt. Dieses Umgehungsgerinne wird in einem zweiten Schritt noch über die Staustufe Ingolstadt hinaus verlängert, so dass die Donau letztendlich auf 70 Kilometer Fließstrecke von Neuburg bis Regensburg wieder durchgängig ist. Donaufische wie Strebler und Schräter, aber auch gefährdete Arten wie Rapfen (Schied) und Bitterling können so wieder ungehindert ihren natürlichen Wanderwegen folgen. **□**

Angebote stoßen bei den Versorgern auf reges Interesse: mehrere hundert Unternehmen aus ganz Bayern haben sich zu den Infoveranstaltungen des LfU angemeldet.

Die Teilnehmer

An der Pilotphase haben Wasserversorger aus Oberbayern (Wasserburg, Stadt Laufen), Schwaben (Schwabmünchen, Zweckverband aus dem Landkreis Aichach-Friedberg), Niederbayern (Zweckverband aus dem Landkreis Rottal-Inn, Gemeinden aus dem Landkreis Passau), der Oberpfalz (Gemeinde aus dem Landkreis Regensburg), Mittelfranken (Stadt Feucht, Versorger aus den Landkreisen Erlangen und Nürnberger Land) und Unterfranken (Versorger aus dem Landkreis Miltenberg) teilgenommen.

Über 3500 Gewinnungsanlagen

In Bayern gibt es rund 2500 Wasserversorgungsunternehmen mit über 3500 Gewinnungsanlagen. Mehr als 80 Prozent davon geben jährlich weniger als eine halbe Million Kubikmeter Wasser an die Verbraucher ab und zählen damit zu den Kleinanlagen. Sie liefern zusammen gerechnet rund ein Drittel des bayerischen Trinkwassers. **□**

59. Bayerischer Heilb dertag in Prien am Chiemsee:

Kur und Reha - Spielball der Politik?

Zum 59. Bayerischen Heilb dertag trafen sich die Mitglieder des Bayerischen Heilb der-Verbandes e. V. in Prien am Chiemsee, um sich zu informieren, welche Vorhaben und Planungen in der Politik und bei den öffentlichen Kostenträgern bestehen. Unter dem Motto: Kur und Reha - Spielball der Politik? begegneten sich Vertreter aus über 50 im Verband zusammengeschlossenen Heilb derten, Thermen und Kliniken Bayerns sowie Politiker verschiedener Parteien.

Zentrales Thema der Rede von Franz Gnan, Vorsitzender des Bayerischen Heilb der-Verbandes e. V. (Bad Füssing) und stellvertretender Präsident des Deutschen Heilb derverbandes (Bonn), war die Beibehaltung der Kur im Gesundheitswesen: Kur- und Rehabilitationsmaßnahmen müssen Bestandteil der Gesundheitspolitik bleiben und dürfen nicht zum Spielball der Politik werden.

Unverzichtbare Komponenten

MdB Max Straubinger, gesundheitspolitischer Sprecher der CSU, versicherte, dass Kur und Reha nicht Spielball der Politik seien, vielmehr haben sowohl die Kur als auch die Prävention eine große Bedeutung. Auch Dr. Sergej Saizew, Pressesprecher der VDAK-Landesvertretung Bayern, ist der Auffassung, dass Kur und Reha unverzichtbare Gesundheitskomponenten sind. Verwiesen wurde in diesem Zusammenhang auf neueste Studien, die die unumstrittenen Erfolge einer Kur belegen: weniger Medikamentenverbrauch, weniger Arztkonsultationen, Verminderung operativer Eingriffe und letztlich weniger Ausfallzeiten am Arbeitsplatz.

BfA-Studie

Neben der Wiederherstellung der Lebensqualität der Patienten

verwies Franz Gnan auch auf die enorme volkswirtschaftliche Bedeutung. Eine Studie der BfA von 1998 ergab, dass mehr als 60 Prozent (rund 195.000 Patienten) der Reha-Patienten wieder voll ins Erwerbsleben zurückgeführt werden konnten, obwohl sie bereits vor der Reha-Maßnahme für die Arbeitswelt abgeschrieben waren. Weitere 20 Prozent (rund 65.000 Patienten) konnten teilweise ins Arbeitsleben integriert werden. Bei nur 20 Prozent blieb die Behandlung erfolglos. Die BfA Berlin hat dabei nach eigenen Angaben eine Kosteneinsparung von damals 2,3 Mrd. DM (rund 1,15 Mrd. Euro) erzielt, so Gnan.

Körper, Geist und Seele

Mit Blick auf die klassische Kur und auf moderne Gesundheitsangebote wurde beim Heilb dertag die Frage gestellt, ob denn manche gar meinten, dass das Heilb der- und Kurwesen entbehrlich sei. Der Vorsitzende richtete die Frage auch an die anwesenden Politiker und setzte sich dabei für die Kompetenz der Heilb der und Kurorte ein. Er verwies auf die qualifizierte Arbeit in den Heilb derten und Kurorten, die der Gesundheit des Menschen dient. Ortsgebundene Heilmittel wie Moor, Sole, Thermalwasser, Reizklima oder die Kneipp- und Schroth-Kur sowie qualifizierte Ärzte und Therapeuten sollen

Körper, Geist und Seele schnell und nachhaltig in Einklang bringen. Bei uns geht es um wissenschaftlich fundierte Gesundheitsangebote, die sich auch nachweislich volkswirtschaftlich rechnen, betonte Gnan energisch.

Talsole durchschritten

Aktuelle Zahlen belegen laut Bayerischem Heilb der-Verband die Nachfrage nach einem Gesundheitsurlaub oder einer Kur. In den ersten acht Monaten in diesem Jahr ist ein Anstieg der Gäste um fast 10 Prozent in bayerischen Heilb derten um durchschnittlich 4,4 Prozent und der Übernachtungszahlen um 2,2 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zu verzeichnen bei jedoch weiterhin sinkender Aufenthaltsdauer von durchschnittlich 9,7 Tagen. Die Talsole dürfte somit laut Verband durchschritten sein; die Entwicklung sei damit aber keinesfalls zufriedenstellend.

Umgekehrte Struktur

So verwundert nicht weiter, dass sich die Struktur der Kur in den vergangenen Jahren genau umgekehrt hat. Waren es vor über acht Jahren noch 70 Prozent der Kurgäste, die ihre Kur über die Rentenversicherung oder die Krankenkasse abrechneten haben - die verbleibenden 30 Prozent waren Selbstzahler -, so sind es heute bereits über 70 Prozent, die ihre Kur aus eigener Tasche bezahlen.

Steigende Nachfrage

Eine steigende Nachfrage des Verbrauchers nach gesundem Urlaub, nach einem Wellness-

wochenende oder nach therapeutischen Maßnahmen - auch das stark nachgefragte Nordic Walking - sprachen Reiseveranstalter, Hoteliers und Städte und bestärkten den Trend nach eigenverantwortlicher Gesundheitsvorsorge, so Gnan.

Präventive Maßnahmen

Eine Verbesserung der Lage erwartet der Bayerische Heilb derverband nicht nur von der Politik und den Kostenträgern, sondern auch durch die Änderungen der Strukturen im deutschen Heilb derverband, die vom bayerischen Partner angeleitet und in der Festlegung maßgeblich mitbeeinflusst wurden. Im Wesentlichen geht es dabei um folgende Punkte:

1. Festlegung des Leitbildes, wonach der Deutsche Heilb derverband e. V. und die ihn tragenden zwölf Landes- und Fachverbände das gemeinsame Qualitäts- und Innovationswerk für die deutsche Heilb dertätigkeit darstellt
 2. Festlegung der Dachmarke "Gesundheitsoffensive Deutschland"
 3. Festlegung von Masterprojekten für wirtschaftliche Bedeutung des Heilb dertesens, Qualitätsmanagementsysteme, Definitionen für Angebotstypen (z.B. Medical Wellness, Gesundheitsurlaub usw.), Präventionsangebote in den Kurorten, Benchmarking-Systeme usw.
- All dies bedeutet Gnan zufolge eine grundlegende Änderung der Strukturen, die zu einer Verbesserung der Situation führen wird, was damit auch jedem einzelnen Menschen zugute kommt. Schließlich erhielten nicht zuletzt präventive Maßnahmen die Arbeitskraft. DK



Genau ein Jahr nach dem Richtfest nahmen Feuchts Bürgermeister Konrad Rupprecht, N-ERGIE Vorstandssprecher Herbert Dombrowsky, FGW-Geschäftsführer Helmut Dammer und Dr. Andreas Greving, Geschäftsführer der AquaOpta GmbH, das Wasserwerk Jagersruh der Feuchter Gemeindewerke GmbH (FGW) feierlich in Betrieb. N-ERGIE Vorstand Herbert Dombrowsky, AquaOpta Geschäftsführer Dr. Andreas Greving, Feuchts Bürgermeister Konrad Rupprecht und FWG-Geschäftsführer Helmut Dammer (von links) stehen mit Trinkwasser aus dem neuen Wasserwerk auf das gelungene Projekt an.

Neuburg mit neuem Klärwerk

Mit ihrem neuen Klärwerk hat Neuburg den Grundstein für ein zukunftsweisendes Konzept der Abwasserbeseitigung und Klärschlamm Entsorgung gelegt.

Dies betonte Umwelt-Staatssekretärin Emilia Müller bei der Einweihung der neuen Kläranlage in der Stadt Neuburg an der Donau. Müller: Neuburg hat bereits mit dem neu umgestalteten Donaukai bewiesen, dass sich ein Hochwasserschutz-Bauwerk harmonisch in das Stadtbild einfügen lässt. Jetzt wartet die Stadt auch noch mit Abwasserwerten auf, die weit unter den gesetzlichen Vorgaben und teilweise um bis zu 95 Prozent unter den bisherigen Werten liegen. Die Stadt am Wasser erweist sich damit nicht

nur als würdiger Gastgeber für die diesjährige Landesausstellung Von Kaisers Gnaden - 500 Jahre Pfalz-Neuburg, sondern auch als kaiserlich in Sachen Umwelt- und Hochwasserschutz, so Müller.

Darüber hinaus arbeiten Stadt und Gemeinden des Landkreises nach den Worten der Staatssekretärin momentan auch an einem umfassenden Klärschlamm-Entsorgungskonzept. Ziel ist, Klärschlamm im Neuburger Klärwerk zu entsorgen und anschließend thermisch zu verwerten. !

Bayerische Wassertage in Augsburg

Das neu geschaffene Landesamt für Umwelt in Augsburg war Schauplatz der ersten Bayerischen Wassertage. Veranstaltet wurde der Kongress von KUMAS mit den Partnern Gröbbeck Wasseraufbereitung GmbH, HARRESS PICKEL CONSULT AG (HPC), Industriepark Gersthofen Servicegesellschaft mbH (IGS) sowie dem LFU.

Umweltminister Dr. Werner Schnappauf, der die Tagung gemeinsam mit dem Präsidenten des LFU, Professor Dr. Albert Grottel und dem KUMAS-Vorsitzenden Dr. Hermann Teufel eröffnete, verwies darauf, dass es ein Beschleunigungspaket für Hochwasserschutzmaßnahmen plant. Er unterstützte die Befürchtung, dass im Zuge der Klimawärmung die Hochwassergefahr immer mehr und immer schneller zunimmt. Deshalb werde der Hochwasserschutz konsequent ausgebaut. Allein in den nächsten drei Jahren würden 450 Millionen Euro im Freistaat in den Hochwasserschutz investiert. Um für den Bau von Poldern, Speichern und Deichen schneller zum Baurecht zu kommen, sollen nach den Worten Schnappaufs die Planungsverfahren gestrafft und beschleunigt werden.

Eine Gerichtsinstanz

Im Einzelnen ist beabsichtigt, im Eilverfahren nur noch eine Gerichtsinstanz vorzusehen. Der zwingende Erörterungstermin soll abgeschafft und in das Ermessen der zuständigen Behörden gestellt werden. Für weitergehende landesrechtliche Maßnahmen will der Minister noch in diesem Jahr dem Ministerrat ein Gesamtkonzept vorlegen.

Ein hochrangiges Referententeam diskutierte bei den Bayerischen Wassertagen mit ca. 100 Wasserexperten aus Wirtschaft und Verwaltung praxisnahe

Wasserwirtschaftsthemen, denn Gegenstand der Veranstaltung waren neben aktuellen Entwicklungen des Wasserrechts Erfahrungsberichte aus der Prozesswasserführung und Kreislaufführung im Industriebetrieb sowie der Gewässerschutz in der betrieblichen Praxis. Der Kongress behandelte die betriebliche Eigenwasserversorgung in seiner gesamten Breite, von Genehmigungsverfahren und passenden Technologien bis hin zu Kostenfragen. Dabei profitierten die Teilnehmer von den Erfahrungen mehrerer Unternehmen, die erfolgreich die Wassergewinnung betreiben.

Erfahrungsberichte

Am zweiten Veranstaltungstag standen die Prozesswasser- und Kreislaufführung im Mittelpunkt. Die Prozesswasserführung als Kreislauf hat besonders im Industrie-Abwasserbereich nach wie vor große Bedeutung. Obwohl Wasser für industrielle Zwecke ausreichend zur Verfügung steht, planen viele Industriebetriebe aus ökologischen und ökonomischen Gründen eine Aufbereitung von Gesamt- oder Teilströmen, um Wasser innerbetrieblich wieder zu verwenden. Weitere Schwerpunkte bildeten Erfahrungsberichte über die Umsetzung der neuen Bayerischen VawS (Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassererhaltenden Stoffen und über Fachbetriebe) aus Sicht der chemischen Industrie, praktische

Innovationen auf dem Gebiet der Abwasserflockung sowie die Darstellung des Gewässerschutzes in einem Industriepark mit allen neuen organisatorischen und rechtlichen Herausforderungen. Begleitet wurde der zweite Kongress von einer Fachausstellung, bei der sich branchenspezifische Unternehmen und Dienstleister den Besuchern präsentierten. DK

Bestnoten für Bayerns Wasser

Bayerns Wasserversorgung ist sehr gut, sicher und günstig. 35 Cent weniger pro Kubikmeter als im Bundesdurchschnitt zahlen bayerische Bürger für ihr Wasser, machte Umweltminister Werner Schnappauf deutlich.

Gute Noten gab es jetzt für Bayerns Wasserversorger auch von Wirtschaftsprüfern. Bei der Versorgung mit Trinkwasser stimmen im Freistaat die Qualität und der Preis, die Zuverlässigkeit der Versorgung erreicht Spitzenwerte. Mit Kooperationen beim Materialeinkauf bis zur gemeinsamen technischen Leitwarte oder der kaufmännischen Betriebsführung sparen die Versorger nachweisbar Kosten, ohne die Qualität zu vermindern. Solche (Teil-)Privatisierungen zum Kostensparen sind durchaus schon gängige Praxis und sollen weiter verstärkt werden, erklärte der Minister.

Einer vollen Freigabe des Wassermarktes erteilte Schnappauf erneut eine klare Absage. Aus Kostengründen drohten sonst schlechteres Trinkwasser, weniger Grundwasserschutz, weniger ortsnahe Versorgung oder ein Nachlassen bei Instandhaltung und Netzerneuerung. !

Mehr Energie für Stadt und Land

Unser Erfolgsgeheimnis liegt in der Nähe. Deshalb bieten wir bedarfsgerechte und innovative Energieprodukte für Kommunen - immer verbunden mit professionellem Service auf Augenhöhe.

N-ERGIE
Spürbar näher.

www.n-ergie.de

Verbesserung des Schienen-Personenverkehrs:

Wesentliches Ziel bayerischer Verkehrspolitik

Die Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs bleibt wesentliches Ziel der bayerischen Verkehrspolitik. Das betonte Verkehrsstaatssekretär Hans Spitzner bei der Vorstellung des aktuellen Schienenpersonennahverkehrsplans 2003 - 2005 im Kabinett. Spitzner: „Unser Ziel ist es, den Marktanteil der Schiene weiter zu steigern. Schwerpunkt der Verkehrspolitik der Staatsregierung ist es, das Angebot im Schienenpersonennahverkehr sicherzustellen und an die steigenden Mobilitätsbedürfnisse der Bevölkerung anzupassen, die Qualität insbesondere hinsichtlich Zuverlässigkeit und Komfort zu verbessern und den Schienenpersonennahverkehr mit dem übrigen öffentlichen Verkehr zu vernetzen.“

Einen wichtigen Beitrag für die Sicherstellung eines attraktiven und qualitativen hochwertigen Schienenpersonennahverkehrs in Bayern leisten nach Spitzners Worten der Verkehrsdurchführungsvertrag mit der DB Regio AG und die mit der Deutschen Bahn AG geschlossene Rahmenvereinbarung über das Zehn-Jahres-Entwicklungs-konzept für den Schienenverkehr im Freistaat Bayern.

So sieht der Verkehrsdurchführungsvertrag, der unter an-

rem den Verkehr der S-Bahnen in München und Nürnberg beinhaltet, besondere Regelungen zu Qualität und Pünktlichkeit sowie finanzielle Kürzungsmöglichkeiten vor, wenn die Verkehrsleistungen nicht in der geforderten Qualität erbracht werden.

Bundesweit einmalig

Die bundesweit einmalige Rahmenvereinbarung schreibt als verbindlich vereinbarte Pro-

jekte unter anderem die Ausbauprogramme bei den S-Bahnen in München und Nürnberg, den viergleisigen Ausbau der Strecke Augsburg - München und die Neigetechnik für den Nahverkehr im Allgäu fest.

Wettbewerb herausragend

Besondere Bedeutung hat im aktuellen Schienenpersonennahverkehrsplan der Wettbewerb. Die Vergabeverordnung gestattet langfristige Verkehrsdurchführungsverträge, wenn wesentliche Teile des Vertragsvolumens während der Laufzeit des Vertrags im Wettbewerb vergeben werden. Der neue Schienenpersonennahverkehrsplan gibt hierzu Umfang und Modalitäten der bayerischen Wettbewerbsprojekte für die kommenden Jahre im Einzelnen öffentlich bekannt.

Qualität hat Vorrang

Spitzner betonte, die so erzielte Transparenz werde für einen wirksamen Wettbewerb zwischen der DB Regio AG und ihren Wettbewerbern sorgen. Spitzner: „Dabei geht es in erster Linie um einen Qualitätswettbewerb. Deswegen werden auch wichtige ertragsstarke

Flughafen-Anbindung:

Vernetzte Denkweise

Initiative Airport-Bahn Südostbayern aus der Taufe gehoben

Der nord- und ostbayerische Raum hat erst kürzlich mit der „Ostbayerischen Erklärung“ auf die Notwendigkeit einer fernbahntauglichen Schienenanbindung Ostbayerns an den Flughafen München hingewiesen. Neben den führenden Kommunalpolitikern und den Wirtschaftskammern hat sich auch die Region Regensburg voll hinter diese Forderungen gestellt.

Die Initiative „Pro Marzlinger Spange“, der sämtliche ostbayerischen Städte, Landkreise, Regionalen Planungsverbände, Wirtschaftskammern sowie Gewerkschaften, Verbände und Unternehmen aus dem Gebiet zwischen Landshut und Hof angehören, gewinnt ständig an Zuspruch. Fast täglich kommen neue Mitglieder aus der Wirtschaft hinzu; insgesamt unterstützen mehr als 120 Träger die Marzlinger Spange.

Keine Konkurrenz

In der Zwischenzeit wurde mit Unterstützung des Bayerischen Verkehrsministeriums die „Initiative Airport-Bahn Südostbayern“ aus der Taufe gehoben. Damit wird die Fernbahnanbindung Südostbayerns mittels Walpertskirchener Spange und Erdinger Ringschluss propagiert. Grundsätzlich sehen die Ostbayern in diesem Vorstoß keine Konkurrenz zu den eigenen Anliegen, stellt Geschäftsführer Peter Bartheil fest. Der von ihm betreute interkommunale Zusammenschluss habe schon immer dafür plädiert, die Flughafen-Anbindung in vernetzter Denkweise zu betrachten. Schließlich nutzten der Erdinger Ringschluss und die Marzlinger Spange einen Teil des Gleiskörpers dereinst gemeinsam.

Unzureichende Anbindung

Letztlich offenbarte sich durch die Aktivitäten aus dem südostbayerischen Raum noch schärfer die völlig unzureichende Bahnbindung des interkontinentalen Airports, der nur aus der Stadt München per Schiene akzeptabel erreicht werden kann - eine Anbindung,

Strecken ausgeschrieben. Die bisherigen Ausschreibungen von Leistungen des Schienenpersonennahverkehrs in Bayern haben stets zu einer Verbesserung der Angebote geführt.“

Beispiele

Wie Spitzner deutlich machte, stellt der aktuelle Schienenpersonennahverkehrsplan neben den ganz Bayern betreffenden Maßnahmen insbesondere die wesentlichen Verbesserungen in den drei größten bayerischen Ballungsräumen München, Nürnberg und Augsburg schwerpunktmäßig dar. Hierzu gehören unter anderem die Modernisierung des Fuhrparks der Münchner S-Bahn, der behindertengerechte Ausbau der S-Bahnhöfe im Raum München und die Errichtung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke.

Enthalten sind ferner der S-Bahnausbau im Großraum Nürnberg mit dem Bau von S-Bahnen nach Forchheim, Ansbach, Neumarkt und Hartmannshof sowie die Verbesserung des Schienenpersonennahverkehrs im Großraum Augsburg im Rahmen des „Regio-Schienen-Takts“.

Spitzner: „Je hochwertiger das Angebot im öffentlichen Nahverkehr ist, um so mehr steigt die Nachfrage. Gleichzeitig wächst das Bedürfnis der Bevölkerung nach Mobilität. Ziel ist es, auch in Zukunft ausreichende Kapazitäten bereitzustellen und die Qualität weiter zu verbessern.“



V. l.: Rudolf Gehr (Tiefbauamt), Bernhard Kraus (Leiter des Straßenbauamtes), Landrat Harald Leitherer, Bürgermeister Klaus Katzenberger und Walter Koch (Baufirma Koch). □

Landkreis Schweinfurt:

Radwegenetz wächst auch im nördlichen Landkreis

Während mit dem bald fertig gestellten Radweg zwischen Sulzheim und Grettstadt die Strecke zwischen Schweinfurt und Gerolzhofen bzw. dem Steigerwald für Radfahrer komplett ist, so wächst das Radwegenetz auch im nördlichen Landkreis Schweinfurt Richtung Ellersthäuser See. Zum Spatenstich der Strecke zwischen Weipoltshausen und Madenhausen begrüßte Landrat Harald Leitherer den Straßenausschuss.

Der neue Geh- und Radweg führt entlang der Kreisstraße SW 30, beginnt am nördlichen Ortsrand von Weipoltshausen und endet am südlichen Ortsrand von Madenhausen. Die Strecke stellt die Weiterführung der in den vergangenen Jahren gebauten Geh- und Radwege zwischen Schweinfurt und Zell und zwischen Zell und Weipoltshausen in nördlicher Richtung dar.

Fehlende Teilstrecke

„Über Madenhausen hinaus fehlt jetzt nur noch die Teilstrecke bis Volkershausen, um auf dem Landkreis Bad Kissingen gebauten Radweg nach Maßbach und zu den im

Lauertal vorhandenen Radwegen zu gelangen - und natürlich umgekehrt“, sagte Landrat Leitherer.

Baustrecke und -kosten

Die Baustrecke ist bei einer Breite von 2,25 Metern knapp 2,7 Kilometer lang. Die Kosten werden voraussichtlich rund 346.000 Euro betragen. „Mit der Fertigstellung des Radweges können Familien abseits des Kfz-Verkehrs bei relativ geringer Steigung bequem den Ellersthäuser See erreichen“, betonte Leitherer.

Bei günstiger Witterung könnte die Arbeit in diesem Jahr noch abgeschlossen werden. □



Das weitere Vorgehen stimmten ab (von links): Landensbergs Bürgermeister Wolfgang Thurner, Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger, Stellvertretender Landrat Max Strehle, Baudirektor Bernhard Wagner, der Günzburger Landrat Hubert Hafner, Rößingens Bürgermeister Michael Mayer und Landtagsabgeordneter Alfred Sauter. □

Lückenschluss über die Landkreisgrenze

Planungen für den Bau eines Rad- und Gehwegs zwischen Zusmarshausen (Augsburg) und Glöttweg (Günzburg)

Auf Einladung von Zusmarshausens Bürgermeister Albert Lettinger trafen sich der stellvertretende Landrat des Landkreises Augsburg, Max Strehle (MdL), der Günzburger Landrat Hubert Hafner, Landtagsabgeordneter Alfred Sauter und die betroffenen Bürgermeister mit Baudirektor Bernhard Wagner vom Staatlichen Straßenbauamt Augsburg zu einem Planungsgespräch über den Neubau des Rad- und Gehwegs von Zusmarshausen nach Glöttweg. Bei diesem Treffen im Rathaus von Zusmarshausen wurden das weitere Vorgehen der beiden beteiligten Landkreise und der dafür vorgesehene Zeitplan aufeinander abgestimmt.

Die Federführung bei der Planung übernimmt das Staatliche Straßenbauamt Augsburg. Die Baumaßnahme soll noch in diesem Jahr für das Radwegeprogramm des Bundes, das nächstes Jahr fortgeschrieben wird, angemeldet werden. Das Straßenbauamt geht davon aus, dass die Maßnahme in das Programm aufgenommen wird. Anschließend wird das Straßenbauamt einen Vorentwurf erstellen und diesen der Regierung von Schwaben zur Genehmigung vorlegen. Erst nach erfolgter Genehmigung kann mit dem Grunderwerb begonnen werden.

„VIA Julia“

Der landkreisübergreifende Abschnitt der Bundesstraße 10 von Zusmarshausen nach Glöttweg ist die einzige Lücke in einer durchgehenden Radwegeverbindung zwischen Augsburg und Günzburg. Durch den Lückenschluss kann die geplante

Erweiterung des Radfernwegs „VIA Julia“ sichergestellt und die Anbindung an verschiedene andere Radfernwege wie den Donauradweg und den Samradweg hergestellt werden.

Ziehen an einem Strang

Bei dem Treffen beschlossen die beiden Landräte, dass in den Jahren 2008 und 2009 ein weiterer Lückenschluss über die Landkreisgrenze hinweg erfolgen soll: Ein Rad- und Gehweg an der Kreisstraße A 4 bzw. GZ 17 von Gabelbach über Gabelbachergruth nach Freiholden. Strehle und Hafner vereinbarten auch künftig eine gute Zusammenarbeit bei landkreisübergreifenden Baumaßnahmen. „Wenn wir alle an einem Strang ziehen, können wir aus einzelnen Stückwerken Netzwerke und vielfältige Verbindungen in unsere Nachbarlandkreise und zu überregionalen Radwanderwegen schaffen“, waren sich beide einig. □

die möglicherweise für den südostbayerischen Raum durch den Transrapid noch verbessert werde.

Identische Ausgangslage

Bei genauem Hinsehen machte sich die Initiative „Pro Marzlinger Spange“ ebenso wie die Initiative „Airportbahn Südostbayern“, bestehend aus fünf südostbayerischen Landkreisen, für einen fernbahntauglichen Schienenanschluss stark, auf dessen Zulaufstrecken gegenwärtig aus finanziellen Gründen nur Regionalverkehr stattfindet. Insofern sei die Ausgangslage für beide Himmelsrichtungen völlig identisch. Nicht verborgen geblieben ist den Vertretern der ostbayerischen allerdings, dass von Seiten des bayerischen Verkehrsministeriums im Zusammenhang mit der südostbayerischen Anbindung nicht auf die Zuständigkeit des Bundes für die Infrastruktur verwiesen wurde. Schließlich handle es sich bei der geplanten Ausbaustrecke München - Mühlendorf - Freilassing um lupenreinen Schienen-Personen-Fernverkehr.

Gleichwertige Behandlung

Wenn sowohl die Flughafen-Anbindung von Osten wie von Südosten erforderlich ist und auch die Fahrgast-Potenziale nachgewiesen seien, müssten vergleichbare Projekte vom Freistaat Bayern gleichwertig behandelt werden. „Es kann nicht akzeptiert werden, dass die Bedürfnisse Nord- und Ostbayerns auf die lange Bank geschoben werden und ihnen die Unterstützung versagt wird“, so Peter Bartheil abschließend. □

Gemeinden wehren sich gegen Lkw-Durchgangsverkehr

Präsident Dr. Uwe Brandl: Rechtliche Möglichkeiten für die Gemeinden schaffen!

Der Bayerische Gemeindetag fordert die Große Koalition auf, den Gemeinden rechtliche Möglichkeiten an die Hand zu geben, den die Bürgerinnen und Bürger belastenden Durchgangsverkehr in Bayerns Gemeinden zu unterbinden. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Der Lkw-Durchgangsverkehr muss raus aus den Gemeinden! Der Bund muss uns das Recht geben, Verkehrsverbote für den Durchgangsverkehr von schweren Lkws anzuordnen. Es ist nicht mehr akzeptabel, dass in manchen Gemeinden tonnenschwere Laster das Leben zur Hölle machen, nur um sich die Maut auf der Autobahn zu sparen.“

Geltende Rechtslage

Nach geltender Rechtslage dürfen nur die Kreisverwaltungsbehörden, also in der Regel die Landratsämter, auf Bundesstraßen verkehrsrechtliche Anordnungen treffen. Den Gemeinden, durch deren Ortskern viele Bundesstraßen führen, die vielfach der Schwerlastverkehr nutzt, ist es damit untersagt, eigene Verkehrsverbote zu treffen. Andernfalls hätten sie längst entsprechende Geschwindigkeitsbeschränkungen und/oder Tonnagebeschränkungen getroffen.

Im Übrigen dürfen Bundesstraßen selbst vom Landratamt nur für Lkws gesperrt werden, wenn das zuständige Innenministerium dem ausdrücklich zustimmt. Außerdem ist eine Straßensperrung nur dann zulässig, wenn der Nachweis erbracht ist, dass die Verkehrssicherheit gefährdet ist, also höhere Unfallzahlen wegen des gestiegenen Lkw-Verkehrs vorliegen.

Änderungsentwurf auf Drängen der Kommunen

Das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen hat jüngst - nicht zuletzt auf Drängen der Kommunen - einen Entwurf zur Änderung der Straßenverkehrsordnung vorgelegt, der ein gemeindliches Verkehrsverbot für den Durchgangsverkehr für Lastkraftwagen mit mehr als 12 Tonnen zulässigen Gesamtgewichts ermöglichen bzw. weitere verkehrsbeschränkende bzw. verbietende Maßnahmen erlauben soll. Der Bayerische Gemeindetag unterstützt diesen Gesetzesentwurf und drängt auf eine schnelle Verabschiedung im Bundestag. □



Planen Verbesserungen im Nahverkehr des AVV (v. l.): Lothar Schneider, zuständiger Abteilungsleiter im Landratsamt, Norbert Klimt, Sprecher Regionalverkehr Südbayern der DB Regio AG, Landrat Dr. Karl Voegelé, Hans-Jürgen Ziegler, technischer Geschäftsleiter DB Regio Bayerisch Schwaben, Antonia von Bassewitz, kaufmännische Geschäftsleiterin, und AVV-Geschäftsführer Helmut Hofmann.

DB Regio Bayerisch-Schwaben:

Wunsch nach höherer Attraktivität in der Region

Die Regio Bayerisch-Schwaben, eine Tochtergesellschaft der Deutschen Bahn, will im Bereich des Augsburger Verkehrsverbundes (AVV) attraktiver werden. Das ist das Ergebnis eines Gesprächs von Landrat Dr. Karl Voegelé mit Antonia von Bassewitz, der Geschäftsleiterin von Regio Bayerisch-Schwaben, und Norbert Klimt, dem Sprecher von DB Regio Bayern.

Voegelé hatte die Bahnvertreter zu diesem Treffen eingeladen, um weitere Verbesserungen für den Öffentlichen Personennahverkehr im Augsburger Land zu erreichen. „Die Mobilität mit dem öffentlichen Personennahverkehr wird mehr und mehr zu einem wichtigen Faktor der wirtschaftlichen Entwicklung unserer Region. An einem leistungsfähigen und attraktiven Nahverkehr führt deshalb kein Weg vorbei“, so Voegelé.

Zum Fahrplanwechsel am 11. Dezember kommen auf den Strecken von Augsburg nach Dinkelscherben, Donauwörth und Geltendorf sieben neue Fahrzeuge zum Einsatz. Sie verfügen über 206 Sitzplätze, bieten mehr Komfort und eine verbesserte Fahrgastsicherheit und erreichen eine Höchstgeschwindigkeit von 160 km/h.

Die Bahn-Mitarbeiter werden verstärkt im Bereich Service geschult. Kundenbetreuer und Lokführer erhalten außerdem ein Ansagetraining, damit sie die Fahrgäste im Störfall innerhalb kürzester Zeit kompetent informieren können. Durch ständige Qualitätskontrollen sollen Sauberkeit, Pünktlichkeit und Fahrgastinformation nachhaltig verbessert werden.

Bei den Fahrkartenpauschalangeboten verstärken die DB Regio und der AVV ihre Zusammenarbeit. Das Bayernticket und das Bayernticket Single gelten bereits im gesamten AVV-Ge-

biet, am 11. Dezember wird zusätzlich das Bayernticket Nacht ebenfalls genutzt werden kann. Außerdem arbeitet die DB Regio mit verschiedenen regionalen Partnern wie beispielsweise Legoland, der Regio Augsburg Tourismus GmbH, dem Skylinepark und dem Tierpark München zusammen. Diese bieten zum Teil verbilligte Eintrittskarten, wenn die Besucher mit dem Zug anreisen.

„Wir wollen noch mehr Innovation und Qualität in den AVV-Raum bringen. Als kompetenter Verkehrsdienstleister wollen wir den Standort Augsburg stärken“, betonten von Bassewitz und Klimt einhellig. Mit der Attraktivitätssteigerung im Nahverkehr hofft die Regio Bayerisch-Schwaben GmbH, ihre Ausgangssituation bei den unmittelbar bevorstehenden Ausschreibungen für den Regio-Schiene-Takt verbessern zu können. Denn auch die Staudenbahn und verschiedene andere Privatunternehmen haben ihr Interesse an den ausgeschriebenen Strecken bekundet. Trotz der großen Konkurrenz sind sie zuversichtlich: „Wir machen uns fit für den Wettbewerb und stellen uns den Herausforderungen.“ Voegelé begrüßte die angekündigten Maßnahmen: „Ich freue mich, dass wir in Zukunft das Augsburger Land mit einem noch besseren ÖPNV versorgen können.“

Regina Prestele

Geplante Kürzungen im Nahverkehr:

Schaidingers Warnung

Gegen die beabsichtigten Sparpläne beim öffentlichen Nahverkehr hat sich der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, OB Hans Schaidinger, ausgesprochen. Er warnte davor, dem gut funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr Sand ins Getriebe zu werfen.

Schaidinger: „Gerade in einem Flächenstaat wie Bayern sind wir dringend darauf angewiesen, dass den Bürgern ein gut ausgebautes und mit erträglichen Fahrpreisen ausgestattetes Netz an Zügen, S-Bahnen, Bussen und Straßenbahnen zur Verfügung steht.“

Wenn die öffentlichen Gelder für den Nahverkehr weniger werden, müssen die Unternehmen zwangsläufig entweder ihre Fahrpreise erhöhen oder das Angebot ausdünnen. Das führt in der Praxis dazu, dass mehr Leute auf das Auto umsteigen. Eine Entwicklung, die die Lebensqualität in unseren Städten erheblich beeinträchtigt.

Wenn der Bund seine Zuschüs-

se aus den sog. Regionalisierungsmitteln kürzt, trifft das den gesamten Nahverkehr in Bayern. Schaidinger wies weiter darauf hin, dass der öffentliche Nahverkehr schon durch die Kürzungen auf Grund des sog. Koch-Steinbrück-Papiers hart getroffen wurde. Vor allem bei den Fahrtkosten für Schüler und Auszubildende sowie bei der Schwerbehinderten-Freifahrt kam es zu massiven Einschnitten.

Der Vorsitzende des Städtetags forderte deshalb den neuen bayerischen Verkehrsminister Erwin Huber auf, sich im Bundesrat vehement gegen diese Absichten der neuen Bundesregierung einzusetzen.

BayWa holte schwachen Saisonstart auf

Umsatz und Gewinn gestiegen / Starke Heizölnachfrage

München. Trotz des ungünstigen wirtschaftlichen Umfeldes hat der Münchner Handels- und Dienstleistungskonzern BayWa bis Ende September Umsatz und Gewinn deutlich gesteigert. Wie der Vorstandsvorsitzende Wolfgang Deml bei der Vorstellung der Zahlen zum dritten Quartal vor der Presse berichtete, erreichte der Umsatz 4,8 Milliarden Euro und damit sechs Prozent mehr als im Vorjahr. „Damit bleibt der Konzern bei seiner Jahresplanung 2005, den Vorjahresumsatz zum Jahresende von 6,1 Milliarden Euro zu übertreffen“. Beim Ergebnis will die BayWa mehr als 45 Millionen Euro erzielen.

Operative Verbesserungen in den Geschäftssparten, Optimierungen bei Kostensenkungen und Prozessen sowie bei den Konzerntöchtern nannte Deml als Hauptgründe für die positive Entwicklung. Man habe den witterungsbedingten Rückstand vom ersten Quartal bereits mehr als kompensiert und wolle diesen Trend fortsetzen.

Die Sparte Bau entwickelte sich besser als der schwache Branchendurchschnitt. Hier kam BayWa die Konzentration auf Sanierung, Ausbau und Wärmedämmung zugute. Positiv wirkte sich auch die Energiesparverordnung aus. Insgesamt erzielte der Konzern in diesem Segment zum 30. September Umsatzerlöse von rund 1,2 Milliarden Euro. Damit konnte er den erheblichen Frühjahrsrückstand bis auf drei Prozent aufholen. Der Baustoffumsatz von knapp 900 Millionen Euro bedeutet jedoch noch immer einen Rückstand von vier Prozent zum Vorjahreszeitraum. Die leichte Umsatzsteigerung bei den Bau- und Gartenmärkten auf 301 Millionen Euro resultiert aus der Konsolidierung einer Gesellschaft in Österreich.

Die Sparte Agrar - nach wie vor der größte Bereich - erreichte Ende September knapp 2,1 Milliarden Euro. Der Umsatzzu-

wachs von knapp zwei Prozent beruht auf der Konsolidierung von drei Tochtergesellschaften in der Bundesrepublik, Österreich und Tschechien. Die Techniksparte legte im selben Zeitraum um 4,2 Prozent zu und setzte rund 484 Millionen Euro um.

Besonders gut liefen die Geschäfte im Mineralölhandel, nachdem die Verbraucher ihre Zurückhaltung wegen der unveränderten hohen Ölpreise aufgegeben haben. Nach neun Monaten erreichte das Plus 26 Prozent, bei einem Volumen von über 1,3 Milliarden Euro. Besonders der August und der September lieferten die besten Monatsergebnisse der letzten drei Jahre. Für den Rest des Jahres erwartet die BayWa weiter zunehmende Heizölbestellungen.

Neue Organisations-, Führungs- und Vertriebsstrukturen sowie Prozessoptimierungen ermöglichen nach Deml personelle Veränderungen im Konzern. Zum 30. September 2005 waren 15545 Beschäftigte registriert. Gegenüber Dezember 2004 sind dies 219 Stellen weniger. Die Abnahme betrifft überwiegend die Segmente Agrar und Bau. Für 2006 rechnet der Vorstandsvorsitzende bei Umsatz und Gewinn mit ähnlichen Steigerungsraten wie in diesem Jahr. E. Scho

Stadt und Landkreis Miltenberg:

Gemeinsame Beschaffung eines Wechselladerfahrzeuges

„Ein sinnvolles Beispiel für interkommunale Zusammenarbeit, das auch für andere Vorbild sein kann“. So bewertete Landrat Roland Schwing in der Sitzung des Kreis Ausschusses den Kauf eines Wechselladerfahrzeuges gemeinsam durch die Stadt und den Landkreis Miltenberg. Der Kreis Ausschuss hatte zuvor der Beschaffung eines Abrollbehälters „Atemschutz/Strahlenschutz“ mit feuerwehrtechnischer Ausstattung zugestimmt.

Aufgrund der zunehmenden Gefahren im Rahmen des internationalen Terrorismus hat das Bayerische Staatsministerium des Innern ein Sonderförderprogramm „Sicherheitskonzept Bayern“ aufgelegt.

50 Prozent Zuschuss

Im Rahmen dieses Programmes wird auch der Kauf eines Abrollbehälters, „Atemschutz/Strahlenschutz“ mit feuerwehrtechnischer Beladung mit 50 Prozent Zuschuss gefördert. Für den Landkreis Miltenberg wurde der Bedarf für diese Sonderausstattung anerkannt. Die Kosten hierfür betragen rund 180.000 Euro. Stationiert wird die Ausstattung bei der Freiwilligen Feuerwehr Miltenberg, da diese auch die Atemschutzwerkstatt betreibt.

Hohe Einsparung

Für den Transport des Abrollbehälters wird aber auch ein Wechselladerfahrzeug benötigt. Dieses kostet ca. 120.000 Euro. Nachdem die Stadt Miltenberg für den Transport ihres mobilen Hochwasserschutzes ebenfalls ein entsprechendes Transportfahrzeug braucht, vereinbarten Stadt und Landkreis die gemeinsame Beschaffung. Die Regierung von Unterfranken hat bereits ihre grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, För-

dermittel für das gemeinsam genutzte Fahrzeug zu bewilligen. Der Landkreis Miltenberg beteiligt sich an den Beschaffungskosten mit 50 Prozent an den nicht durch die Zuwendung geförderten Kosten. Im Ergebnis bedeutet dies eine Einsparung von je 30.000 Euro sowohl für den Landkreis als auch für die Stadt Miltenberg.



Stefan Bosse, Oberbürgermeister von Kaufbeuren (l.) mit Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben.

Neuer Erdgas-Dienstwagen für Rathauschef Bosse

Unsere Umwelt ist kein Schönwetterpaket - „Mal tut man was, dann hat man aber auch wieder keine Lust dazu. Umweltschutz ist zu teuer. Sollen doch erstmal die anderen.“ Solche und andere Reden kennen wir alle.

Nicht so Stefan Bosse, Oberbürgermeister von Kaufbeuren, er packt es an. Nach einer Probefahrt mit dem neuen Erdgas-Mercedes war der Technikbegeisterte überzeugt: „Mit diesem Erdgas-Fahrzeug wird nicht nur ein Beitrag zum Umweltschutz geleistet, sondern, dank einem günstigen Angebot von Mercedes, entstehen der Stadt geringere Kosten im Fahrzeugunterhalt.“

Weitere Vorteile von Erdgas-Fahrzeugen sind:

- Bis zu 50 % niedrigere Spritkosten
- Steuervorteile bis 2020
- Bei Versicherungen können Erdgas-Fahrzeuge günstiger sein.
- Emissionen und Feinstaub sind kein Thema, Stickoxid-

grenzwerte (Euro V, gültig ab 2010) werden heute schon eingehalten.

Clevere Alternative

Klaus-Peter Dietmayer, kaufmännischer Geschäftsführer von erdgas schwaben, kann das nur bestätigen: „Von unseren 142 Dienstwagen sind heute 106 Erdgas-Fahrzeuge. Und das nicht nur, weil wir erdgas schwaben sind, sondern weil Erdgas die clevere Alternative zu Benzin und Co ist und weil wir 630 Erdgastankstellen bundesweit haben.“

Bis 2007 sollen es 1000 werden - das sind ebenso viele wie Mc Donalds Filialen hat. „Und der ist ja wirklich überall“, lacht Dietmayer.

Bahnmagistrale Augsburg-Wien und Brenner-Basistunnel:

Europäisches Parlament stimmt für höhere EU-Finanzierung

Strasbourg (pm). Das Europäische Parlament hat für einen höheren Anteil von EU-Finanzmitteln für den Ausbau wichtiger europäischer Verkehrswege gestimmt. In Bayern sind dies vor allem die Schnellbahnstrecke von Paris über Augsburg und München Richtung Salzburg und Wien, sowie die Bahnlinie München-Verona mit dem Bau des Brenner-Basistunnels.

Der Vorsitzende der CSU-Europagruppe und CSU-Haushalts-Experte, Markus Ferber, begrüßte das Ergebnis der Abstimmung. Ferber, der zudem Mitglied des Verkehrsausschusses im Europäischen Parlament ist, sagte: „Das ist endlich ein Signal, dass sich die Europäische Union stärker als bisher am Ausbau dieser wichtigen Verkehrswege beteiligen will“. Die vom Europäischen Parlament angenommene Regelung sieht vor, eine Reihe besonders wichtiger grenzüberschreitender europäischer Verkehrsprojekte mit bis zu 50 Prozent durch EU-Gelder zu finanzieren. Bisher lag die EU-Höchstbeteiligung bei 20 Prozent.

Jetzt noch zugreifen!

Nur noch bis 31.12.2005:

Große Alt-gegen-Neu-Umtauschaktion für Geschwindigkeitswarnanlagen!

Mehr dazu unter:
service@bremicker-vt.de



bremicker
VERKEHRSTECHNIK

Ihr Experte für Schilder und Verkehrseinrichtungen

34523 Lich / Ober-Bessingen
Laubacher Str. 12
Telefon: +49 6404 / 9152 0
Telefax: +49 6404 / 9152 52
E-Mail: lich@bremicker-vt.de

Bremicker Verkehrstechnik GmbH & Co. KG
83260 Weilheim i. OB
Postfach 11 62
Telefon: +49 881 / 642 0
Telefax: +49 881 / 642 201
E-Mail: info@bremicker-vt.de
http://www.bremicker-vt.de

04509 Wiedemar
Zeppelinstr. 12
Telefon: +49 34207 / 495 0
Telefax: +49 34207 / 495 99
E-Mail: wiedemar@bremicker-vt.de

Verkehrssicherheit:

Dem Fahrer als Fehlerquelle auf der Spur

Um den Fortschritt in der Verkehrssicherheit und Umweltverträglichkeit im Zusammenhang mit dem Nutzfahrzeug richtig einzuordnen, bietet sich ein kleiner Vergleich an: Technologietage von DaimlerChrysler - sie zeigen Entwicklungs- und Forschungsprojekte der Konzernmarken - gab es erstmals 1999 und jetzt wieder. Drei sehr wichtige der damaligen Projekte sind heute in die Serie überführt: Abstandsregeltempomat (ART, für Transporter, Lkw und Omnibus), Spurassistent (Lkw und Omnibus) und das Stabilitätsprogramm (ESP, Transporter und Omnibusse).

Auch aktuelle Forschungsprojekte gehen immer stärker dazu über, den Fahrer als Fehlerquelle auszuschalten. Fernsteuerung sozusagen, zum Beispiel beim höchst eindrucksvollen Notbremssystem, das noch im Jahre 2006 für schwere Lkw verfügbar sein wird. Dabei liefert die Abstandsregelung beim zu schnellen Annähern auf einen voraus fahrendes oder stehendes Auto seine Daten an den Rechner, der in mehreren Stufen - optische und akustische Warnsignale in der Kabine, 30-Prozent-Bremung, Vollbremsung mit optischen und akustischen Warnsignalen nach außen - in das Geschehen eingreift.

Echte Herausforderung

Das ist bereits eine hoch entwickelte Stufe der elektronischen Systeme, sie erreicht noch mehr als der ebenfalls noch in der Entwicklung befindliche Kurvenwarner. Dieser kennt die Kurvenradien aus dem Navigationssystem und warnt den Fahrer bei zu schnellem Annähern. Im Lkw funktioniert er bereits tadellos, was fehlt, ist die Erfassung aller Kurvenradien. Hier haben die Hersteller der Navigationssysteme noch etwas vor sich.

Kommunale Einrichtungen zählen nicht zu den intensiven Nutzern von Transportern, was die Kilometerleistung angeht. Dennoch sind die technologischen Entwicklungen zur Sicherheit auch hier von Bedeutung, zumal das Thema wegen der gestiegenen Zahl von Unfällen mit Transportern (allerdings bei ähnlich stark gestiegenen Fahrleistungen) im Blickpunkt der Öffentlichkeit steht.

Ist- und Sollzustand

So sehen der Ist- und Sollzustand bei Mercedes-Benz auf diesem Feld aus: Elektronisches Stabilitätsprogramm (ESP), Abstandsregeltempomat (ART), Antiblockiersystem (ABS) und Bremsassistent (BAS, verstärkte Notbremung) sind bereits verwirklicht, wobei die Marke mit dem Stern stets die Vorreiterrolle gespielt hat. Drei Forschungsprojekte werden dem Transporter der Zukunft zu Gute kommen, sie befinden sich im Forschungs- oder Entwicklungsstadium. Omnicam ist eine Kamera mit einem Sichtwinkel von 360 Grad und verschafft dem Fahrer über den Monitor im Armaturenbrett eine vollständige Sicht auf der Partie unmittelbar hinter der Hecktür.

Die Wankstabilisierung im Transporter soll zu starke Wankbewegungen ausgleichen, wobei ESP und der Lenkwinkel die Daten liefern für eine Verstellung des Stabilisators. Der Zonenwarner ist ein Abstandswarnsystem, das optische und akustische Warnsignale gibt, wenn der Abstand zum Vordermann zu gering wird und der Fahrer nicht durch Setzen des Blinkers oder Spurwechsel reagiert. Schon der künftige Sprinter, der im Frühjahr 2006 auf den Markt kommen wird, verfügt über eine stark verbesserte Hinterachskonstruktion (Längslenker, wahlweise Luftfederung).

Akzeptanzproblem

Die Hersteller haben ein Problem mit der Akzeptanz der bereits verfügbaren Systeme beim Kunden. Von 87.000 im Jahre 2004 verkauften Lkw der Marke Mercedes-Benz wurden nur 4700 mit Fahrerairbag gekauft, 2800 mit Spurassistenten und 1200 mit der neuen Wankregelung. Im Gegensatz zu Maßnahmen der Abgasreduzierung wird die Beschaffung neuer Sicherheitselemente vom Gesetzgeber nicht belohnt etwa über reduzierte Steuersätze oder Mautge-

Allgäuer Schlepper-Unternehmen Fendt:

Ausbau des Kommunalgeschäfts

Durch Expansion 500 neue Arbeitsplätze in Bayern

Das Allgäuer Schlepper-Unternehmen Fendt, das schon immer außer der Landwirtschaft auch den Kommunalbereich mit seinen Produkten bedient hat, will künftig sein außerlandwirtschaftliches Geschäft stark ausbauen. Die Bereiche Straßenbau, Straßenpflege, Bauwirtschaft, Kommunen und Behörden möchte das zum US-Konzern Agco gehörende Unternehmen künftig als potentielle Kunden stärker ins Visier nehmen. Fendt, seit eh und je eine High-Tech-Perle in der bayerischen Industrielandschaft, wartet zudem mit der Nachricht auf, dass es in Bayern an den Standorten Marktoberdorf und Bäumenheim insgesamt netto etwa 500 neue Arbeitsplätze schaffen werde. Das Traditionsunternehmen bekennt sich zum Standort Deutschland und begründete die Personalaufstockung auch damit, „dass endlich im Lande die Stimmung wieder etwas besser ist“.

Bei der Jahressprekferenz begründete Hermann Merschroth, Sprecher der Fendt-Geschäftsführung, den Versuch, sich neue Absatzmärkte jenseits der Landwirtschaft zu erobern, mit der Feststellung, Fendt-Traktoren seien so leistungsfähig und technisch so gut gerüstet für den Anbau diverser Geräte, dass sie inzwischen für gewisse Arbeiten günstiger seien als etwa originäre Baumaschinen. „Für dieses nicht-landwirtschaftliche Marktsegment ist eigens eine Projektgruppe gebildet worden.“

Technische Höhepunkte

Zu den technischen Highlights für Kommunalfahrzeuge, die es im Leistungsbereich von 65 bis 310 PS gibt, zählen eine niveaugeregelte Vorderachsfederung, die es auch für Schmalspurfahrzeuge gibt, in den stärkeren Schleppern die Vario-Technik, ein auch unter Vollast stufenlos arbeitendes Getriebe, sowie das TSM-Fahrzeug-Managementssystem, das Motor und Getriebe steuert und so den Fahrer entlastet und die Wirtschaftlichkeit steigert. Mit der Variotronic lassen sich erstmals komplette Arbeitsvorgänge zu einer Sequenz aufzeichnen. Der Arbeitsablauf wird mit einem einzigen Knopfdruck am Joystick ausgelöst.

Eine weitere Steigerung ist das Spurführungssystem Auto-

bühren. Ob der kommunale Beschaffer, obwohl der Allgemeinheit verpflichtet, da ein besseres Beispiel abgibt als der private, darf bezweifelt werden. Deshalb fordert die Branche entweder Förderung durch den Staat oder Einbauvorschriften. Eine andere Variante wäre eine Reaktion der Versicherungswirtschaft auf Technikeinbauten zur Unfallvermeidung. Aber auch hier gibt es bislang keine Bewegung.

Diesel und die Alternativen

Die Optimierung des Dieselmotors wird auf absehbare Zeit der wirkungsvollste Weg zur Verbesserung der Umweltverträglichkeit bleiben - abgesehen vom Erdgas, das als einzige alternative Energie bereits zur Verfügung steht und beispielsweise im Mercedes-Benz Econic auch angeboten wird. Im Transporter genügt dem modernen Diesel derzeit der vom Pkw bekannte Partikelfilter, in den Lkw und Omnibussen ist es bei den meisten Herstellern - darunter auch Mercedes-Benz - der Zusatz von Harnstoff (AdBlue) zur Reduzierung der Stickoxide und auf spezielle Partikelfilter. Andere, darunter MAN, arbeiten mit Abgasrückführung in Verbindung mit einem speziellen Katalysator.

Neben dem Erdgas gibt es als verfügbare Alternative noch Diesel aus Raps. Er ist allerdings von der Anbaufläche her begrenzt, in seine Umweltbilanz muss außerdem die intensive



Verfügbare Alternative: Erdgastanks am Mercedes Econic. □

landwirtschaftliche Düngung einbezogen werden. Hier stellt sich das Problem, dass wieder einmal die Subventionen locken und Bauern dazu verleiten, auf gepachteten Feldern, die sie nicht schon müssen, die traditionelle Fruchtfolge zu verlassen und zu oft in Folge Raps anzubauen. Außerdem gibt es den unerwünschten Effekt von importierten Ölen, die zu subventionierten Preisen in Deutschland verkauft werden.

Biodiesel als Nischenfüller

Dennoch, Biodiesel kann eine Nische füllen, bei seiner Verbrennung wird kein Schwefeldioxid freigesetzt und nur annähernd so viel Kohlendioxid, wie die Pflanze beim Wachsen aufgenommen hat.

Ein Blick in die Zukunft: Ers-

te Mercedes-Sprinter mit Hybridantrieb fahren ab Januar 2006 in den USA ihre Erprobungsrounden. Hybrid aus Dieselantrieb und Elektroantrieb ist vom Prinzip her auch wichtig für die Brennstoffzelle, die ja ebenfalls aus zwei Elementen besteht, nämlich aus der Wasserstoffumwandlung und dem Elektromotor. Wann kommt sie? Bei DaimlerChrysler hat sie das Forschungsstadium verlassen und ist in das Entwicklungsstadium eingetreten. Eine Serienreife lässt sich aber nicht prognostizieren, wobei die Frage der Gewinnung des Wasserstoffes entscheidend die Energiebilanz beeinflusst. Denn die industrielle Gewinnung von Wasserstoff erfordert einen hohen Energieeinsatz. Dagegen steht die Vision des an Bord gewonnenen Wasserstoffes. **Matthias Röcke**

Die eigentliche Stärke liegt in Schleppern über 150 PS, wo Fendt mit etwa 35 % Marktanteil mit Abstand Marktführer ist.

Umsatz gesteigert

Parallel zum Absatz konnte Fendt 2004 auch den Umsatz steigern, nämlich um 8 % auf 761 Mio. Euro. Dazu haben zu 90 % die Traktoren beigetragen. Der Rest stammt aus den Bereichen Erntetechnik, Import von Nissan-Gabelstaplern, aus dem Vertrieb der Challenger-Raupen von Caterpillar und aus der Vermarktung der Vario-Stufenlos-Getriebe an Schwesterunternehmen im Agco-Konzern. In diesem Jahr dürften etwa 800 Mio. Euro umgesetzt werden. Zum Ergebnis lies Merschroth wissen, Fendt liefere ein Ergebnis ab, „das sich sehen lassen kann“.


Optimistisch in die Zukunft

Derzeit beschäftigt das Allgäuer Unternehmen 2670 Mitarbeiter. Die Aufstockung der Belegschaft um etwa 500 Mitarbeiter ist nötig, weil im Werk Bäumenheim künftig auch Fahrerinnen für andere Agco-Werke und in Marktoberdorf noch mehr stufenlose Getriebe für Schwester-Werke produziert werden sollen. Außerdem bringt Fendt demnächst mit dem Typ 936 ein neues, von Porsche designtes „Flaggschiff“ mit 360 PS auf den Markt, „den größten Traktor der Welt, der stärker, schneller und zugkräftiger ist“ als alle Konkurrenten.


Alles in allem, so der Gesamteindruck, sieht Fendt optimistisch in die Zukunft. Das zeigt sich auch darin, dass in diesem Jahr die Ausgaben für Forschung und Entwicklung 26 Mio. Euro und die Investitionen 30 Mio. Euro erreichen werden. **hgh.**

BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG

EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN



Ab 1200 mm Fahrzeugbreite






INFO DURCH: **KIEFER GMBH**
MASCHINENBAU, FANZGERÄTE UND VERTRIEB

POSTFACH 1246
84402 DÖRFEN
TELEFON: (08081) 414-0
TELEFAX: (08081) 414-99
www.kiefergmbh.de

Technik bei Sondereinsätzen wie etwa Forstmulchen, Großflächenmulchen und -mähen und beim Winterdienst. Eine pneumatische Kabinenfederung sorgt für Fahrkomfort wie beim Lkw.

Branchen-Trendsetter

Seit 1997 gehört das Unternehmen, das vor 75 Jahren sein erstes „Dieselross“ gebaut hat, als Agco GmbH, Marktoberdorf, zum US-Landtechnik-Konzern Agco Corp., Duluth/Georgia. Der war seinerseits 1990 durch ein Management-Buyout aus Deutz Allis hervorgegangen. Von Anfang an war Fendt für Agco „das beste Pferd im Stall“. Das Allgäuer Unternehmen soll wie bisher auch künftig „Trendsetter in der Branche“ sein. Dies bestätigte Agco-Chef Martin Richenhagen vor der Presse in München.

Auslandsmärkte

Im Geschäftsjahr 2004 hat Fendt 11.348 Schlepper abgesetzt (+ 3,5 %), davon 7541 im Export (+ 11 %). Dadurch stieg die Exportquote auf 66 (Vorjahr: 62) %. Die wichtigsten Auslandsmärkte sind Frankreich, Spanien und Italien. In Nordamerika geht es, so Richenhagen, zäh voran. In Russland soll der Markt durch Joint Ventures erschlossen werden. Merschroth ist zuversichtlich, dass im laufenden Jahr der Schlepper-Absatz auf etwa 11400 Stück gesteigert wird. Bei Traktoren bis 60 PS hält Fendt mit rund 21 % Marktanteil Platz 2 hinter John Deere.

UnimogGebrauchtCenter

Tel. 0911/3160-548 • Fax 0911/3160-550

Ständig über 100 gebrauchte Unimog und Geräte am Lager!

90411 Nürnberg • Neumeyerstraße 7-11

www.henne-ugc.de

Über die elektronischen Feinheiten der Winterdiensttechnik:

Wenn Himmel und Erde zusammen kommen

Der Winterdienst hat es schwer, einer breiten Öffentlichkeit seinen außerordentlichen Hightech-Standard zu vermitteln. Anders als bei der Abfallbeseitigung, mit der jeder Bürger allein schon durch Sammeln und Sortieren und natürlich über direkt wahrnehmbare Gebühren konfrontiert wird, erregt der Winterdienst meist nur im Konfliktfall Aufmerksamkeit, wenn er nämlich - angeblich oder tatsächlich - nicht schnell genug einsetzt. Dabei liegt auch in dieser Sparte der Kommunaltechnik ein beachtlicher Quantensprung, betrachtet man die vergangenen 20 Jahre.

Noch nie wurde das Streugut so fein dosiert beim Ausbringen und noch nie waren die Routen so rationell geplant. Damit reagierten Industrie und Anwender auf die Umweltdebatte in den 70er Jahren. Heute werden weniger als 25 Prozent des Salzes auf die Straßen gebracht im Vergleich zu der Menge von 1965 - seinerzeit 40 Gramm pro Quadratmeter, heute unter zehn Gramm. Und was für den Anwender fast noch wichtiger ist: Der hohe Standard des Winterdienstes, der außer der Glättebekämpfung auch das Räumen umfasst, lässt sich vor Ort in Einmannbedienung umsetzen.

Es hat die Winterdienstspezialisten in der Kommunalgeräteindustrie viel Schweiß und Geld gekostet, bis alles so stand wie heute - gewissermaßen logisch und unverrückbar. Sinnbildlich lässt sich das passend erläutern an den mit dem neudeutschen Begriff „Logic“ versehenen Komponenten von Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH, passenderweise im Schwarzwald beheimatet, wo man sich eben schon lange Gedanken um den Winterdienst macht.

Automatische Dosierung

Thermologic steht für automatische Dosierung, Winterlogic für die Streudatenerfassung und Autologic für den automatisierten Streuvorgang. Diese drei zentralen Felder der Glättebekämpfung werden gesteuert über den Bedienpult CL-Logic. So weit die Schmidt'sche Logik. Was findet der Bediener nun vor? Hat er das Streumenü Thermologic eingeschaltet auf dem Herzstück des Systems, dem Bedienpult, so erkennt er in dessen oberen Hälfte ein großes Display zur Information und Kontrolle und in der unteren Drehknöpfe und Drucktasten zum eigentlichen Bedienen. Dosierung sowie Streubreite links und rechts laufen über die Drehknöpfe, das Ein- und Ausschalten des Streuvorgangs, der Rundumkennleuchte und des Arbeitsscheinwerfers sowie das Zumischen von Feuchtsalz und das Umschalten auf die maximale Auswurfmenge sind unter Drucktasten gelegt.

Dabei finden sich die Anforderungen aus der Praxis im Detail durchaus wieder. Zum Beispiel die Streubreite: keine Straße ist immer gleich breit, es gibt verschieden viele Fahrstreifen, weshalb die Einknopfbedienung außer der reinen Breite auch asymmetrische Einstellungen ermöglicht. Die Streubreite selbst hängt ab von der Tellerdrehzahl und der Ver-

schwenkung der Tellereinheit.

Dass die Dosierung unter dem Oberbegriff Thermologic steht, zeigt die ganze Dimension des technischen Fortschritts der zurück liegenden 20 Jahre. Die Dosierung erfolgt nämlich in Abhängigkeit der aktuell gemessenen Fahrbahntemperatur. Hier kommen gewissermaßen Himmel und Erde zusammen. Denn neben der Temperatur suchen die Sensoren nach Nässe, Eis und Schnee sowie nach auf der Straße verbliebenem Restsalz und nehmen zusätzlich „von oben“ die Wettervorhersage mit auf in die Berechnungen. Das ist wichtig, denn binnen weniger hundert Meter kann die Fahrbahntemperatur stark variieren durch die Wirkung hoher Gebäude, Brückenpassagen und



Seitenschneefräse beim Schneeverladen auf LKW. □

von Verkehrseinflüssen. Allein die Thermologic spart gegenüber einer Einstellung des Streuers von Hand 15 Prozent Streumaterial ein, das sind zum Beispiel auf einer 45 Kilometer langen Streustecke gut 500 Kilogramm! Auf einer solchen Fahrt ändert Thermologic 280 Mal die Einstellung!

Vollautomatisch geht es in der Schmidt'schen Logik aber auch nicht, dem Bediener bleiben Aufgaben. Er stellt die Art der Feuchtigkeit ein und falls - es ist der Idealfall - präventiv gestreut wird, statt der gemessenen die erwartete Temperatur. Den Rest macht dann die Dosierung des Systems.

Aufgaben des Fahrers

Eine weitere Aufgabe des Fahrers ist die Auswahl des Streumaterials, etwa Salz, Feuchtsalz oder Splitt. Dies ist Bestandteil des Fahrermenüs (Winterlogic), das zudem Mengen und Stunden zählt und die Strecke aufzeichnet und damit Grundlagen für das Protokoll zur Rechtfertigung im Streitfall oder bei Dienstleistungen im Auf-

trag der Kommunen auch für die Abrechnung liefert. Streupläne und Materialeinsätze lassen sich auf diesem Wege optimieren und die Einsätze überwachen.

Autologic klingt nun wirklich sehr nach automatisch - und ist es auch weitgehend. Es führt den Fahrer entlang eines vordefinierten Streuweges, wobei die Einstellungen des Streuers automatisch angepasst werden. Gibt es keine Überraschungen, kann der Bediener sich ganz auf das Fahren konzentrieren, dafür sorgen GPS und der Streuweg-Navigator. Ein Supervisor-Menü zur Grundeinstellung aller Parameter - dies geschieht erstmals beim Hersteller - und ein Servicemenü zur Überwachung der Betriebsdaten vervollständigen das System.

Mechanische Feinheiten

Die mechanischen Feinheiten eines Streuautomaten stecken im Verteiler- und Mischsystem. Seine Antriebskraft kann der Streuer auf fünf verschiedene Arten erhalten, je nach Voraus-

setzungen des Basisfahrzeuges: aus dessen Hydraulik, abgenommen von der Lkw-Achse (Rotopower) oder einem am Streuer mitlaufenden Rad, von einer Aufsteckpumpe mit Zapfwelle oder geräteigenem Motor. Natürlich sind Streuautomaten - kein Wunder bei der den Rest fördernden Ladung - äußerst robust und widerstandsfähig ausgelegt.

Pflüge brauchen einen starken Rücken

Durchaus handfester als beim fein dosierten Streuen geht es bei der Räumung zu. Jeder Bürger, der das vor seinem Haus tun muss, weiß es und die Hersteller der Schneepflüge haben sich darauf eingestellt: Schnee ist nicht gleich Schnee. Wetterlage, Höhenlage und Topografie bestimmen den Räumaufwand. Die Robustheit des Pfluges, die hydraulische Kraft beim Umlenken der Schneemassen und die Fähigkeit, Unebenheiten und kleine Hindernisse ohne Schaden zu überfahren, prägen die Parameter des Schneepfluges. So schafft Schnee und Schneematsch in Höhenlagen bis etwa 300 Meter der Kunststoffpflug. Beim SNK von Schmidt sitzt die Schar in einem kreuzverstrehten Pflugrahmen, was dem Gerät trotz des niedrigen Gewichtes - je nach Typ zwischen 220 und 290 Kilogramm - eine gute Stabilität verleiht.

Ein Schneepflug für mittlere Höhenlagen bis rund 600 Meter bringt bereits zwischen 700 und 965 Kilogramm (Cirron von Schmidt) auf die Waage, vor allem deshalb, weil er aus Stahl

gefertigt ist. Der stabile Pflugrahmen in Leiterbauweise ist unten, wo die meisten Kräfte auflaufen, besonders stark ausgeführt. Oben dagegen sorgt ein Schneestaubschutz aus Kunststoff für eine Reduzierung des Eigengewichtes. Die - je nach Pflugbreite - drei bis fünf Scharsegmente haben jedes vier Federlenker, zwei oben und zwei unten. Die führen den Pflug und stärken ihm den Rücken beim Überfahren von Hindernissen.

Ein Schneepflug für schwere Räumaufgaben bis in obere Höhenlagen von etwa 1500 Metern bringt einiges mehr auf die Waage, zwischen 950 und 1150 Kilogramm. Bei Schmidt heißt er Tarron. Wie beim Cirron ist die Schürfleiste maximal 4000 Millimeter breit, die Räumbreite bei leichter Schrägstellung beträgt hier wie dort 3390 Millimeter. In der Grundkonstruktion ähnelt der Tarron seinem leichteren Bruder.

Aus dem Rahmen fallend

Etwas aus dem Rahmen fällt eine vierte Schneepflug-Baureihe von Schmidt, der Vario. Er ermöglicht durch seine variable Scharform eine Vielzahl von Einsatzmöglichkeiten, allerdings eher unter leichteren Bedingungen. Hier hat die Schar zwei Flügel, die sich entweder in einer Linie, als Keil oder als „V“ einstellen lassen, letzteres um auf einem Hof Schnee zusammen zu schieben oder in engen Fußgängerzonen das störende Weiß aus den Ecken zu „kratzen“. Als Keil kann der Pflug Wege räumen.

Für die Schneeräumung auf Autobahnen werden respektable Räumbreiten aufgeboten, nämlich bis zu sechs Metern, allerdings in Kombination mit einem Seitenflügel. In Schrägstellung beträgt die Räumbreite immer noch 4420 Millimeter.

Rotierend in das harte Eis

Wenn es ganz dick und fest kommt, schlägt die Stunde der rotierenden Schneeräumung. Verharschter und vereister Schnee, Steine und Äste in Lawinenabgängen sind buchstäblich das Härteste in der Branche. Diese Geräte verlangen also - zusammen mit dem Trägerfahrzeug, in der Regel ist es der Unimog - echte Extremleistungen. Kennwerte der Geräte in der rotierenden Schneeräumung sind die Räumbreite, die Räumhöhe, die Wurfweite und die Höhe der aufgenommenen Kraft.

Schneeschilder schieben ein quer zur Fahrtrichtung angebrachtes Schleuderrad in den Schnee und erfassen ihn auf diese Weise. Die Schleuderbewegung bringt ihn in den Auswurfkamin und dann weg in die Weite. Ihr Anwendungsgebiet ist Pulverschnee und Nassschnee und die Beseitigung von kleinen Seitenwällen.

Schneefräsen, zum Beispiel die VF-Z von Schmidt, haben eine ebenfalls quer zur Fahrtrichtung verlaufende Frästrommel von stattlichem Durchmesser, beispielsweise 1.000 mm. Die über die ganze Fahrzeugbreite reichende Trommel ist mit abstehenden Fräsmessern besetzt, die so geführt sind, dass beim schnellen Drehen der Schnee erfasst und über den Auswurfbecher in das Gerät eingezogen und schließlich dem Auswurfkamin zugeführt wird. Eine Frästrommel dreht sich je nach Einstellung 540 oder 1.000 mal in der Minute. Da hat auch fester Schnee keine Chance. Schneefräsen erreichen eine Räumbreite von gut 2.600 mm. Nassschnee, Eisschnee und Randwälle sind ihre bevorzugten Einsatzfelder.

Schneefrässchleudern (SFS von Schmidt) zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine der

Schneefräse vergleichbare Leistung mit geringerem Kraftaufwand bewältigen oder aber auf absolute Höchstleistung ausgelegt sind. Der Grund: In der Mitte arbeitet ein Schleuderrad zur Beschleunigung des Auswurfs, daher erreichen Schneefrässchleudern besonders hohe Wurfweiten bis zu 22 Metern.

Extremeinsätze

Das ist alles schnell gesagt, aber nicht schnell getan. Fräsen arbeiten wirklich hart, das Rumpeln im Basisfahrzeug - es liefert über Zapfwelle oder Hydraulik dem Gerät auch die

Kraft - macht es dem Fahrer immer wieder klar. Für Extremeinsätze gibt es auch Schneefräsen als komplette Fahrzeuge wie die Supra von Schmidt, hydrostatisch angetrieben und so seine 340 PS zum Fahren und zum Fräsen bereit haltend. Ginge es hier allein um das Weitwerfen, bekäme sie sicherlich den ersten Preis: 40 Meter!

Solche Maschinen stoßen immer auf Respekt beim Betrachter, weil ihre Arbeit mit den Augen zu greifen ist, ganz im Gegensatz zu den komplizierten, aber unscheinbaren Streuautomaten. □

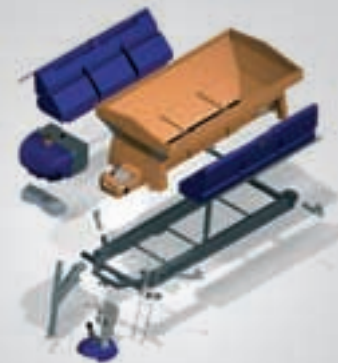


SCHMIDT
STRATOS

Bewährte Streutechnologie noch besser!

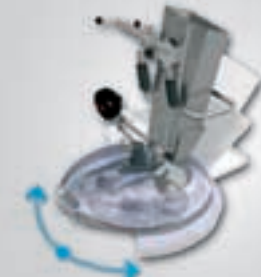
Steuerungssysteme

Die Zukunft ist schon programmiert! Steuerpulte mit unübertroffenem Bedienkomfort.



Modulbauweise

Für wirtschaftliche und individuelle Konfiguration. Hochwertiger Korrosionsschutz.



Verteilersystem

Streustoffeinsparung durch exakte Querverteilung. Maximale Feuchtsalzdurchmischung.

Modernes Design

Das Auge fährt mit. Sympathische Optik für Bediener und Umwelt.

Schmidt Winterdienst- und Kommunaltechnik GmbH

Albtalstraße 36
D-79837 St. Blasien
Telefon 07672-412-0
Fax 07672-412-230
info@schmidt-holding.com
www.schmidt-holding.com

CANTONIO CARRARO Tractor people

- Dieselmotor 22 bzw. 30 PS
- Hydrostatischer Fahrtrieb
- Knicklenkung
- 25 km/h
- Allrad-Antrieb

Rondo

Snow

MAT MOTORLAND

Zirndorfer Straße 7 - 84478 Waldkraiburg
Tel.: 0 86 38/94 41 21 - Fax: 0 86 38/94 41 28
info@matgmbh.com
www.matgmbh.com



Vorne von rechts: die Landräte Stefan Rössle (Donau-Ries) und Leo Schrell (Dillingen), Dillingens Bürgermeister Hans-Jürgen Weigl, IHK-Präsidentin Hannelore Leimer, hinter ihr stehend der stellvertretende Vorsitzende des Industrie- und Handlungsgremiums Dillingen, Walter Ernst, Dr. Brandl, der stellvertretende Vorsitzende des Industrie- und Handlungsgremiums Donau-Ries, Franz Leinfelder. Dahinter (von rechts): Bundestagsabgeordneter Hans RaideI, Nördlingens Oberbürgermeister Paul Kling, der Vizepräsident der IHK Schwaben, Dr. Andreas Kopton. Bild: -jdt-

Herbstempfang der Nordschwäbischen Wirtschaft:

„Made in Germany“ muss wieder Trumpfkarte werden

Konzertierte Aktion zwischen Politik, Kommunen, Gesellschaft und Wirtschaft gefordert

Nördlingen (jdt). „Made in Germany muss wieder ein Schlagwort, eine Trumpfkarte werden!“ Diese Forderung erhob mit allem Nachdruck beim Herbstempfang der Nordschwäbischen Wirtschaft im Stadtsaal „Klösterle“ in Nördlingen der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl.

In der zentralen Veranstaltung der Industrie- und Handlungsgremien Donau-Ries und Dillingen rief der CSU-Politiker die zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens zur gemeinsamen Verantwortung für Deutschland auf: „Wir können beweisen, dass das, was unsere Väter und unsere Mütter nach dem Krieg geleistet haben, keine Eintagsfliege war. Wir können beweisen, dass das im Wesen der Deutschen liegt, aus Krisen stark zu werden und tatsächlich auch diese wirtschaftliche Krise meistern“.

Wiederholt von Applaus unterbrochen und nach seinem Festvortrag mit starkem Beifall gefeiert, mahnte Brandl, seit 1993 1. Bürgermeister der Stadt Abensberg: „Wir können aber auch weiter wursteln und uns zum Gespött des gesamten Europa machen, das derzeit ohnehin nur die Nase rümpft und über die verweichlichten Reichsbedenkenträger aus Deutschland nur noch den Kopf schüttelt. Unser Geld freilich wollen sie schon.“

In seiner mit Humor und bissigen Diagnosen gewürzten Rede betonte Brandl unter anderem, wer in Anbetracht der anstehenden Maßnahmen von Grausamkeiten spreche, der habe keine Ahnung. Viel richtiger wäre es, von Notwendigkeiten zu sprechen. Denn grausam sei nur die Verleugnung des Notwendigen, ebenso wie es grausam werde, wenn man die Bremsen ausbaue, wenn es steil bergab gehe.

„Sinkender Dampfer“

In seiner Rede unter dem Leitgedanken „Das politische Umfeld - ein spannender Raum für Kommunen und Wirtschaft“ registrierte Dr. Brandl, in Deutschland sei bereits „seit Ende der 50er Jahre weit über unsere Verhältnisse gelebt worden“. Die Politik jeder Couleur habe es bisher verstanden, um der eigenen Machterhaltung willen immer neue Leistungen und Zuckerl ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit oder die Fülle des eigenen Portemonnaies unters Volk zu bringen und dafür Stimmen zu kassieren. Der Staat sei erlebt worden als „unerschöpflicher Vollversorger“.

Die Vorwürfe des Gemeindetagspräsidenten an alle Verantwortlichen gipfelten in der Feststellung: „Der Patient Deutsch-

land ist schwer krank“. Der Patient selbst, nämlich der Bürger, habe die eigene Krankheit überwiegend noch nicht erkannt oder wolle diese nicht erkennen. Was der Staat heute brauche, so Brandl, seien weniger die Selbstdarsteller, sondern Gestalter und Macher, die ohne Rücksicht auf ihr eigenes Schicksal die notwendigen und sicher schmerzhaften Änderungen an den Systemen vornähmen.

Gefordert wurde von Dr. Brandl „bittere Medizin“. Entweder gelinge es, durch Änderungen Deutschland und vor allem seine Wirtschaftskraft wieder nach oben zu bringen oder es gehe mit einem rasanten Steilflug bergab. Als denkbaren dritten Weg gebe es ein Weitermachen mit Leerlauf und Stillstand, letztendlich ungebremst in den Abgrund, weil irgendwann die Kräfte schwänden.

Patient Deutschland

Der Gemeindetagspräsident bekräftigte, er sei der festen Überzeugung, dass der Patient Deutschland zu retten sei, allerdings nur mit gehörigen Anstrengungen und mit dem Mut, die notwendigen Operationen vorzunehmen, noch bevor der Patient gestorben sei. Unumgänglich werde eine „Ganzkörperbehandlung“. Ohne Anspruch auf die Lieferung von Patentrezepten plädierte der Festredner für eine Politik, „die Mut macht und Vorbild ist“.

Erkannt werden müssten von der Politik die Chancen Deutschlands, Drehscheibe in dem großen Europa zu werden. Infrastruktur dürfe man dann aber nicht auf der Ebene eines Entwicklungslandes verharren. Unter lebhafter Zustimmung der zahlreichen Zuhörer kritisierte Brandl, dass nirgendwo in Europa die Energie als eines der wesentlichen Basisprodukte für die Wirtschaft so teuer sei wie in Deutschland und dass die Gentechnik derart reglementiert werde. Dies sei geradezu paradox, wenn man wisse, dass die Bundesrepublik in Sachen Biotechnologie der Technologiestandort und Ausbildungsort der Welt starke Beachtung finde.

Zum Themenfeld „Wirtschaft und Kommunen“ merkte Brandl an, dass die Investitionskraft der

kommunalen Ebene während der letzten zehn Jahre um rund 35 Prozent eingebrochen sei. Dies habe einige 10.000 Arbeitsplätze gekostet. Der Handlungsbedarf erscheine enorm. Die Infrastruktur nannte Brandl nur deshalb so gut, weil es in Deutschland die Gemeinden gebe, mit dem Recht, die Angelegenheiten in örtlicher Gemeinschaft eigenverantwortlich zu regeln. Erforderlich sei eine Reform der Sozialsysteme, um die wirtschaftlichen Engpässe und Schwierigkeiten zu überwinden. Im Gemeindetag gebe es Bestrebungen, ein System auf der Basis der bisherigen Gewerbesteuer zu entwickeln, allerdings auf einer wesentlichen Vereinfachung der Erhebung und der Verrechnung.

Feindbilder abbauen

Wirtschaft und Kommunen nannte Dr. Brandl siamesische Zwillinge: „Sie brauchen unsere verwaltungstechnische Unterstützung, unsere Infrastruktur - wir brauchen sie mit ihren Arbeitsplätzen, mit ihrem Know-how vor Ort und natürlich auch mit ihren vielseitigen kulturellen und sonstigen Engagements“. An die Gewerkschaften appellierte der Redner, die verkrusteten Feindbilder der 30er-Jahre abzubauen. Gefragt seien heute Mitverantwortung, Abbau von Tabus und Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit.

City-Initiative gewürdigt

Die Präsidentin der IHK Schwaben, Hannelore Leimer, stellte fest, in Nordschwaben funktioniere das Zusammenspiel zwischen Kommune und Wirtschaft beispielhaft für die ganze Bundesrepublik. Für das Industrie- und Handlungsgremium Donau-Ries betonte Franz Leinfelder die Bedeutung des Vorzeigeprojektes „City-Initiative“, zur Stärkung der 12 nordschwäbischen Innenstädte.

Mit Beifall gefeiert wurde Jürgen Löfflad, der Träger des mit 1000 Euro dotierten Förderpreises für Jugendliche in der Berufsausbildung des Industrie- und Handlungsgremiums Donau-Ries. Er schloss vor der IHK seine Abschlussprüfung mit der Note 1,1 ab. Über den Erfolg von Löfflad freuten sich auch die Repräsentanten des Arbeitgebers Eurocopter Deutschland in Donauwörth, Arbeitsdirektor Dr. Harald Schlossmacher und Andreas Spörl, der für die Ausbildung verantwortlich zeichnete. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„In letzter Zeit sind mancherorts Sitten eingerissen, die gehen so nicht. Höchste Zeit für eine Benimm-Offensive.“ Mein Chef, der Bürgermeister, hatte gerade mal wieder eine Begegnung der dritten Art mit einem Verwaltungs-Azubi im Rathaus, der seine Kiefer nur zum Kaugummikauen auseinander brachte, aber nicht in der Lage war, dem Bürgermeister höflich einen guten Morgen zu wünschen.

In welches Feuilleton man auch blickt, überall ist von der Renaissance der Höflichkeit die Rede. Benimm-Führer sind angeblich Beststeller und Etikette-Kurse scheinen zu boomen - im harten Büroalltag ist davon, bedauerlicherweise, noch nicht viel angekommen. Vor allem in den Schulen und manchen Elternhäusern scheint man von den Ritualen, die helfen sollen, ein gedeihliches Miteinander zu organisieren,



oder unverschämtes Benehmen beziehe, nein keineswegs. Es geht mehr darum zu erkennen, welche Signale man durch Kleidung und Auftreten anderen sendet und wie diese Signale bei diesen ankommen. So ist es ganz schwer, einigen jüngeren Mitarbeitern zu verklickern, dass fette goldene Ringe in männlichen Ohren, Gesichtspiercing, zerrissene Designer-Jeans oder tätowier-

te bloße Unterarme im Publikumsverkehr halt immer noch bei der absoluten Mehrheit der Kunden einer kommunalen Verwaltungseinrichtung Befremden oder gar Abwehrreaktionen hervorruft.

Mir ist klar, das ist alles kein Ausdruck bösen Willens, gezielter Provokation oder gar Protest gegen das Establishment. Die Kinder und Enkel der 68er wollen nicht wie diese durch gezielte Regelverstöße einen gesellschaftlichen Konsens aufkündigen. Die jungen Leute heutzutage wissen es einfach nicht besser oder ihnen fehlt das Gefühl für das situativ Richtige. Scherzhaft habe ich zum Bürgermeister gesagt, dass wir für unsere Stifte Crash-Kurse in Höflichkeit bei Bürgerkontakten anbieten sollten, wie viele Kammern eigene Nachhilfkurse für Azubis in Rechtschreiben und Kopfrechnen anbieten.

Mein Chef, der Bürgermeister, fand den Vorschlag weniger satirisch, als ich ihn gemeint habe. Schließlich wurde das Problem auch schon von mehreren Kultusverwaltungen, etwa im Saarland oder den jungen Ländern, erkannt und Benimm-Unterricht oder die Vergabe von Kopfnoten ins Gespräch gebracht. Er will mal mit Schulleitern den Initiatoren eines Coaching-Programms sprechen, die Schulabgängern Tipps und Kompetenzen für die Lehrstellen-Bewerbung vermitteln. Eine Höflichkeits-Sequenz mit praktischen Übungen und Beispielen wäre bestimmt nicht verkehrt. Vielleicht könnte die unter dem Motto des Sprichworts auf dem heutigen Kalenderblatt stehen: „Höflichkeit ist wie die Luft im Reifen: Sie kostet nichts und hält die Stöße ab.“

the
Sabriul

Höchste Zeit für eine Benimm-Offensive

nicht mehr viel zu halten, denn mit jedem Azubi-Jahrgang kommt ein neuer Schwung von Müffigkeit hereingeweht, der immer wieder aufs Neue mühselig herausgestaubt werden muss.

Dabei wäre es albern, pauschal zu behaupten, die jungen Leute wären ungezogen, unausstehlich oder rüde. Ich habe eher den Eindruck, die allermeisten sind nette Burschen und Mädels, die mit Feuereifer an ihre Aufgabe herangehen und sich schnell einfügen wollen, die aber einfach auf dem Gebiet der zwischenmenschlichen Umgangsformen unerfahren oder besser sehr verunsichert sind. Wann grüßt man wen? Wie verhält man sich, wenn man einen Raum betritt? Was ist gegenüber einem Vorgesetzten, einem Abteilungsfremden oder einem Bürger gegenüber nicht angemessen, was im täglichen Umgang mit den eigenen Kollegen durchaus o.k. ist?

Auch das Gefühl für Rücksichtnahme anderen gegenüber scheint nicht mehr so weit verbreitet zu sein. Ob unsere Einzelkindergesellschaft zu viele kleine Ichlinge hervorbringt? Wobei ich mich auch jetzt nicht auf etwa rüdes

Schullandheimwerk Mittelfranken:

Zwei Bürgermeister in der Führungsspitze

Bereits seit 1988 führt Roßtals Bürgermeister Maximilian Gaul das Schullandheimwerk Mittelfranken. Er wurde erneut einstimmig als Vorsitzender bestätigt. Als Beisitzer im neu gewählten Vorstand ist aber auch Bad Windsheims 1. Bürgermeister Wolfgang Eckardt.

Das Schullandheimwerk Mittelfranken, ein gemeinnütziger Verein, ist nicht nur Träger, sondern auch Eigentümer von zwei Heimen und Pächter der beiden anderen Heime. Die vier Schullandheime liegen in den reizvollsten Ecken Mittelfrankens wie Hahnenkamm, Nürnberger Land, Hersbrucker Schweiz sowie Steigerwald. Der mittelständische Betrieb mit bis zu 30 Mitarbeitern wird seit mehr als 50 Jahren ehrenamtlich geführt. An der Seite des Vorsitzenden, Bürgermeister Maximilian Gaul, stehen seine langjährigen Stellvertreter, die Rektoren Manfred Wirsing und Alfred Sammetinger. Der seit 1983 amtierende Schatzmeister des Vereins, Karlheinz Meyer von der Sparkasse Nürnberg, wurde zum Ehrenmitglied ernannt.

Die beiden mittelfränkischen Bürgermeister Gaul und Eckardt treiben derzeit ein gemeinsames Projekt des Schullandheimwerks und der Stadt Bad Windsheim voran, den Neubau eines behindertengerechten „Europäischen Schullandheims“. Die Vision von einem europäischen Schullandheim, in dem die Kompetenz des Schullandheimwerks Mittelfranken hinsichtlich europäischer Schülerbegegnungen in gezielten pädagogischen Projekten deutlich wird, scheint nun Wirklichkeit zu

werden. Bad Windsheims Bürgermeister Eckardt hat hierzu schon viel Werbung auch im Ausland betrieben. Gespräche mit der französischen Außenministerin waren dabei ebenfalls unterstützend wie mit Verantwortlichen in Polen. Aber auch der Stadtrat von Bad Windsheim hat bereits für das künftige Schullandheim ein Grundstück bereit gestellt, das direkt an das Freilandmuseum Bad Windsheim, dessen Träger der Bezirk ist, angrenzt.

Bezirkstagspräsident Richard Bartsch stand von Beginn an dem Projekt sehr wohlwollend und aufgeschlossen gegenüber. Die herrliche Natur rund um Bad Windsheim, die ausgeprägte kulturelle Infrastruktur der Stadt, eine vielfältige Museumslandschaft und das große politische Engagement des Bezirks Mittelfranken und seiner Kommunen im Hinblick auf trinationale Partnerschaften werden in einem Europäisches Schullandheim bestens genützt. Nachdem sich der Vizepräsident des Europaparlaments Dr. Ingo Friedrich ebenfalls von der Idee eines „Europäischen Schullandheims“ im Herzen Bayerns und mitten in Franken begeistert zeigte, steht die Verwirklichung dieses in ganz Deutschland einmaligen Projektes kurz bevor. Auch das Bayeri-

sche Schullandheimwerk unterstützt dieses Projekt fachlich und hofft nun auf ein positives Signal des Kultusministeriums, das Zuschussmittel aus dem Haushalt für ein solches Schullandheim bereits vor geraumer Zeit avisierte.

In der Mitgliederversammlung des Schullandheimwerks erinnerte Maximilian Gaul auch daran, dass die Idee des europäischen Schullandheims Bad Windsheim der neuen Metropolregion Nürnberg ebenfalls gerecht wird. Diese Metropolregion hat Gateway-Funktion im Hinblick auf die Osterweiterung. Dabei kann es einer Metropolregion mit der Drehscheibenfunktion nicht nur um die Bereiche der Wirtschaft, des Verkehrs, des Tourismus und des Sports gehen, sondern auch um eine Vorbildfunktion im Bereich der Jugendbildung. Bad Windsheim gehört dieser Metropolregion an, ein Schullandheim ist per Definition ein Heim auf dem Land, in dem unterrichtliche und Bildungsprojekte von Schülerinnen und Schülern aller Altersstufen und Schularten, aber auch Maßnahmen der Jugendhilfe erfolgen. Für den gelehrten Pädagogen Maximilian Gaul ginge mit dem Projekt eines barrierefreien europäischen Schullandheimes ein Traum in Erfüllung, weil es auch für einen Kommunalpolitiker nichts Wichtigeres gibt als in die Zukunft der Jugend und in ihre Bildung zu investieren. □

KPV Oberpfalz:

Kommunen als Packesel der sozialen Leistungssysteme

Gegen eine Ausweitung der Privatisierung öffentlicher Aufgaben

Regensburg. „Die Kommunen sind die Packesel der sozialen Leistungssysteme geworden und sie werden dabei erdrückt“, beschrieb der wiedergewählte Vorsitzende der Kommunalpolitischen Vereinigung der Oberpfälzer CSU (KPV), der Regensburger Landrat Herbert Mirbeth, die augenblickliche Finanzsituation der Kommunalhaushalte. Deshalb will die KPV mit einem „Oberpfälzer Kommunalgipfel“ im Frühjahr 2006 die Abgeordneten auf die Sorgen und Nöte der Gemeinden und Landkreise zwischen Tirschenreuth und Regensburg aufmerksam machen.

Insbesondere die Neuregelungen der Leistungen für Langzeitarbeitslose („Hartz IV“) entwickelten sich nach den Worten des Vorsitzenden zu einer „Auszehrer der kommunalen Haushalte mit katastrophalen“ Folgen. So werden, wenn das Land und der Bund nicht Korrekturen vornehmen, allein im Landkreis Regensburg für die Jahre 2005 und 2006 rund 4,5 Millionen Euro zusätzliche Sozialaufwendungen anfallen. „Geld“, so Mirbeth, „das für die notwendigen Investitionen nicht mehr zur Verfügung steht.“

Die KPV-Delegierten aus den Landkreisen und kreisfreien Städten der Oberpfalz drückten ihre Sorge auch darüber aus, dass die Forderung nach immer noch mehr Privatisierung von öffentlichen Aufgaben die Gestaltungs- und Einflussmöglichkeiten der gewählten Vertreter

zurückdränge und die Gemeinverträglichkeit bei der Aufgabenerfüllung dem reinen Wettbewerbsdenken des Marktes unterwerfe. Die Privatisierung der Post sei ein trauriges Beispiel hierfür. Dem stehe nach dem Ergebnis der Diskussion keineswegs die Heranziehung von privaten Firmen bei verschiedenen Tätigkeitsfeldern der Gemeinden und Landkreise entgegen und schon gar nicht das Denken in wirtschaftlichen Lösungen. Letztlich aber müssten die der Bevölkerung verantwortlichen Gemeinderäte und Kreisräte das Entscheidungsrecht haben.

Landrat Mirbeth sprach sich in diesem Zusammenhang für mehr interkommunale Zusammenarbeit aus, um zu beweisen, „dass auch die derzeitigen kommunalen Strukturen in der Lage seien, wirtschaftlich im Interesse der Bevölkerung arbeiten zu

können und Bestand in der Zukunft zu haben“.

Der Regensburger Bürgermeister und stellvertretende KPV-Landesvorsitzende Gerhard Weber sah eine landespolitische Konkurrenzsituation zwischen dem Bau des Transrapid in München und der schnelleren Anbindung Ostbayerns an den Münchner Flughafen durch die Marzlinger Spange bei Freising. Seine Befürchtung: „Kommt es zum Transrapid, gibt es für eine bessere Anbindung Ostbayerns an den Münchner Airport in den kommenden Jahrzehnten keine Chance mehr.“ Ähnlich äußerten sich auch der Landrat von Neustadt an der Waldnaab, Simon Wittmann, sowie der Velburger Bürgermeister Bernhard Kraus, denn der auch im Landesent-

wicklungsplan geforderte weitere Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs in den Verdichtungsräumen und die Hinwendung zu Metropolregionen in den Räumen München und Nürnberg stellten eine weitere Benachteiligung des ländlichen Raumes dar. Im Sinne der Stärkung des ostbayerischen Raumes trat der Weidinger Bürgermeister Karl Holmeier für eine weitere ernsthafte Auseinandersetzung um die Donau-Moldau-Bahn ein.

Der Wörther Bezirksrat Herbert Schötz forderte schließlich noch mit einem angenommenen Antrag, dass die Gemeinden, aus denen Kinder in die Schulen mit Mittlere-Reife-Züge in anderen Gemeinden gehen, dafür auch Gastschulbeiträge zahlen müssen, um so die derzeitige Ungerechtigkeit zu beseitigen.

Die Neuwahlen der KPV-Bezirksvorstandschaft führte zu einer Wiederwahl der bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Bürgermeister Gerhard Weber (Stadt Regensburg), Bürgermeister Alois Scherer (Deining) und Kreisrat Albert Kick (Georgenberg, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab). **Markus Bauer**

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe der Bayerischen Gemeindezeitung liegen Prospekte der Firmen BayWa, München, und WEKA MEDIA, Kissing, bei.

Wir bitten um freundliche Beachtung!

Gespräch der SUR-Bürgermeister:

Landesgartenschau und neue Museumsplanungen

Die Landesgartenschau 2010 wirft nicht nur in der Stadt Rosenheim ihren Schatten voraus, sondern beschäftigte auch die Bürgermeister des Stadt-Umlandbereiches Rosenheim (SUR) bei der jüngsten Gesprächsrunde im Rathaus der Gemeinde Schechen.

Der erste Preis des Realisierungswettbewerbes für das Gelände wurde durch den Leiter des Stadtplanungsamtes der Stadt Rosenheim, Herrn Cybulska, vorgestellt. Die einhellige Meinung der Bürgermeister, denen der Vorschlag außerordentlich gut gefiel, war, dass die Landesgartenschau nicht nur für die Stadt Rosenheim, sondern für das gesamte Umland eine große Chance darstellt.

Umlandbeteiligung

Bereits bei der Bundesgartenschau 2005 in München wurde ein Konzept der Umlandbeteiligung erfolgreich verfolgt. Ein ähnliches Projekt könnte auch für das SUR-Gebiet richtungweisend sein. Deshalb beschlossen die Rathauschefs einstimmig, gemeinsam ein Grobkonzept mit dem Titel „Landesgartenschau 2010 - in der Region, für die Region“ in Auftrag zu geben, dem sich auch die Stadt Bad Aibling gerne anschließen kann. Ziel ist es, strukturell sowie finanziell geeignete Projekte in den einzelnen Gemeinden herauszufiltern und eine erste Grobplanung zu erstellen.

Ein weiteres innovatives Thema der „Bürgermeisterrunde“ war die Vorstellung der Idee ei-

nen neuen Museums in der „Alten Spinnerei“ in Kolbermoor, die Vertreter des Bezirkstages Oberbayern vorstellten. In einem denkmalgeschützten Teil der Flächen der „Alten Spinnerei“ könnte, so die Bezirksräte, eine Informations- und Dokumentationsstätte des Bezirks Oberbayern zum Thema „Industriekultur in Oberbayern“ entstehen. Erste Voruntersuchungen und Gespräche wurden bereits geführt. Nun stehen noch wichtige Detailfragen wie die Finanzierung des Vorhabens an. Der Wirtschaftsraum Rosenheim stellt auch aufgrund seiner frühen industriellen Phase (Spinnerei, Saline, Eisenhütten usw.) einen idealen Standort für ein solches Projekt dar.

Ein Rückblick auf die äußerst kritische Hochwassersituation im August zeigte, dass die Zusammenarbeit des Katastrophenschutzes der Stadt und des Landkreises hervorragend funktionierte und die Situation - trotz der erheblichen Wassermengen - soweit als möglich immer unter Kontrolle war. Zur Verbesserung der Information der Bürger wurde abschließend angeregt, ein Bürgertelefon einzurichten, das über die jeweils aktuelle Lage wichtige und richtige Auskunft geben kann. **DK**

Bürgermeisterwahl-Ergebnisse

In der oberfränkischen Gemeinde Röslau, Landkreis Wunsiedel, ist Bürgermeister Gerald Schade im Amt bestätigt worden. Der CSU-Politiker, der den Posten seit 1994 inne hat, wurde mit 63,16 Prozent der Stimmen gewählt. Herausforderer Torsten Gebhardt von der SPD erhielt 36,84 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 79,2 Prozent. Bei der Bürgermeisterwahl in Dörfles-Esbach, Landkreis Coburg, gibt es am 11. Dezember eine Stichwahl, bei der die Kandidaten Klaus Puff (SPD, 33,7 Prozent) und Udo Döhler (FW, 45,3 Prozent) erneut gegeneinander antreten.

Neuer Bürgermeister der Gemeinde Tittling, Landkreis Passau, ist der CSU-Politiker Waldemar Bloch. Er setzte sich in der Stichwahl mit 64,4 Prozent gegen Susanne Schmauß von der Bürgerliste durch. Die Wahlbeteiligung der 3800 Wähler war mit 56,3 Prozent geringer als vor zwei Wochen. In Oy-Mittelberg im Oberallgäu unterlag Amtsinhaber Wolfgang Hützler von den Freien Wählern seinem Herausforderer Haslach von der CSU. Hützler, der seit 1988 im Rathaus saß, kam auf 38,15 Prozent, Haslach auf 61,85 Prozent. Die Wahlbeteiligung lag bei 66,3 Prozent. **DK**

Vorschau auf GZ 24

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 24, die am 15. Dezember erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Finanzierungsmodelle für öffentliche Aufgaben
- Kommunale Baupolitik
- Garten- und Landschaftsbau
- Kommunale Repräsentation
- Organisation, Technik und Ausstattung für die Kommunalverwaltung

LIEFERANTEN- GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

Knödler
 Hugo Knödler GmbH
 Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
 Telefon 07151-995160
 Telefax 07151-995166
 e-Mail info@hugo-knoedler.de
 Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Aussenmöblierung

BECK
 Möblierung für Aussen
 • Abfallbehälter
 • Absperrpfosten
 • Fahrradständer
 • Sitzbank u.a.
 Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364
 Telefon 07151-693300 · Fax 07151-693333
 www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnenmasten/Fahnen

Beutelsbacher Fahnenwelt
 Inh. Bernd Knödler
 Heinkelstraße 44
 71384 Weinstadt
 Tel. 07151-995160
 Fax 07151-995166
 info@beutelsbacher-fahnenwelt.de
 www.beutelsbacher-fahnenwelt.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER
 07 0532673300
 Wartehallen
 36855 Linschheim · www.langer-gard.de
 Ein Gesellschafter der ELANZIA AG

Fahrradabstellanlagen

ORION
 Bauesysteme GmbH
 • transparente Überdachungsanlagen
 • Fahrradparksysteme
 • Stadtimobilien
 Waldstraße 2 · D-64484 Beckenbühl
 Tel.: (0 62 36) 802-01 · Fax: 802-36
 www.orion-bauesysteme.de

Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

FUNERALIA GmbH · 97078 Würzburg
 ☎ 0931/29903-0 · Fax 0931/29903-15
 e-Mail: funeralia@t-online.de · www.funeralia.de

Kehrmaschinen, Selbstaufnehmende

SCHMIDT
 SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
 D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
 Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230

Kommunale Software

adKOMM
 IT-Lösungen
 Innovative Technologien für Ihr kommunales Informationsmanagement
 Stadtweg 14 · 85134 Stammham
 Tel.: 0 84 05/92 86 210 · Fax: 0 84 05/92 86 310
 Poststelle@adKOMM.de
 www.mehr-als-verwalten.de

Papierkörbe

IUT INDUSTRIE- UND UMWELTECHNIK GMBH
 der Umwelt zuliebe
 Düngrüper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
 Telefon: +49 (0)4431/738323 · Telefax: +49 (0)4431/738324
 E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
 Einstiegshilfen, Fallschutzeinrichtungen
 Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
 Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
 Postfach 1262 · D-35702 Haiger
 Fax: (02773) 8 2218 · Telefon: (02773) 8 2256 + 8 2263

Spiel-, Sport und Freizeitanlagen

KOMPAN
 Unique Playgrounds
 KOMPAN GmbH
 Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
 Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
 E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
 www.KOMPAN.com

Streuautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner Kommunal- und Winterdienst-Technik
 W. Gmeiner GmbH & Co.
 Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
 Tel.: +49(0)9621/7685-0 · Fax: +49(0)9621/7685-49
 E-Mail: info@gmeiner-online.de
 Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

siehe Fahrradabstellanlagen **ORION**
 Bauesysteme GmbH
 www.orion-bauesysteme.de

Wassermähler

HYDROMETER
 DIE ZUKUNFT ZÄHLT
 HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
 Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
 www.hydrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung **JelittoStar**
 weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
 postfach 1141
 90519 oberasbach
 ruf nürnberg 09 11/ 69 39 65
 telefax 09 11/ 69 59 63
 email: deko-jochum@t-online.de
 Internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen

SCHMIDT
 SCHMIDT Winterdienst- u. Kommunaltechnik GmbH
 D-79837 St. Blasien/Schwarzwald
 Tel. 07672 / 412-0 · Fax 07672 / 412230